



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland

Erste Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2017

Markus Steinbrecher
Heiko Biehl
Chariklia Rothbart

Potsdam, 24. Oktober 2017

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Verantwortlich für den Inhalt sind die Autoren

Anschrift: Zeppelinstraße 127/128, 14471 Potsdam

Tel.: 0331 9714 486

E-Mail: zmsbwmilitaersoziologie@bundeswehr.org

Internet: www.zmsbw.de

© ZMSBw

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----|---|----|
| 1 | Einleitung..... | 4 |
| 2 | Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick | 6 |
| 3 | Methodisches Design der Studie | 11 |
| 4 | Subjektive Sicherheit..... | 15 |
| 5 | Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands | 23 |
| 6 | Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr | 37 |
| 7 | Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit | 51 |
| 8 | Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr | 58 |
| 9 | Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr | 64 |
| 10 | Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr..... | 66 |
| 11 | Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr | 72 |

1 Einleitung

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat im II. Quartal 2017 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger durchgeführt. Diese Studie wird seit 1996 regelmäßig realisiert und stellt damit die längste Zeitreihe sicherheits- und verteidigungspolitischer Umfragen in Deutschland dar.

Der vorliegende Ergebnisbericht präsentiert erste Befunde der Befragung 2017 und zeigt – wo möglich – den Verlauf der sicherheitspolitischen Einstellungen über die letzten Jahre hinweg auf. Er dient der Dokumentation der erhobenen Daten und der zeitnahen ministeriellen Information. Der Ergebnisbericht ist deskriptiv angelegt. Hinweise auf Ursachen der berichteten Veränderungen werden weitergehende Analysen liefern. ZMSBw wird dazu im IV. Quartal 2017 einen umfassenden Forschungsbericht vorlegen.

Zentrale Themenstellungen der Befragung sind das Sicherheitsgefühl und die Bedrohungswahrnehmungen der Bundesbürger sowie deren Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird die Haltung der Bevölkerung zur Bundeswehr sowie zu den Auslandseinsätzen analysiert. Die öffentliche Wahrnehmung der Streitkräfte sowie Fragen zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Integration der Bundeswehr stellen weitere Themenbereiche dar. Darüber hinaus wird die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber untersucht und das Verhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft empirisch erfasst (vgl. Abschnitt 3 für ausführlichere Informationen).

Das Studienkonzept, die Ausschreibungsunterlagen und der Fragebogen wurden am ZMSBw erarbeitet. Die Daten der aktuellen Befragung wurden im Zeitraum vom 31. Mai bis 2. Juli 2017 im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos erhoben. Befragt wurden 2 508 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in Deutschland leben (vgl. Abschnitt 3 für weitere Angaben zum methodischen Design). Nach Aufbereitung der erhobenen Daten durch Ipsos erhielt das ZMSBw am 14. Juli 2017 den Datensatz, der Grundlage der nachstehenden Auswertungen ist. Dieser Bericht wurde am 20. Juli 2017 dem BMVg zur internen Auswertung vorgelegt. Er umfasst in dieser Fassung lediglich die geschlossenen Fragen.

Die Bevölkerungsbefragung 2017 fand in einem Zeitraum hohen öffentlichen Interesses an der Bundeswehr und intensiver medialer Berichterstattung statt. Seit Beginn des Jahres 2017 wurde wiederholt über diverse Vorfälle in der Bundeswehr berichtet. Im Befragungszeitraum standen neben Einsatzthemen (Abzug aus Incirlik, Verlegung der Luftwaffenbasis nach Jordanien) und Beschaffungsvorhaben (Drohnen thematik, Korvettenkauf) vor allem die militärische Tradition und das Verhältnis von politischer Leitung, militärischer Führung und Truppe im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. Die Befragungsergebnisse sind auch daraufhin zu lesen, inwiefern diese mediale Aufmerksamkeit und die kritische öffentliche Darstellung der Streitkräfte Einfluss auf die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr haben. Wie die Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse (vgl. Abschnitt 2) zeigt, werden die öffentliche Debatte und die kritische Berichterstattung der Medien sehr wohl wahrgenommen (vgl. Abschnitt 7). Ein Einfluss auf grundlegende sicherheitspolitische Einstellungen (vgl. Abschnitte 5, 9, 10 und 11), Haltungen zur Bundeswehr (vgl. Abschnitt 6) oder die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber (vgl. Abschnitt 8) ist jedoch nicht auszumachen.

2 Die wichtigsten Ergebnisse der Studie im Überblick

Subjektive Sicherheit -> Abschnitt 4

- Die weltweite Sicherheitslage beurteilen 39 Prozent der Befragten als eher bzw. 18 Prozent als sehr unsicher. Im Vergleich dazu schätzen deutlich weniger Befragte die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland als eher (17 Prozent) bzw. sehr unsicher (3 Prozent) ein.
- Bezüglich der persönlichen Situation überwiegt in der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit. Nur wenige fühlen sich eher (11 Prozent) oder sehr unsicher (1 Prozent).
- Im Vergleich zum Vorjahr hat das Unsicherheitsempfinden bei den Befragten zugenommen. Dies zeigt sich vor allem bei der Beurteilung der nationalen Sicherheitslage. Die weltweite sowie die persönliche Sicherheit werden hingegen nur geringfügig unsicherer eingeschätzt.
- Konkrete Bedrohungen werden sehr differenziert wahrgenommen, wobei Aspekte, die mit der Flüchtlingskrise zusammenhängen (Zuwanderung, Fundamentalismus, Fremdenfeindlichkeit), dominieren. Die Angst vor Terroranschlägen in Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr maßgeblich angestiegen. Dagegen werden andere militärische Gefahren sowie Gefährdungen der inneren Sicherheit ähnlich wie im Vorjahr eingeschätzt. Der Anteil derjenigen, die sich von sozioökonomischen Aspekten bedroht fühlen, hat insgesamt zugenommen. Demgegenüber werden ökologische Bedrohungen, mit Ausnahme des Klimawandels, durch die Bürgerinnen und Bürger insgesamt weniger wahrgenommen.

Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands -> Abschnitt 5

- Sechs von zehn Befragten sind der Meinung, dass Deutschland eine aktive Außenpolitik verfolgen und bei der Bewältigung von Krisen, Problemen und Konflikten mithelfen sollte. Damit bleibt die Zustimmung zu einer aktiven Außenpolitik auf dem dritthöchsten Wert seit Beginn der Erfassung der Frage im Jahr 2000.
- Fragt man die Bürgerinnen und Bürger nach den einzusetzenden Mitteln in der Außen- und Sicherheitspolitik, zeigt sich eher eine Präferenz für nicht-militärische Mittel wie Entwicklungshilfe und diplomatische Verhandlungen. Bei den verschie-

denen Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr besteht eine klare Hierarchie. Ausbildungseinsätze (59 Prozent) und Stabilisierungseinsätze (56 Prozent) werden mehrheitlich unterstützt, Kampfeinsätze (34 Prozent) werden nur von einer Minderheit befürwortet. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Unterstützung für die Aufnahme von Flüchtlingen als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik um 7 Prozentpunkte abgenommen und wird nur noch von 30 Prozent der Bevölkerung positiv bewertet. 2015 lag die Unterstützung dafür noch bei 51 Prozent.

- In grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen zeigt sich eine große Unterstützung für die Zusammenarbeit und ein gemeinsames Vorgehen mit den Partnern in der EU und der NATO. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Befürwortung der Kooperation im Rahmen der EU zugenommen.
- Im Vergleich werden die USA in einigen Fragen ähnlich kritisch gesehen wie Russland. Damit scheint sich die ambivalente Politik der neuen US-Regierung tendenziell negativ auf das Meinungsbild der Deutschen zum wichtigsten Bündnispartner auszuwirken.

Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr -> Abschnitt 6

- Die Berichterstattung über Vorfälle in der Bundeswehr bleibt in der vorliegenden Untersuchung ohne spürbare Auswirkungen auf das gesellschaftliche Standing der Bundeswehr: Wie in den Vorjahren stehen die meisten Bürgerinnen und Bürger der Bundeswehr positiv gegenüber. 80 Prozent der Befragten weisen eine positive Einstellung auf.
- Die Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen, die Bürgerinnen und Bürger vertrauen ihnen und sie gelten als wichtig für Deutschland.
- Die Leistungen der Bundeswehr im In- und Ausland werden von der Mehrzahl der Befragten positiv bewertet. Nur leicht positiver als im Vorjahr wird die Bewaffnung und Ausrüstung der Streitkräfte eingeschätzt – 33 Prozent bewerten diese positiv.

Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit -> Abschnitt 7

- Die Bundeswehr wird von den Bürgerinnen und Bürgern vor allem über die Massenmedien (Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften) wahrgenommen. 38 Prozent der Befragten haben sich in persönlichen Gesprächen über die Bundeswehr

unterhalten. Bei öffentlichen Veranstaltungen oder bei Begegnungen im Alltag kommt maximal ein Fünftel der Bevölkerung mit der Bundeswehr in Kontakt.

- Der Eindruck von der Bundeswehr ist bei persönlichen Begegnungen besonders positiv. Aber auch die Berichterstattung in den Massenmedien wird mit Werten zwischen 42 und 46 Prozent eher positiv wahrgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich hier eine deutliche Abnahme positiver Nennungen um bis zu 15 Prozentpunkte. Die negative Berichterstattung zu Vorfällen in der Bundeswehr wird von den Befragten daher durchaus wahrgenommen.
- 2017 sind wie im Vorjahr nur 41 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Bundeswehr genug tut, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben. Mit 39 Prozent sind fast genauso viele Bürgerinnen und Bürger der Auffassung, dass sich die Bundeswehr nicht ausreichend bemüht, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben.

Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr -> Abschnitt 8

- Die Bundeswehr wird von 69 Prozent der Befragten als attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen angesehen. Hier zeigen sich im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderungen.
- Generell haben 43 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bemerkt, dass die Bundeswehr sich bemüht, ein attraktiverer Arbeitgeber zu werden. Von der Attraktivitätsgenda haben allerdings bisher viele weder etwas gehört noch gelesen (78 Prozent).
- Die Werbemaßnahmen unter dem Motto „Mach, was wirklich zählt“ haben 28 Prozent der Befragten wahrgenommen.

Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr -> Abschnitt 9

- 2017 spricht sich, wie bereits im Vorjahr, eine relative Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (47 Prozent) für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus, 37 Prozent sind dafür, dass diese gleich bleiben sollten, und 9 Prozent befürworten eine Verringerung des Verteidigungsetats.
- Für die Ausgestaltung des zukünftigen Personalumfangs der Bundeswehr zeigt sich ein ähnliches Bild: Erhöhung: 49 Prozent, keine Veränderung: 37 Prozent, Verringerung: 7 Prozent.

- Die Entwicklung der Vorjahre, dass sich die Mehrheit der Deutschen für erhöhte Verteidigungsausgaben und die Aufstockung des Personalumfangs der Bundeswehr ausspricht, setzt sich in den aktuellen Daten fort.

Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr -> Abschnitt 10

- Die Bundeswehr sollte nach Auffassung der Bevölkerung mit zahlreichen Aufgaben betraut werden. Die größte Zustimmung erhalten die Aufgabenbereiche, die sich durch einen direkten Bezug zur Sicherheit Deutschlands bzw. deutscher Staatsbürger auszeichnen oder dem Schutz und der Verteidigung von Bündnispartnern sowie der Terrorbekämpfung dienen.
- Die Bevölkerung befürwortet wie im Vorjahr mehrheitlich zahlreiche Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren. Am stärksten unterstützt werden Inlandseinsätze, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (88 Prozent) und um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (84 Prozent).

Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr -> Abschnitt 11

- Die Bevölkerungsmehrheit hat von allen im Rahmen der Studie abgefragten Auslandseinsätzen der Bundeswehr zumindest schon einmal etwas gehört oder gelesen. Doch nur wenige kennen zumindest einige Fakten. Viele wissen nichts Konkretes über die Einsätze.
- Die Frage nach der Kenntnis der unterschiedlichen Auslandseinsätze zeigt, dass der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer im Rahmen der Flüchtlingshilfe (40 Prozent) sowie der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates (IS) (38 Prozent) wie im Vorjahr die bekanntesten Einsätze der Bundeswehr sind.
- Die Missionen, die im Jahr 2017 am stärksten befürwortet werden, sind der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer im Rahmen der Flüchtlingshilfe (58 Prozent), der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (51 Prozent) sowie der EUTM-Einsatz in Mali zur medizinischen Versorgung und zur Ausbildung maliischer Sicherheitskräfte und Sanitäter (47 Prozent).
- Insgesamt zeigt sich, dass die Deutschen sich am ehesten für ein Bundeswehrengagement bei den Einsätzen aussprechen, die als Hilfeinsätze wahrgenommen wer-

den oder die der Terrorismusbekämpfung dienen. Die Zustimmung für Maßnahmen im Rahmen der Bündnisverteidigung ist am geringsten.

- Im Jahr 2017 geben nur 18 Prozent der Bundesbürger an, dass sie sich gut über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen, 42 Prozent sagen teils/teils, und 38 Prozent bezeichnen den eigenen Informationsstand als schlecht. Im Vergleich zum Vorjahr ist der wahrgenommene Informationsstand der Bundesbürger leicht rückläufig.

3 Methodisches Design der Studie

In der durch das ZMSBw (bis 2012: SOWI) jährlich durchgeführten Bevölkerungsbefragung werden seit 1996 ausgewählte Variablen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in gleicher oder ähnlicher Form erhoben. Dies ermöglicht es, Aussagen über Stabilität und Veränderung der gemessenen Einstellungen zu treffen.¹ In Tabelle 3.1 sind die Themenbereiche bzw. Items der Befragung 2017 aufgelistet.

Auswahlverfahren

Für die Untersuchung wurde die Grundgesamtheit, d.h. alle Personen, die für die Analyse von Interesse sind und über die im Rahmen der Untersuchung Aussagen gemacht werden sollen, definiert als deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Privathaushalten in Deutschland. Da nicht alle Personen der Grundgesamtheit befragt werden können, wurde eine Stichprobe gezogen. Die Auswahl der Personen in der Stichprobe erfolgte zufällig, so dass jedes Element der Grundgesamtheit eine Chance hatte, in die Stichprobe zu gelangen. Dieses Verfahren ermöglicht es, inferenzstatistische Berechnungen durchzuführen, d.h. die Messzahlen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu beziehen und den dabei gemachten Fehler bestimmen zu können.² Je größer dieser Fehler ist, desto breiter ist das Vertrauensintervall, welches den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit abdeckt (vgl. Tabelle 3.2). Da es in Deutschland kein öffentliches Verzeichnis von Privathaushalten (Auswahlrahmen) gibt, wurde die Auswahl der Elemente der Stichprobe in einem mehrstufig geschichteten Verfahren getroffen. Dabei wurden im ersten Schritt Sample-Points (Gebiet Deutschlands in etwa 53 000 Flächen unterteilt) abgegrenzt, daraus anschließend Haushalte nach dem Random-Route-Prinzip³ sowie im letzten Schritt die Zielperson im Haushalt nach dem Geburtstagsschlüssel⁴ ausgewählt.

¹ Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Querschnittsuntersuchung, d.h. die für die Studie relevanten Merkmale der interessierenden Grundgesamtheit wurden einmalig und zeitgleich gemessen. Aussagen über Einstellungsänderungen beziehen sich daher auf die Aggregatebene der Gesamtheit aller Befragten (ähnlich eines Trenddesigns).

² Gemeint ist hier der Stichprobenfehler, also die Streuung der Stichprobenkennwerte um den Wert in der Grundgesamtheit (Parameter). Der Fehler ist abhängig vom Stichprobenumfang und der Streuung der Werte in der Grundgesamtheit.

³ Von einem zufällig ausgewählten Startpunkt innerhalb des Sample-Points wurde jeder dritte Haushalt ausgewählt (Begehungsregel).

⁴ Hierbei wurde diejenige im Haushalt lebende und zur Grundgesamtheit gehörende Person befragt, die zuletzt Geburtstag hatte (Verfahren zur Zufallsauswahl).

Tabelle 3.1: Themen der Studie

| |
|---|
| Subjektive Sicherheit |
| <ul style="list-style-type: none"> • Subjektives Sicherheitsgefühl (3 Items) • Sozioökonomische, ökologische und sicherheitspolitische/militärische Bedrohungen (18 Items) |
| Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands |
| <ul style="list-style-type: none"> • Internationale Verantwortung Deutschlands (2 Items) • Außen- und sicherheitspolitische Mittel (10 Items) • Außen- und sicherheitspolitische Grundorientierungen (17 Items) • Einstellungen zu NATO, Bündnisverteidigung und USA (7 Items) • Einstellungen zu NATO, Bündnisverteidigung und Russland (7 Items) |
| Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr |
| <ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Einstellung und Wichtigkeit (3 Items, davon 1 offen) • Ansehen der Bundeswehr und Anerkennung des Dienstes der Soldatinnen und Soldaten (4 Items) • Leistungen, Ausrüstung, Einbindung in die Gesellschaft, öffentliches Auftreten und Ausbildung der Bundeswehr (6 Items) • Institutionenvertrauen (17 Items) • Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft (6 Items) |
| Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit |
| <ul style="list-style-type: none"> • Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr (15 Items) • Glaubwürdigkeit Medienberichterstattung (1 Item) • Kontakt der Bundeswehr zur Gesellschaft (2 Items, davon 1 offen) |
| Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr |
| <ul style="list-style-type: none"> • Attraktivität Arbeitgeber Bundeswehr (6 Items) • Attraktivitätsprogramm der Bundeswehr (3 Items, davon 1 offen) |
| Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr |
| <ul style="list-style-type: none"> • Höhe der Verteidigungsausgaben (1 Item) • Personalumfang der Bundeswehr (1 Item) |
| Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr |
| <ul style="list-style-type: none"> • Aufgabenbereiche der Bundeswehr (12 Items) • Aufgabenbereiche der Bundeswehr in Deutschland (6 Items) |
| Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr |
| <ul style="list-style-type: none"> • Bekanntheit Auslandseinsätze (11 Items) • Unterstützung Auslandseinsätze (11 Items) • Persönliches Informationsniveau Auslandseinsätze (1 Item) |
| Eigenschaften der Befragten |
| <ul style="list-style-type: none"> • Soziodemografische Merkmale (12-17 Items) • Parteipolitische Orientierung (2 Items) • Militärische Sozialisation bzw. Bindung (5-6 Items) • Politisches und verteidigungspolitisches Interesse (Split-Half-Experiment: 2 Items oder 6 Items) • Individuelle politische Kompetenzüberzeugung (4 Items) • Demokratiezufriedenheit, Lebenszufriedenheit, Gerechtigkeitsempfinden (3 Items) • Bewertung wirtschaftliche Lage (2 Items) • Mediennutzung (4 Items) |

Tabelle 3.2: Vertrauensintervall für Stichproben

| Anteilswert des Merk- mals (p) | Stichprobenumfang (n) | | | | | | | | | |
|--------------------------------------|-----------------------|-----|-----|-----|------|------|------|------|------|------|
| | 100 | 250 | 500 | 750 | 1000 | 1250 | 1500 | 1750 | 2000 | 2500 |
| 5 | (5,1) | 3,2 | 2,3 | 1,8 | 1,6 | 1,4 | 1,3 | 1,2 | 1,1 | 1,0 |
| 10 | 7,0 | 4,4 | 3,1 | 2,5 | 2,2 | 2,0 | 1,8 | 1,7 | 1,6 | 1,4 |
| 15 | 8,3 | 5,2 | 3,7 | 3,0 | 2,6 | 2,3 | 2,1 | 2,0 | 1,9 | 1,7 |
| 20 | 9,3 | 5,9 | 4,1 | 3,4 | 2,9 | 2,6 | 2,4 | 2,2 | 2,1 | 1,9 |
| 25 | 10,0 | 6,4 | 4,5 | 3,7 | 3,2 | 2,8 | 2,6 | 2,4 | 2,2 | 2,0 |
| 30 | 10,6 | 6,7 | 4,8 | 3,9 | 3,4 | 3,0 | 2,7 | 2,5 | 2,4 | 2,1 |
| 35 | 11,1 | 7,0 | 4,9 | 4,0 | 3,5 | 3,1 | 2,9 | 2,6 | 2,5 | 2,2 |
| 40 | 11,4 | 7,2 | 5,1 | 4,1 | 3,6 | 3,2 | 2,9 | 2,7 | 2,5 | 2,3 |
| 45 | 11,5 | 7,3 | 5,2 | 4,2 | 3,6 | 3,3 | 3,0 | 2,8 | 2,6 | 2,3 |
| 50 | 11,6 | 7,3 | 5,2 | 4,2 | 3,7 | 3,3 | 3,0 | 2,8 | 2,6 | 2,3 |
| 55 | 11,5 | 7,3 | 5,2 | 4,2 | 3,6 | 3,3 | 3,0 | 2,8 | 2,6 | 2,3 |
| 60 | 11,4 | 7,2 | 5,1 | 4,1 | 3,6 | 3,2 | 2,9 | 2,7 | 2,5 | 2,3 |
| 65 | 11,1 | 7,0 | 4,9 | 4,0 | 3,5 | 3,1 | 2,9 | 2,6 | 2,5 | 2,2 |
| 70 | 10,6 | 6,7 | 4,8 | 3,9 | 3,4 | 3,0 | 2,7 | 2,5 | 2,4 | 2,1 |
| 75 | 10 | 6,4 | 4,5 | 3,7 | 3,2 | 2,8 | 2,6 | 2,4 | 2,2 | 2,0 |
| 80 | 9,3 | 5,9 | 4,1 | 3,4 | 2,9 | 2,6 | 2,4 | 2,2 | 2,1 | 1,9 |
| 85 | 8,3 | 5,2 | 3,7 | 3,0 | 2,6 | 2,3 | 2,1 | 2,0 | 1,9 | 1,7 |
| 90 | 7,0 | 4,4 | 3,1 | 2,5 | 2,2 | 2,0 | 1,8 | 1,7 | 1,6 | 1,4 |
| 95 | (5,1) | 3,2 | 2,3 | 1,8 | 1,6 | 1,4 | 1,3 | 1,2 | 1,1 | 1,0 |

Anmerkungen: Lesebeispiel: Bei einem Stichprobenumfang von 2 500 Fällen und einem Merkmalsanteil von 25 Prozent liegt der wahre Wert in der Grundgesamtheit (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent) im Bereich von 23 (25 – 2) bis 27 Prozent (25 + 2). Weitere Werte lassen sich mit folgender Formel berechnen:

$$P_i = 1,64 * \sqrt{2} * \sqrt{\frac{p * (1 - p)}{n}}$$

Datenerhebungstechnik und Feldphase

Ein erster Entwurf des standardisierten Fragebogens wurde am ZMSBw entwickelt. Die Überprüfung des Fragebogens (Pretest) und die Datenerhebung wurden durch das externe Meinungsforschungsinstitut Ipsos GmbH durchgeführt.⁵ Im Rahmen computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) wurden in einem Zeitraum von etwa 4 Wochen (31. Mai bis 2. Juli 2017) 2 508 Nettointerviews durch erfahrene und geschulte Interviewer durchgeführt. Die erhobenen Daten wurden durch das Umfrageinstitut im Anschluss an die Erhebung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Ortsgröße gewichtet⁶ (vgl. Tabelle 3.3), um die realisierte Stichprobe der demografischen Struktur der Grundgesamtheit anzupassen.

Tabelle 3.3: Grundgesamtheit und Stichprobe

| (Angaben in Prozent) | | | |
|--|-----------------|------------|-------------|
| | Grundgesamtheit | Stichprobe | |
| | | Gewichtet | Ungewichtet |
| Geschlecht | | | |
| Männer | 49 | 49 | 48 |
| Frauen | 51 | 51 | 53 |
| Alter | | | |
| 16 bis 19 Jahre | 5 | 5 | 5 |
| 20 bis 29 Jahre | 14 | 14 | 14 |
| 30 bis 39 Jahre | 14 | 14 | 14 |
| 40 bis 49 Jahre | 17 | 17 | 17 |
| 50 bis 59 Jahre | 18 | 18 | 18 |
| 60 bis 69 Jahre | 13 | 13 | 14 |
| 70 Jahre und älter | 18 | 18 | 18 |
| Bildungsabschluss | | | |
| Hochschul- bzw. Fachhochschulreife | 30 | 30 | 21 |
| Realschulabschluss | 32 | 32 | 44 |
| Hauptschulabschluss oder niedriger | 38 | 38 | 35 |
| Region | | | |
| Norddeutschland (SH, HH, HB, NI) | 16 | 16 | 16 |
| Ostdeutschland (MV, BB, BE, ST, SN,TH) | 20 | 20 | 21 |
| Süddeutschland (BW, BY) | 29 | 29 | 29 |
| Westdeutschland (NW, RP, HE, SL) | 35 | 35 | 34 |

Anmerkung: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.

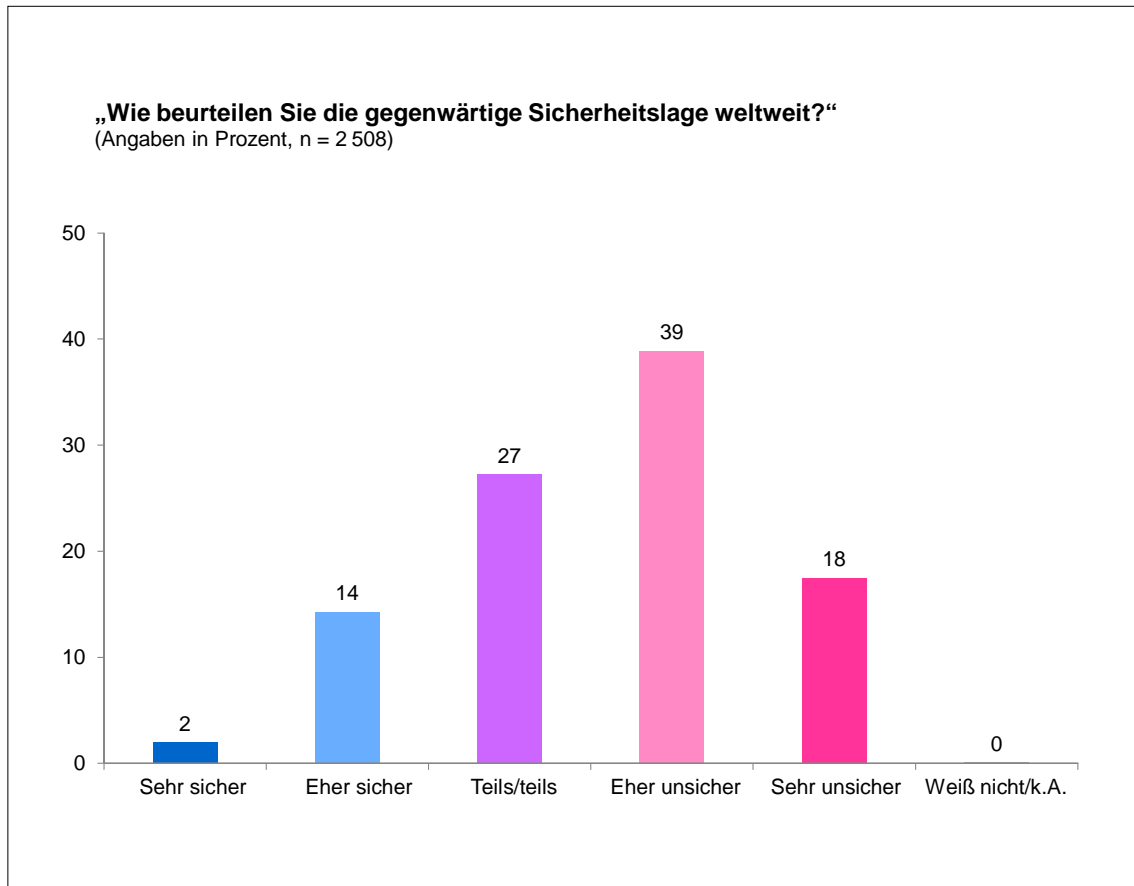
Datenbasis: Grundgesamtheit: Sollvorgaben aus dem Tageszeitungsdatensatz der Mediaanalyse (ma) aus dem Jahr 2017; Stichprobe: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

⁵ Die Autorinnen und Autoren des Forschungsberichts standen vor und während der gesamten Feldphase in engem Kontakt zu Ipsos.

⁶ Die Gewichtungsfaktoren der Befragten reichen dabei von 0,22 bis 4,06 ($\bar{x}=1,24$; $sd=0,58$).

4 Subjektive Sicherheit

Abbildung 4.1: Beurteilung der weltweiten Sicherheitslage



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

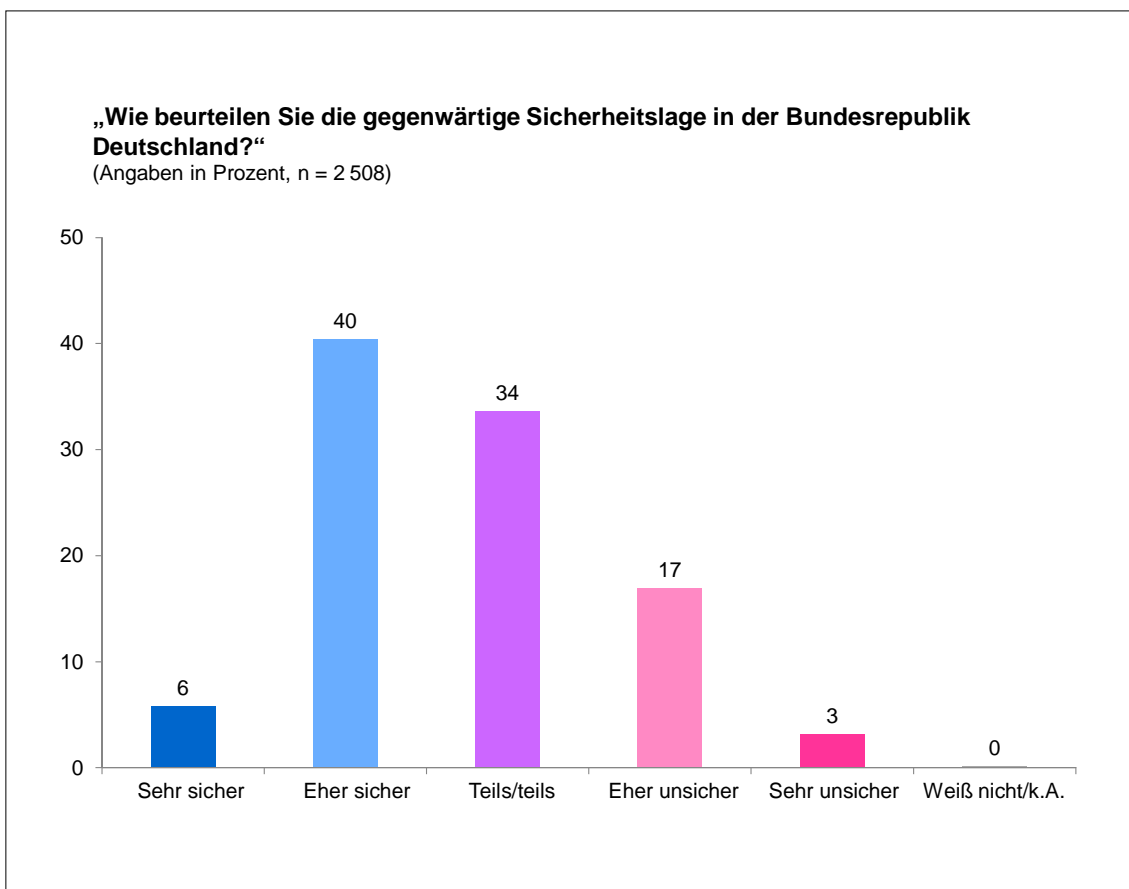
Die weltweite Sicherheitslage wird durch die Bürgerinnen und Bürger differenziert wahrgenommen (vgl. Abbildung 4.1). Nur wenige der Befragten bewerten die globale Lage als sehr sicher (2 Prozent) oder eher sicher (14 Prozent). Im Gegensatz dazu meinen etwa sechs von zehn Befragten, die Lage sei eher unsicher (39 Prozent) oder sehr unsicher (18 Prozent). Ungefähr ein Viertel der Befragten ist geteilter Meinung (27 Prozent). Gegenüber den Vorjahren wird die globale Sicherheitslage unsicherer eingeschätzt.⁷ Im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem der Anteil an Befragten, die die Lage als sehr unsicher

⁷ In der Bevölkerungsbefragung von 2015 wurde die Frage nach dem weltweiten Sicherheitsempfinden erstmals gestellt.

empfinden, angestiegen. Parallel dazu ist der Anteil der Befragten, die sich eher sicher fühlen oder sich teils sicher/teils unsicher fühlen, gesunken.⁸

⁸ Veränderungen im Vergleich zur Bevölkerungsbefragung 2016: „Sehr sicher“ +/-0 Prozentpunkte, „Eher sicher“ -3 Prozentpunkte, „Teils/teils“ -3 Prozentpunkte, „Eher unsicher“ +1 Prozentpunkt, „Sehr unsicher“ +4 Prozentpunkte. Veränderungen im Vergleich zur Bevölkerungsbefragung 2015: „Sehr sicher“ -3 Prozentpunkte, „Eher sicher“ -10 Prozentpunkte, „Teils/teils“ -4 Prozentpunkte, „Eher unsicher“ +16 Prozentpunkte, „Sehr unsicher“ +1 Prozentpunkt.

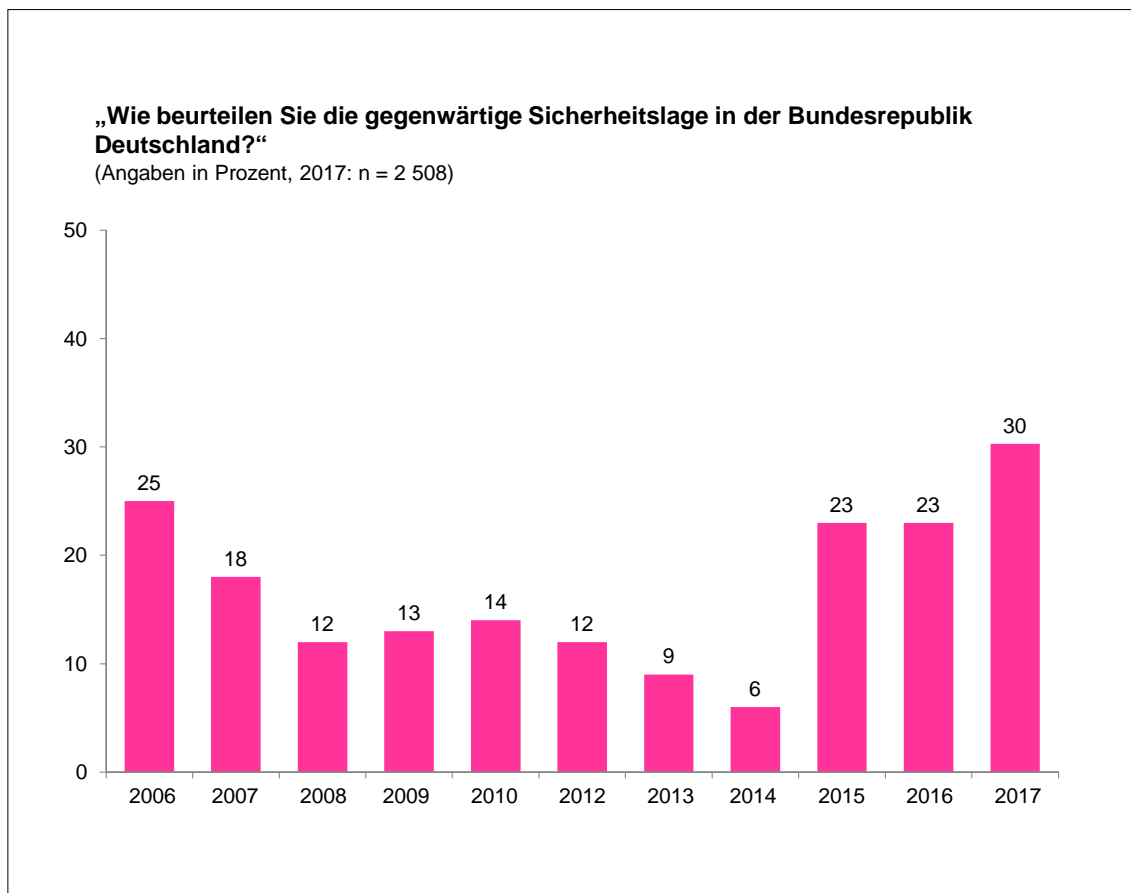
Abbildung 4.2: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

Im Vergleich zur weltweiten Lage wird die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland durch die Bürgerinnen und Bürger deutlich sicherer eingeschätzt (vgl. Abbildung 4.2). Fast die Hälfte der Befragten beurteilt die Lage als eher sicher (40 Prozent) oder sehr sicher (6 Prozent). Im Kontrast dazu meint jeder Fünfte, die Lage sei eher unsicher (17 Prozent) bzw. sehr unsicher (3 Prozent). Ein Drittel der Bundesbürger (34 Prozent) schätzt die Lage im eigenen Land als teils sicher/teils unsicher ein.

Abbildung 4.3: Beurteilung der nationalen Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl



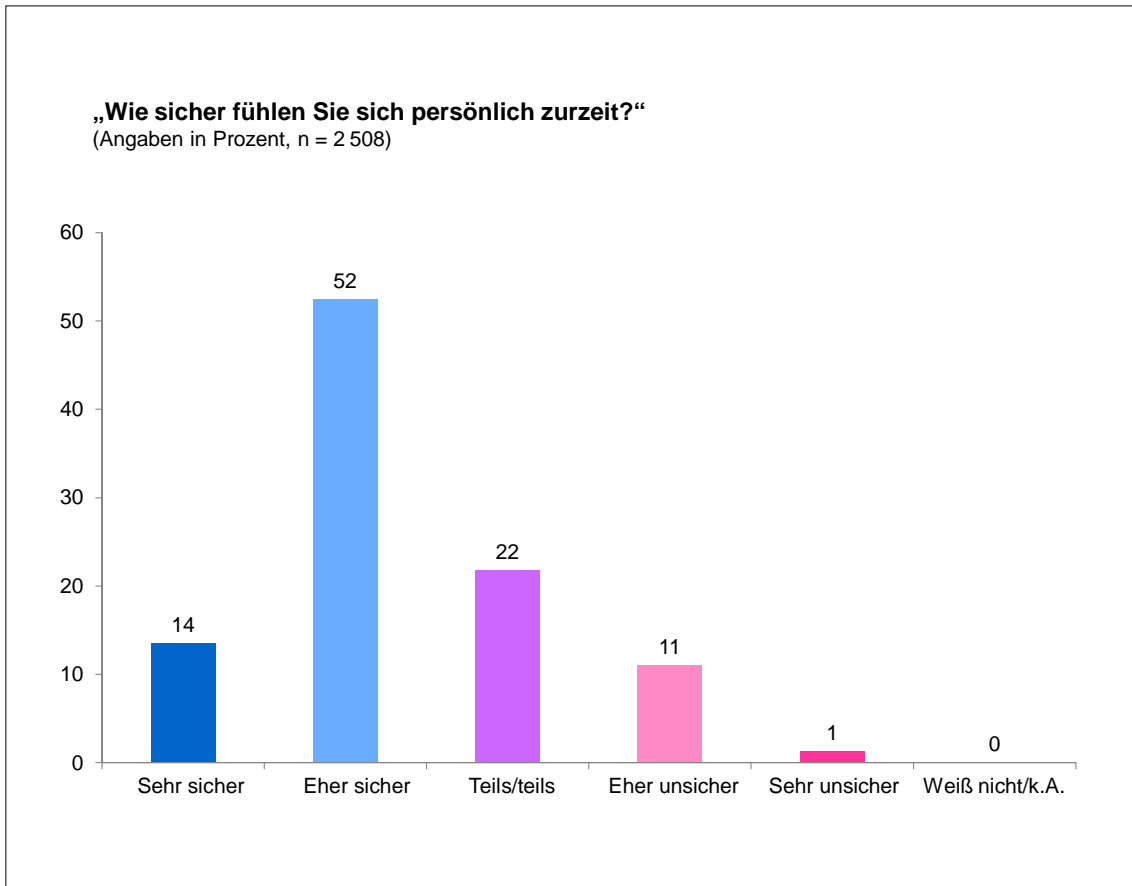
Anmerkungen: Anteile 2006–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet. 2011 wurde die Frage nicht erhoben.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2006–2017.

Im Zeitverlauf wird deutlich, dass sich das subjektive (Un-)Sicherheitsempfinden in Bezug auf die gegenwärtige Sicherheitslage in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr deutlich verändert hat (vgl. Abbildung 4.3).⁹ Bei detaillierter Betrachtung zeigt sich, dass es in diesem Jahr weniger Befragte gibt, die die Lage als sehr (-1 Prozentpunkt) oder eher sicher (-9 Prozentpunkte) einschätzen und dafür mehr, die sie als teils sicher/teils unsicher (+6 Prozentpunkte), eher unsicher (+2 Prozentpunkte) und sehr unsicher (+1 Prozentpunkt) bewerten.

⁹ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskala (ab 2014: 5-stufig) zu den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie für die Jahre 2014 bis 2017 herausgerechnet. Damit gehen noch 2 080 (2014), 1 924 (2015), 1 661 (2016) bzw. 1 662 Befragte (2017) in die Analysen ein. So erklären sich auch die Abweichungen zwischen den Abbildungen 4.2 und 4.3.

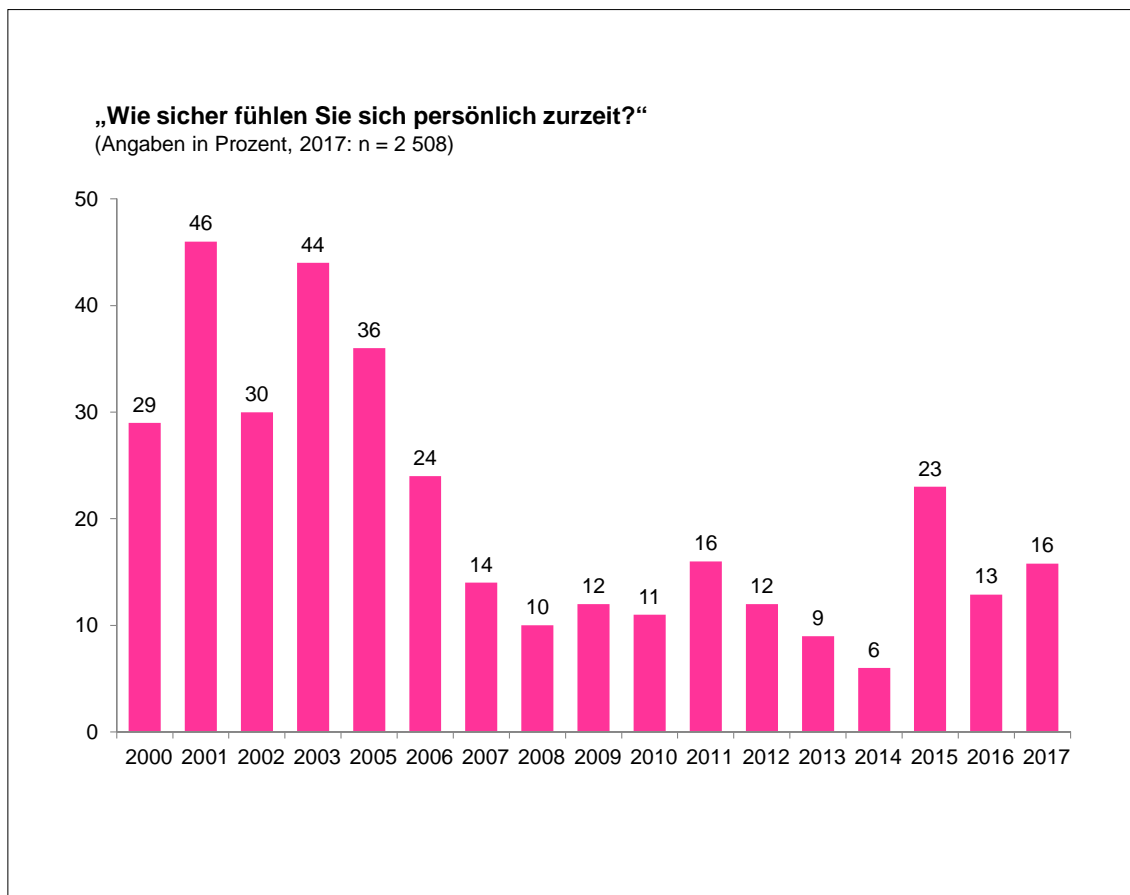
Abbildung 4.4: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

Insgesamt überwiegt bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl von persönlicher Sicherheit (vgl. Abbildung 4.4). Zwei Drittel der Befragten fühlen sich persönlich sehr (14 Prozent) oder eher sicher (52 Prozent). Einer von fünf Befragten hat hingegen ein ambivalentes Sicherheitsgefühl, und nur wenige fühlen sich persönlich eher (11 Prozent) oder sehr unsicher (1 Prozent).

Abbildung 4.5: Beurteilung der persönlichen Sicherheitslage im Zeitvergleich – Unsicherheitsgefühl



Anmerkung: Anteile 2000–2013: „Sehr unsicher“, „Unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst; ab 2014: „Sehr unsicher“ und „Eher unsicher“ zusammengefasst, „Teils/teils“ herausgerechnet.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2017.

Ähnlich wie bei der Wahrnehmung der nationalen Sicherheitslage ist der Anteil der Befragten, die sich persönlich unsicher fühlen, im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen und erreicht etwa das Niveau von 2011 (vgl. Abbildung 4.5).¹⁰ Die derzeitigen sicherheitspolitischen Krisen, Konflikte und Vorfälle inner- und außerhalb Deutschlands scheinen sich im Vergleich zum Vorjahr in einem etwas stärkeren Maß im persönlichen Sicherheitsempfinden der Befragten niederzuschlagen.

¹⁰ Aufgrund der unterschiedlichen Antwortskala (ab 2014: 5-stufig) zu den Vorjahren wurden zu Vergleichszwecken die Befragten der Mittelkategorie für die Jahre 2014, 2015 und 2016 herausgerechnet. Damit gehen in die Analysen noch 2 160 (2014), 1 982 (2015), 1 831 (2016) bzw. 1 962 Befragte (2017) ein. So erklären sich auch die Abweichungen zwischen den Abbildungen 4.4 und 4.5.

Tabelle 4.1: Wahrgenommene Bedrohungen der persönlichen Sicherheitslage

| „Inwieweit fühlen Sie sich persönlich zurzeit durch folgende Faktoren bedroht?“ (Angaben in Prozent) | | | | |
|---|----------------------|-------------|----------------------------|-------------------------------|
| | Bedroht ¹ | Teils/teils | Nicht bedroht ² | Trifft nicht zu/ W.n./k.A. |
| Zuwanderung nach Deutschland | 54 | 25 | 21 | 0 |
| Terroranschläge in Deutschland | 53 | 28 | 18 | 0 |
| Religiöser Fundamentalismus in Deutschland | 48 | 25 | 26 | 1 |
| Steigende Preise | 47 | 29 | 24 | 0 |
| Weltweiter Klimawandel durch die globale Erwärmung | 43 | 30 | 27 | 0 |
| Unzureichende finanzielle Absicherung im Alter | 37 | 23 | 35 | 4 |
| Fremdenfeindlichkeit in Deutschland | 32 | 29 | 39 | 0 |
| Kriminalität in meinem Umfeld | 28 | 32 | 40 | 0 |
| Konflikt im Irak und Syrien | 27 | 30 | 42 | 1 |
| Spannungen zwischen dem Westen und Russland | 26 | 33 | 39 | 1 |
| Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News) | 26 | 26 | 46 | 2 |
| Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland | 25 | 29 | 43 | 3 |
| Große Naturkatastrophen wie z.B. schwere Stürme oder Überschwemmungen | 22 | 27 | 51 | 0 |
| Störfall in einem Atomkraftwerk | 21 | 22 | 56 | 1 |
| Krieg in Europa | 21 | 29 | 50 | 1 |
| Verlust des eigenen Arbeitsplatzes bzw. Schwierigkeit, einen Arbeitsplatz zu finden | 21 | 18 | 43 | 19 |
| Zerfall der EU | 20 | 30 | 48 | 2 |
| Weltweite Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit oder Seuche | 19 | 23 | 58 | 0 |

Anmerkungen: Einzelne Prozentangaben ergeben mitunter in der Summe nicht 100 Prozent, da sie gerundet wurden.
 1) Anteile „Stark bedroht“ und „Eher bedroht“ wurden zusammengefasst; 2) Anteile „Überhaupt nicht bedroht“ und „Eher nicht bedroht“ wurden zusammengefasst. W.n./k.A.: Weiß nicht/keine Angabe.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

In der Bevölkerung herrscht ein differenziertes Bewusstsein über die verschiedenen Gefahren, die die eigene Sicherheit bedrohen können (Tabelle 4.1). Das Flüchtlingsthema schlägt sich, wie im Vorjahr, deutlich in den berichteten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger nieder. Mehr als die Hälfte der Befragten fühlt sich persönlich durch die Zuwanderung (54 Prozent, +2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr) nach Deutschland bedroht. Religiösen Fundamentalismus empfinden 48 Prozent als Bedrohung (+5 Prozentpunkte). Zudem sorgt sich ein Drittel der Befragten vor Fremdenfeindlichkeit in Deutschland (32 Prozent, -1 Prozentpunkt). Ängste hinsichtlich sozioökonomischer Aspekte wie steigender Preise (47 Prozent, +7 Prozentpunkte), einer unzureichenden finanziellen Absicherung im Alter (37 Prozent, -1 Prozentpunkt) und – in etwas geringem Ausmaß – Arbeitsplatzunsicherheit (21 Prozent, +2 Prozentpunkte) spielen ebenfalls eine Rolle. Auch militärische bzw. kriminelle Gefahren werden durch die Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen. Angesichts der Vielzahl von Terroranschlägen in

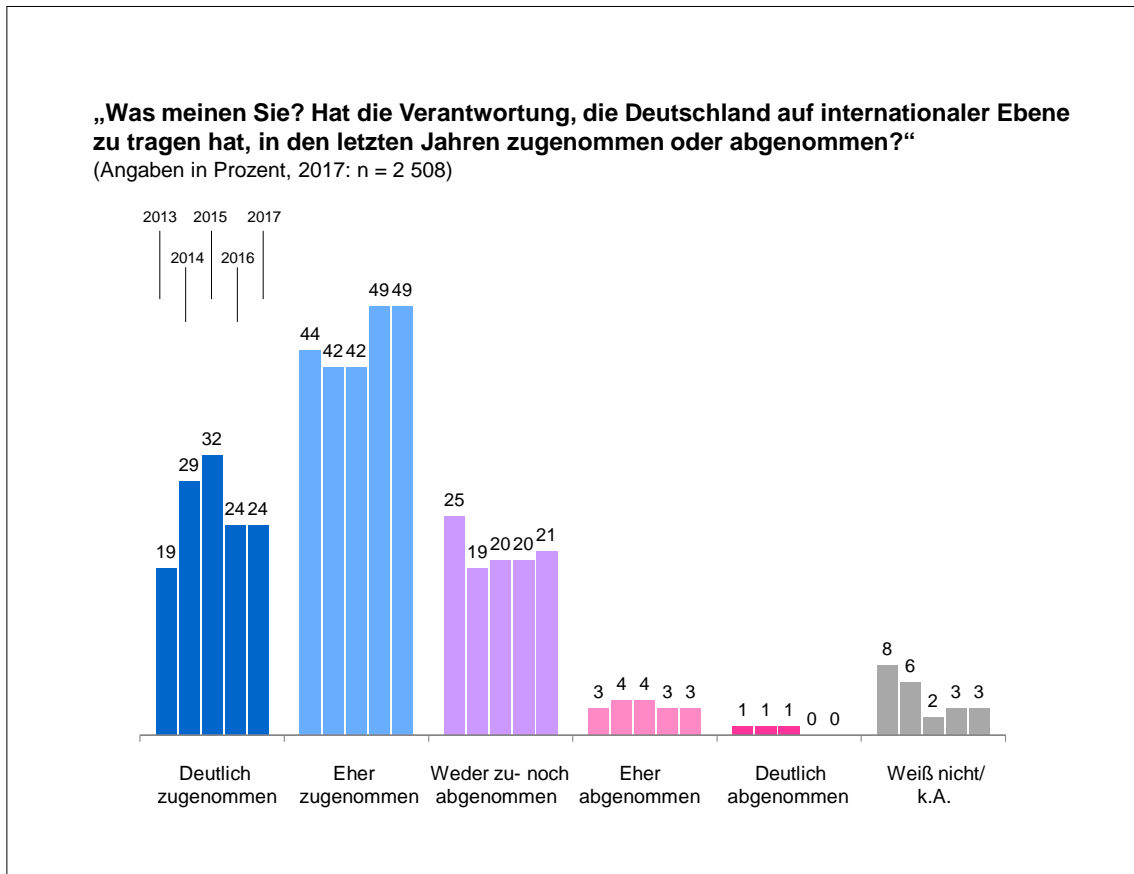
Deutschland und Europa steigt auch die Angst vor Terroranschlägen (53 Prozent, +11 Prozentpunkte) unter den Befragten.¹¹ Die Bedrohung durch Spannungen zwischen dem Westen und Russland (26 Prozent, -2 Prozentpunkte), Kriminalität im eigenen Umfeld (28 Prozent, -2 Prozentpunkte), der Konflikt im Irak und Syrien (27 Prozent, -1 Prozentpunkt) und ein möglicher Krieg in Europa (21 Prozent, +1 Prozentpunkt) werden durch die Befragten ähnlich wie im Vorjahr eingeschätzt. Auch ökologische Aspekte wie der weltweite Klimawandel durch die globale Erwärmung (43 Prozent, +5 Prozentpunkte) machen den Bürgerinnen und Bürgern Sorgen. Vor möglichen großen Naturkatastrophen (22 Prozent, -4 Prozentpunkte), der weltweiten Ausbreitung einer gefährlichen Krankheit bzw. Seuche (19 Prozent, +1 Prozentpunkt) oder einem potenziellen Störfall in einem Atomkraftwerk (21 Prozent, -4 Prozentpunkte) fühlen sich vergleichsweise wenige Befragte bedroht. Einen Internetangriff auf die Infrastruktur in Deutschland fürchtet ein Viertel der Befragten (25 Prozent, +6 Prozentpunkte). Ähnlich viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich durch die Verbreitung von falschen Informationen über die Medien oder das Internet (Fake News) bedroht (26 Prozent). Jeder Fünfte sieht die Gefahr des Zerfalls der Europäischen Union (20 Prozent).¹²

¹¹ Im Jahr 2015 fühlten sich drei von zehn Befragten (31 Prozent) durch mögliche Terroranschläge in Deutschland bedroht. Die Bedrohungswahrnehmung ist demnach innerhalb von zwei Jahren um 22 Prozentpunkte gestiegen.

¹² Für die beiden letzten Fragen ist kein Vergleich zum Vorjahr möglich, da sie erstmals 2017 abgefragt wurden.

5 Einstellungen zum außen- und sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands

Abbildung 5.1: Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene im Zeitvergleich

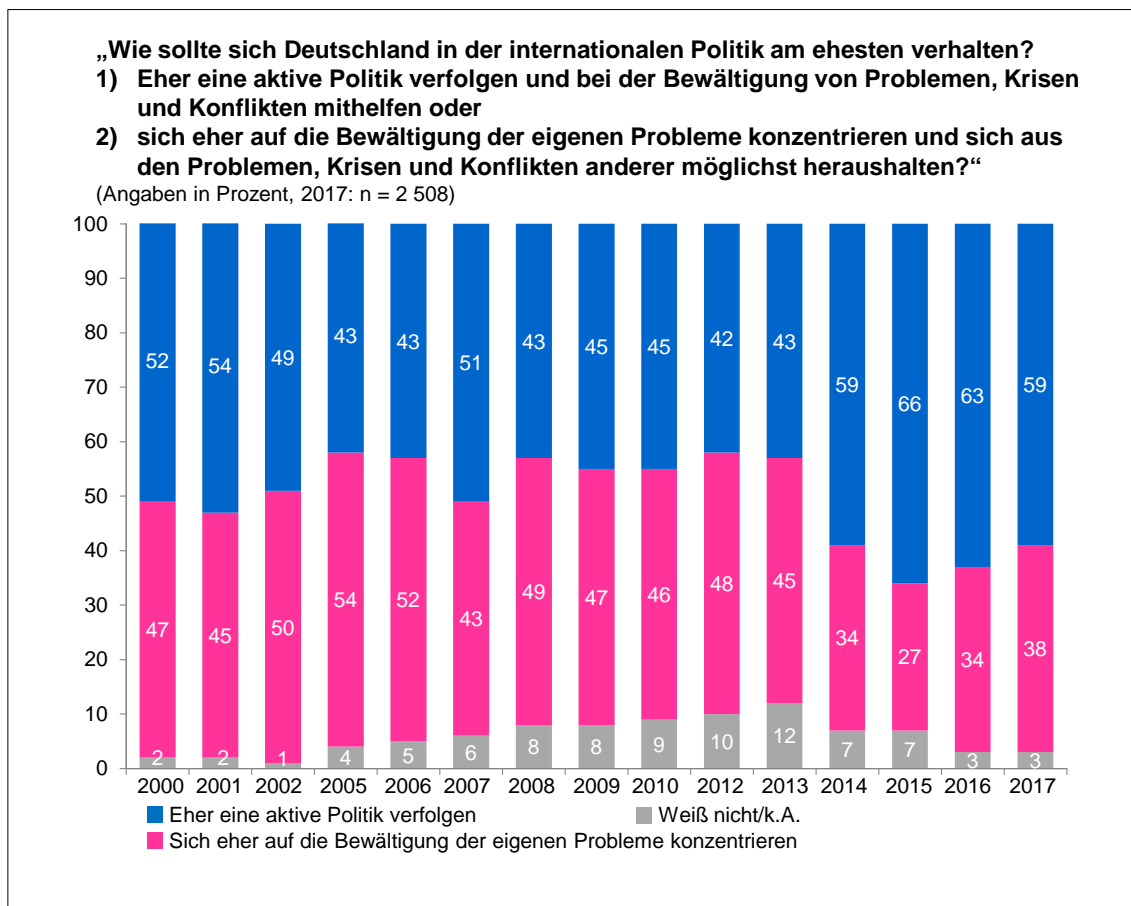


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2017.

Seit der Wiedervereinigung wird über eine gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands diskutiert. Die Wahrnehmungen der Bürger gehen eindeutig in diese Richtung (vgl. Abbildung 5.1). 24 Prozent denken, dass die Verantwortung des Landes deutlich zugenommen hat, 49 Prozent sind der Auffassung, dass sie eher zugenommen hat. Zusammengefasst sind dies 73 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr (ebenfalls zusammengefasst 73 Prozent) zeigt sich somit keine Veränderung, so dass der Wert weiterhin fast auf dem höchsten Niveau liegt, seitdem diese Frage gestellt wird. 21 Prozent der Befragten sehen keine Veränderung, und mit 3 Prozent denkt nur ein verschwindend

geringer Teil der Bürgerinnen und Bürger, dass Deutschlands Verantwortung international abgenommen hat.

Abbildung 5.2: Einstellung zum außenpolitischen Engagement Deutschlands im Zeitvergleich



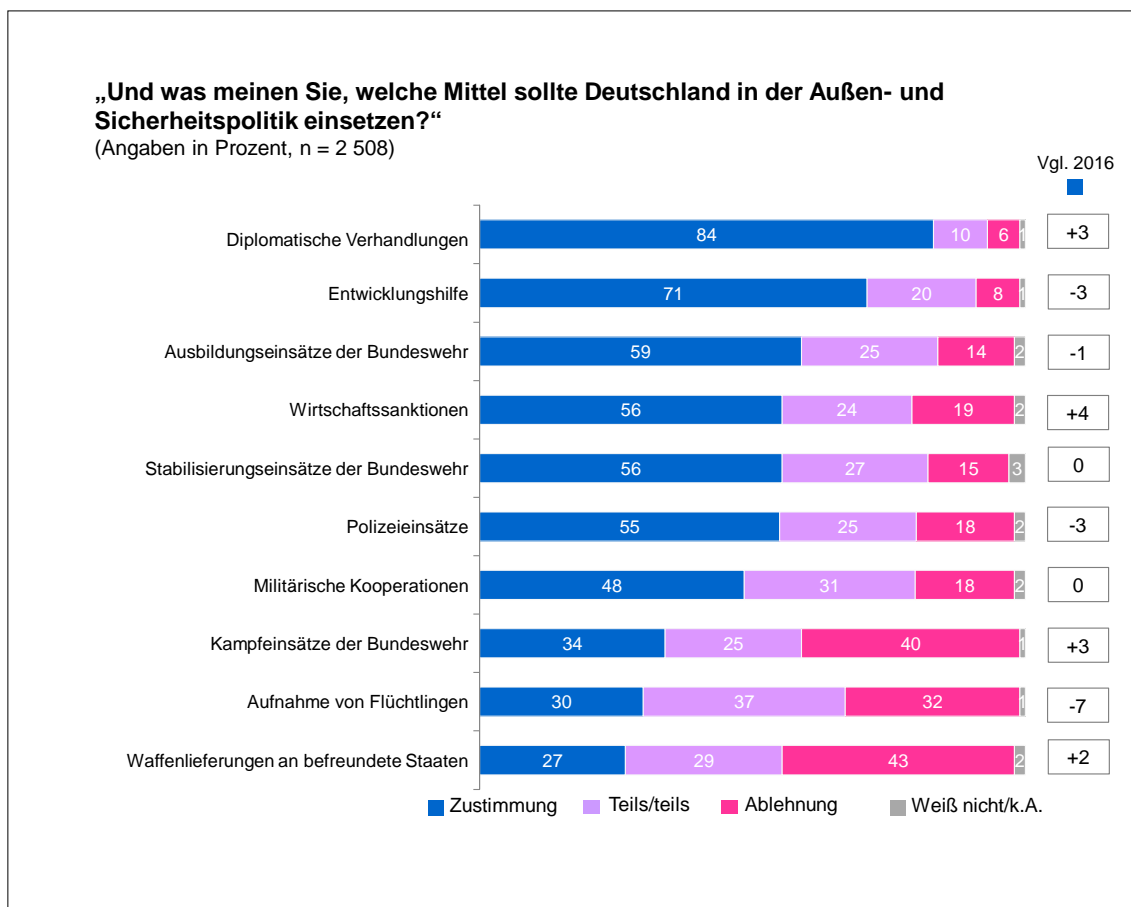
Anmerkungen: Die Frageformulierung wurde ab 2013 geändert. Ein Vergleich der alten und der neuen Frageformulierung mit den Daten der Bevölkerungsbefragung 2015 zeigt aber, dass die Antwortverteilung sich zwischen alter und neuer Formulierung nicht unterscheidet. Alte Formulierung: „Was meinen Sie? Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland... 1) eher bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder 2) sich eher aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer heraushalten?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2017.

Eine wichtige Frage ist, was aus der gewachsenen wahrgenommenen internationalen Verantwortung Deutschlands für die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes folgt. Daher wurden die Bürgerinnen und Bürger danach gefragt, ob sich Deutschland international eher aktiv oder passiv verhalten sollte (vgl. Abbildung 5.2). Fast 6 von 10 Befragten (59 Prozent) plädieren dafür, dass Deutschland eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen sollte. Damit sinkt die Zustimmung im Vergleich zu den Vorjahren etwas ab (im Vergleich zu 2016: 4 Prozentpunkte). Über den gesamten Zeitraum seit 2000 ist dies aber immer noch der dritthöchste Zustimmungswert für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik. 38 Prozent der Befragten sind 2017 der Meinung, dass Deutschland sich eher auf die Bewältigung der

eigenen Probleme konzentrieren und sich aus den Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten sollte. 3 Prozent der Befragten haben keine Meinung.

Abbildung 5.3: Mittel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik



Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

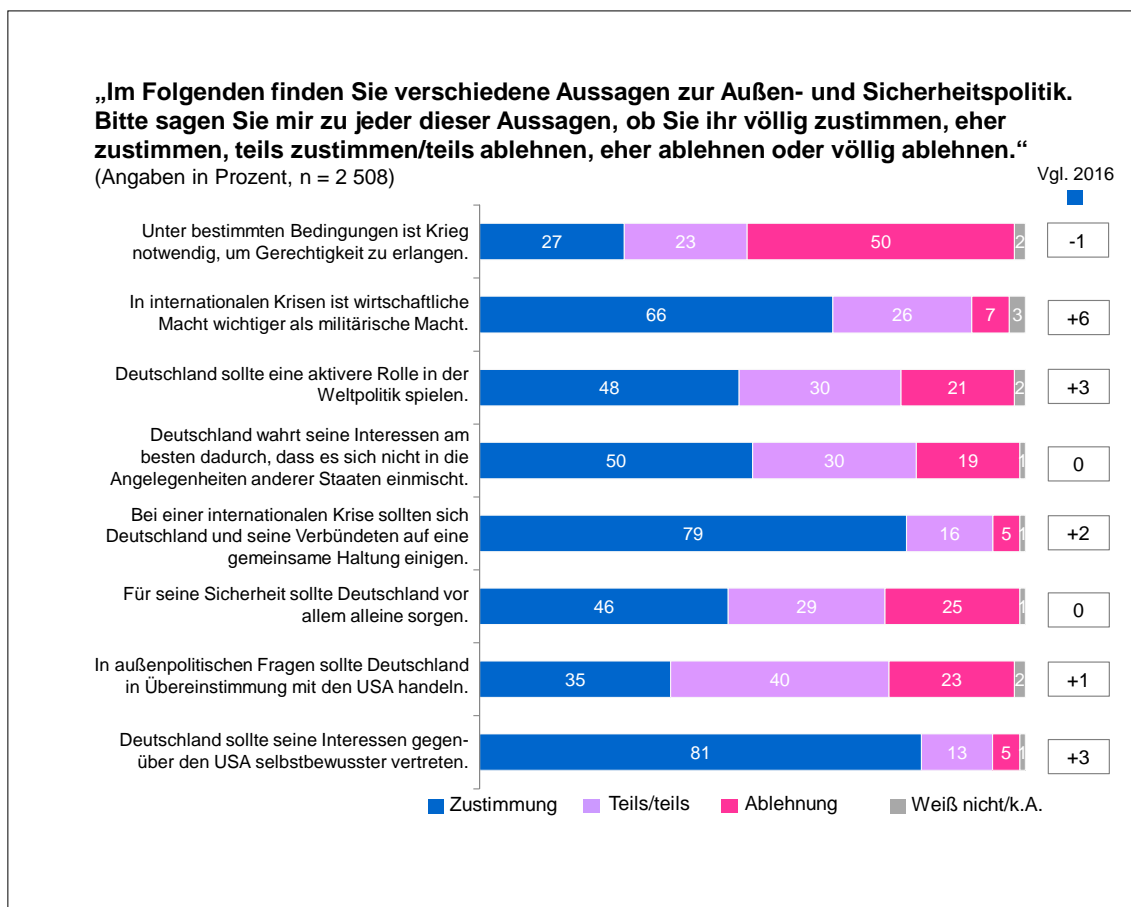
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

Gefragt danach, welche Mittel Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen sollte, erhalten diplomatische Verhandlungen (84 Prozent) und Entwicklungshilfe (71 Prozent) die mit Abstand höchste Zustimmung (vgl. Abbildung 5.3). Fünf weitere Maßnahmen finden die mehrheitliche Unterstützung der Befragten: Ausbildungseinsätze der Bundeswehr (59 Prozent), Wirtschaftssanktionen (56 Prozent), Stabilisierungseinsätze der Bundeswehr (56 Prozent), Polizeieinsätze (55 Prozent) sowie militärische Kooperationen (48 Prozent). Kampfeinsätze der Bundeswehr, die Aufnahme von Flüchtlingen sowie Waffenlieferungen an befreundete Staaten werden nur von maximal einem Drittel der Bevölkerung als außen- und sicherheitspolitische Mittel unterstützt. Besonders groß ist die Ablehnung von Kampfeinsätzen (40 Prozent) und Waffenlieferungen (43 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr kommt es zu einigen Veränderungen im Meinungsbild: Für diplomatische Verhandlungen zeigt sich eine um 3 Prozentpunkte größere Zustimmung,

ebenso für Kampfeinsätze der Bundeswehr. Ein Zuwachs der positiven Antworten findet sich auch in Bezug auf Wirtschaftssanktionen (+4 Prozentpunkte) und Waffenlieferungen an befreundete Staaten (+2 Prozentpunkte). Bei drei der abgefragten Mittel nimmt die Zustimmung ab, für Entwicklungshilfe sowie Polizeieinsätze um 3 Prozentpunkte und für die Aufnahme von Flüchtlingen um 7 Prozentpunkte. Im Vergleich zu 2015 wird die Abnahme der Zustimmung für die letztgenannte Maßnahme noch deutlicher. 2015 unterstützten noch 51 Prozent die Aufnahme von Flüchtlingen als außen- und sicherheitspolitisches Mittel.

Abbildung 5.4: Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Teil 1



Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

Zum zweiten Mal nach 2016 enthielt die Bevölkerungsbefragung 2017 einige Instrumente, welche die Meinung der Bevölkerung zu grundsätzlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands abdecken. Dabei handelt es sich um wichtige Konzepte der wissenschaftlichen Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen. Folgende in der Literatur etablierte Themenbereiche wurden abgedeckt: die Haltung zu Krieg und militärischer Gewalt, der Grad des gewünschten internationalen Engagements, das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament bei Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr, die Rolle und Bedeutung von Bündnissen wie NATO und EU sowie die Beziehungen zu wichtigen Staaten wie den USA und Russland.

Hinsichtlich der Rolle von Krieg und militärischer Gewalt zeigen sich mehrheitlich Ablehnung und Skepsis. So ist nur etwa ein Viertel der Befragten (27 Prozent) der Meinung, dass Krieg unter bestimmten Bedingungen notwendig ist, um Gerechtigkeit zu erlangen (vgl. Abbildung 5.4). 50 Prozent lehnen diese Aussage ab. Zwei Drittel der Be-

fragten (66 Prozent) sind der Auffassung, dass in internationalen Krisen wirtschaftliche Macht wichtiger ist als militärische Macht. Nur 7 Prozent vertreten hier die gegenteilige Ansicht.

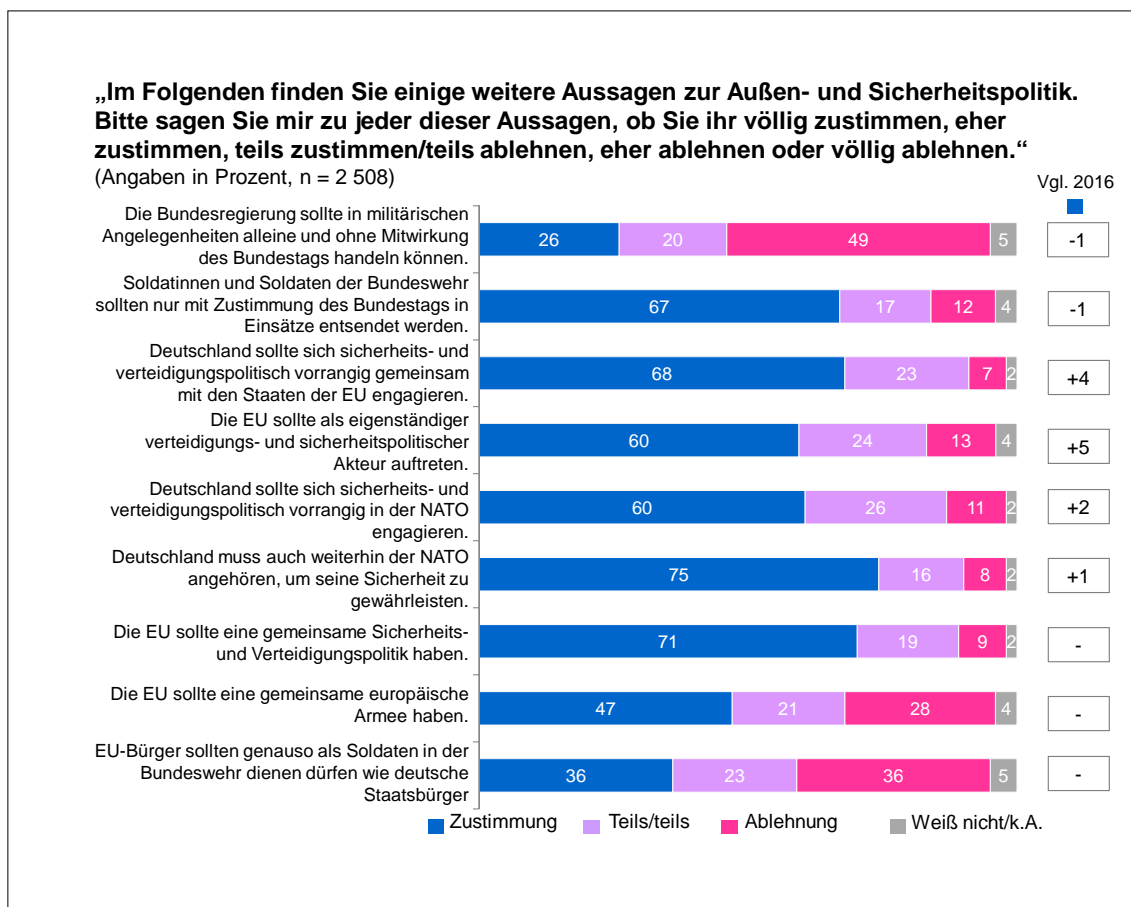
Gefragt nach dem internationalen Engagement Deutschlands, ergeben sich wie schon im Vorjahr widersprüchliche Ergebnisse. Während eine relative Mehrheit dafür ist (48 Prozent), dass Deutschland eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen sollte, sind 50 Prozent der Auffassung, dass Deutschland seine Interessen am besten dadurch wahrt, dass es sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischt. Jeweils ein Fünftel der Befragten lehnt diese Aussagen ab.

Die Deutschen haben eine klare Präferenz für ein gemeinsames Vorgehen mit den Verbündeten im Falle einer internationalen Krise. Dies wird von fast vier Fünfteln der Bürgerinnen und Bürger unterstützt (79 Prozent). Wenn es darum geht, für die Sicherheit des Landes zu sorgen, sagen 46 Prozent, dass Deutschland dies vor allem alleine tun sollte. 25 Prozent der Befragten äußern eine ablehnende Position zu dieser Frage.

Im Verhältnis zu den USA sind mehr als 8 von 10 Befragten der Meinung, dass Deutschland seine Interessen selbstbewusster vertreten sollte (81 Prozent Zustimmung). Hinsichtlich Zusammenarbeit und Übereinstimmung mit den USA in außenpolitischen Fragen zeigt sich ein gespaltenes Meinungsbild. Während 35 Prozent der Auffassung sind, dass beide Länder in Übereinstimmung handeln sollten, sind 40 Prozent bei dieser Frage geteilter Meinung. 23 Prozent haben hier eine ablehnende Haltung.

Im Vergleich zum Vorjahr gibt es mit einer Ausnahme (wirtschaftliche Macht vs. militärische Macht) bei allen genannten Fragen nur leichte Veränderungen hinsichtlich des Anteils an Zustimmung. Dies gilt auch für die Items zu den USA. Die in anderen Umfragen ermittelte besonders skeptische Sicht der Deutschen auf die neue US-Regierung scheint sich somit nicht besonders stark auf das mit der Bevölkerungsbefragung 2017 ermittelte Meinungsbild auszuwirken.

Abbildung 5.5: Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Teil 2



Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

Gefragt nach dem Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundestag bei Entscheidungen über militärische Einsätze und Angelegenheiten zeigt sich ein eindeutiges Muster (vgl. Abbildung 5.5). Während 26 Prozent befürworten, dass die Bundesregierung in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestags handeln können sollte, wird dies von einer Mehrheit (49 Prozent) abgelehnt. Noch eindeutiger ist die Zustimmung bei der zweiten Frage zu diesem Thema: Mehr als zwei Drittel der Befragten (67 Prozent) sind dafür, dass die Bundeswehr nur mit Zustimmung des Bundestags in Einsätze entsendet werden soll. Lediglich 12 Prozent lehnen dies ab.

Eine sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EU befürworten 68 Prozent der Befragten. Eine Mehrheit (60 Prozent) begrüßt es, wenn die EU als eigenständiger verteidigungs- und sicherheitspolitischer Akteur auftritt. Ähnlich positiv äußern sich die Bürgerinnen und Bürger zur NATO. Drei Viertel (75 Prozent) stehen hinter Deutschlands Mitgliedschaft im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis,

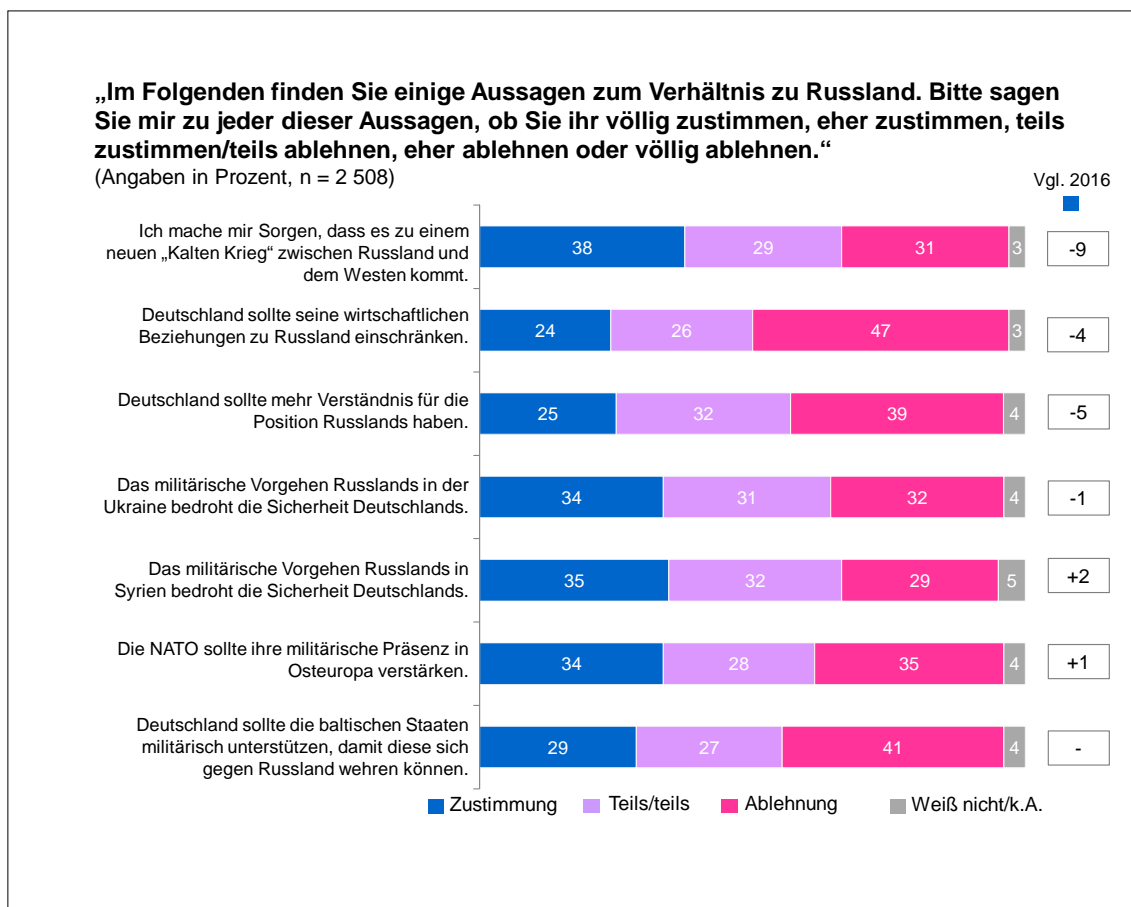
und 60 Prozent sind der Auffassung, dass sich Deutschland sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig im Rahmen der NATO engagieren sollte.

Neu im Vergleich zum Vorjahr waren drei Fragen zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der EU. 71 Prozent der Befragten unterstützen die Forderung nach einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, nur 9 Prozent lehnen diese ab. Wesentlich skeptischer sind die Deutschen, wenn es um die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee geht. Dieses Vorhaben wird lediglich von einer relativen Mehrheit unterstützt (47 Prozent). 21 Prozent sind hier geteilter Meinung. 28 Prozent der Befragten sind gegen dieses Vorhaben.

Noch skeptischer sind die Befragten in Bezug auf den Dienst von EU-Bürgern in der Bundeswehr. Lediglich 36 Prozent stimmen zu, dass EU-Bürger mit deutschen Staatsbürgern hinsichtlich des Dienstes in der Bundeswehr gleichgestellt werden sollten. 23 Prozent sind hier geteilter Meinung, während 36 Prozent diesen Vorschlag ablehnen.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich bei der Verteilung der Antworten zu den meisten Fragen in Abbildung 5.5 nur leichte Veränderungen. Etwas stärkere Zuwächse an Zustimmung um 4 bzw. 5 Prozentpunkte sind bei den Fragen zum vorrangigen Engagement Deutschlands in der EU und zum Auftreten der EU als eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur zu verzeichnen. Dies kann als moderate Reaktion auf unklare Aussagen der US-amerikanischen Regierung hinsichtlich der Unterstützung der NATO und der kollektiven Verteidigung in Europa interpretiert werden. Allerdings ist nur mit weiteren und tiefergehenden Analysen eine Prüfung möglich, ob die beobachtete Veränderung mit der Position der Trump-Regierung in Zusammenhang steht.

Abbildung 5.6: Aussagen zum Verhältnis zu Russland



Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

In ihren Wahrnehmungen zum Verhältnis zu Russland zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger einerseits eher besorgt wegen eines erneuten Kalten Krieges, andererseits präsentiert sich ein geteiltes Meinungsbild (vgl. Abbildung 5.6). 38 Prozent der Befragten machen sich Sorgen, dass es zu einem neuen Kalten Krieg zwischen Russland und dem Westen kommen könnte. Fast ein Drittel (29 Prozent) ist geteilter Meinung, ein weiteres knappes Drittel teilt diese Sorge nicht (31 Prozent). Wirtschaftssanktionen und die Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland werden von weniger als einem Viertel (24 Prozent) begrüßt und von 47 Prozent der Befragten abgelehnt.

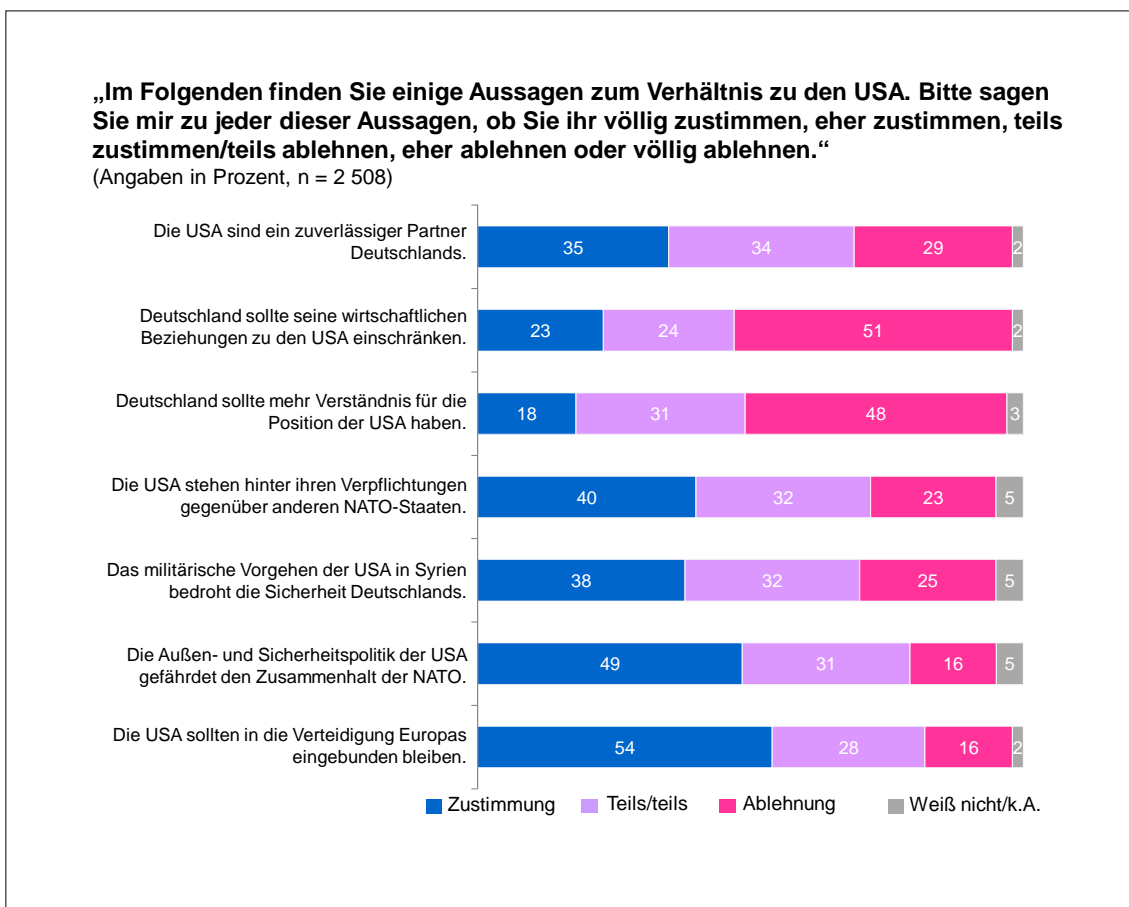
Gespalten ist die öffentliche Meinung bezüglich der Frage, ob Deutschland mehr Verständnis für die Position Russlands haben sollte. 25 Prozent plädieren für mehr Verständnis, 32 Prozent sind geteilter Meinung, und 39 Prozent lehnen mehr Verständnis für Russland ab.

Auch zu den nächsten drei Fragen sind die Befragten geteilter Meinung: Etwa ein Drittel sieht die Sicherheit Deutschlands durch das militärische Vorgehen Russlands in der Ukraine (34 Prozent) oder in Syrien (35 Prozent) bedroht. 32 Prozent (Ukraine) bzw. 29 Prozent (Syrien) sind gegenteiliger Auffassung. Wiederum ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger unterstützt eine verstärkte Präsenz der NATO in Osteuropa (34 Prozent), während diese von 35 Prozent abgelehnt wird.

Die militärische Unterstützung der baltischen Staaten durch Deutschland, damit diese sich gegen Russland wehren können, wird nur von einer Minderheit befürwortet (29 Prozent). 27 Prozent sind geteilter Meinung, während 41 Prozent eine solche Unterstützung ablehnen. Hier spiegelt sich auch die skeptische Haltung zu den beiden einsatzgleichen Verpflichtungen der Bundeswehr im Baltikum wieder (vgl. Abschnitt 11)

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich für die Bewertung der Bundesbürger bei drei von sechs Fragen geringfügige Veränderungen. Stärkere Verschiebungen ergeben sich im Hinblick auf die Sorge vor einem neuen Kalten Krieg. Der Anteil derjenigen, die sich vor einem neuen Kalten Krieg fürchten, hat um 9 Prozentpunkte abgenommen. Eine Abnahme um 4 bzw. 5 Prozentpunkte ist für die Unterstützung von Sanktionen und größeres Verständnis für Russland festzustellen.

Abbildung 5.7: Aussagen zum Verhältnis zu den USA



Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

Neu im Vergleich zum Vorjahr waren einige Fragen zum Verhältnis Deutschlands zu den USA (vgl. Abbildung 5.7). Teilweise sind diese Fragen analog zu den Fragen zum Verhältnis Deutschlands zu Russland formuliert (vgl. Abbildung 5.6), teilweise beziehen sie sich auf spezifische Themen der Bündnissolidarität und der Zusammenarbeit in der NATO. Abbildung 5.7 zeigt, dass die Befragten hinsichtlich der Einschätzung der Zuverlässigkeit der USA gespaltenere Meinung sind. Etwa ein Drittel (35 Prozent) hält die Vereinigten Staaten für zuverlässig, 34 Prozent sind geteilter Meinung, und etwas weniger als ein weiteres Drittel (29 Prozent) bewertet die USA als unzuverlässig. Die unklaren Aussagen der neuen US-Administration haben offensichtlich Eindruck bei den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland hinterlassen. Dies zeigt sich auch an der Verteilung der Antworten zu der Frage, ob die Befragten glauben, dass die USA hinter ihren Verpflichtungen gegenüber anderen NATO-Staaten stehen. Lediglich 40 Prozent der

Befragten stimmen dieser Aussage zu, weitere 32 Prozent sind geteilter Meinung, und ein knappes Viertel lehnt sie ab (23 Prozent).

Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschlands größtem Handelspartner wird von einem Viertel der Befragten unterstützt (23 Prozent), während dies von 51 Prozent abgelehnt wird. Mehr Verständnis für die Position der USA möchten nur 18 Prozent der Befragten aufbringen. Eine große Gruppe (48 Prozent) lehnt mehr Verständnis für die US-amerikanische Position ab.

Das militärische Vorgehen der USA in Syrien wird von 38 Prozent der Befragten kritisch bewertet. Lediglich ein Viertel (25 Prozent) ist gegenteiliger Meinung. Eine absolute Mehrheit der Befragten ist der Auffassung, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA den Zusammenhalt der NATO gefährdet (49 Prozent). 31 Prozent sind in ihrer Meinung gespalten, während lediglich 16 Prozent keine Gefahr für den Bündniszusammenhalt sehen. Dass die USA weiterhin in die Verteidigung Europas eingebunden sein sollen, wird von mehr als der Hälfte der Bürgerinnen und Bürger unterstützt (54 Prozent). Nur 16 Prozent möchten die USA nicht mehr eingebunden sehen.

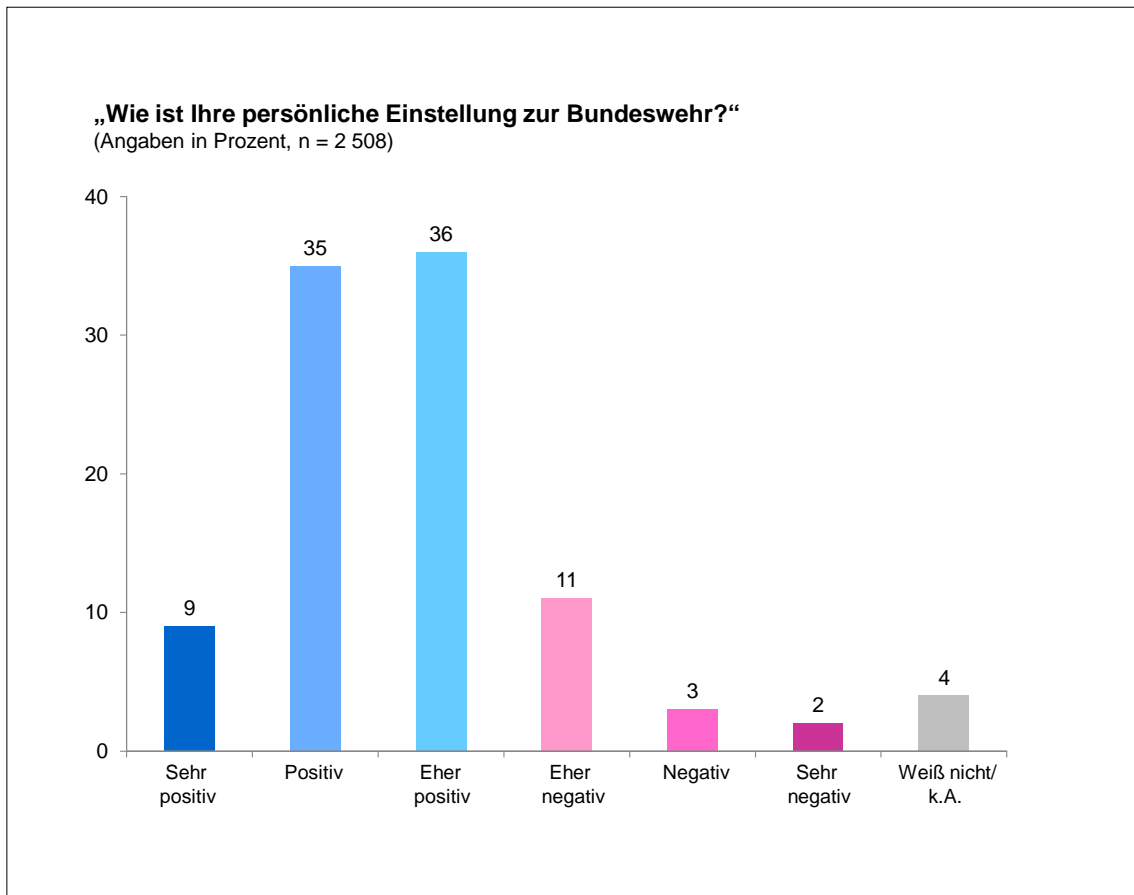
Bei einigen Fragen sind Vergleiche der Sicht der Befragten auf die USA und Russland möglich. Es fällt auf, dass die Bürgerinnen und Bürger insgesamt gegenüber dem objektiv wichtigsten Bündnispartner USA kritischere Haltungen an den Tag legen als gegenüber Russland. Während 25 Prozent mehr Verständnis für Russland fordern, sind nur 18 Prozent ähnlicher Auffassung in Bezug auf die USA. Gleiches gilt für die Bewertung des militärischen Vorgehens in Syrien. Hier bewerten etwas mehr Befragte (38 Prozent) das US-amerikanische Vorgehen als Gefahr als das russische (35 Prozent). Ebenso unterstützen genauso viele Befragte eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen gegenüber den USA (23 Prozent) wie gegenüber Russland (24 Prozent). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass Russland wirtschaftlichen Sanktionen unterliegt, während das wirtschaftliche Verhältnis zu den USA solchen Behinderungen nicht ausgesetzt ist.

6 Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr

Die Bundeswehr ist als Armee in der Demokratie auf den Rückhalt der Gesellschaft und den Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wie die Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw in den letzten Jahren belegen, erfährt die Bundeswehr ein stabil hohes Ansehen in der Bevölkerung. Die Berichterstattung über diverse Vorfälle (Stichworte Franco A. und Pfullendorf) seit Jahresbeginn legt die Frage nahe, inwiefern sich das Bild der Streitkräfte bei den Bürgerinnen und Bürgern verändert hat. Eine Erhebung von infratest dimap vom Mai 2017 für den ARD-Deutschlandtrend auf dem Höhepunkt der medialen Aufmerksamkeit weist einen Vertrauensverlust von 10 Prozentpunkten (im Vergleich zum Juli 2016) für die Bundeswehr aus.

Wie die vorliegende Studie jedoch zeigt, sind diese Reputationseinbußen im Abstand von einigen Wochen nicht mehr zu verzeichnen. Vielmehr bestätigen die Befragungsdaten die hohe Wertschätzung, die die Bundeswehr in der Gesellschaft erfährt. Mit einer Reihe verschiedener Indikatoren werden im Folgenden die Haltungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Streitkräften erfasst. Dabei zeigen alle Befunde in die gleiche Richtung: Die Bundeswehr genießt nach wie vor ein hohes gesellschaftliches Renommee.

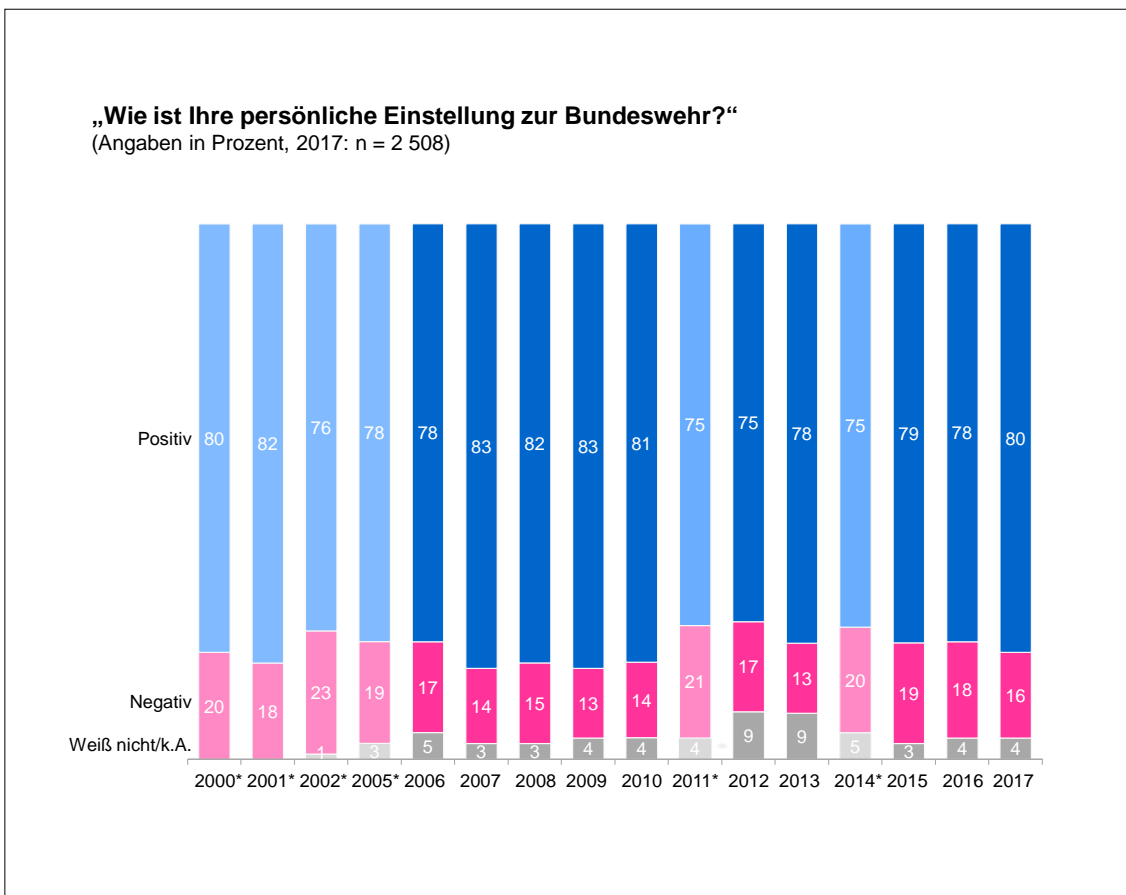
Abbildung 6.1: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

Gefragt nach ihrer persönlichen Haltung äußern sich die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich positiv (vgl. Abbildung 6.1). Vier Fünftel der Befragten weisen eine positive, 16 Prozent eine negative Einstellung auf.

Abbildung 6.2: Persönliche Einstellung zur Bundeswehr im Zeitvergleich

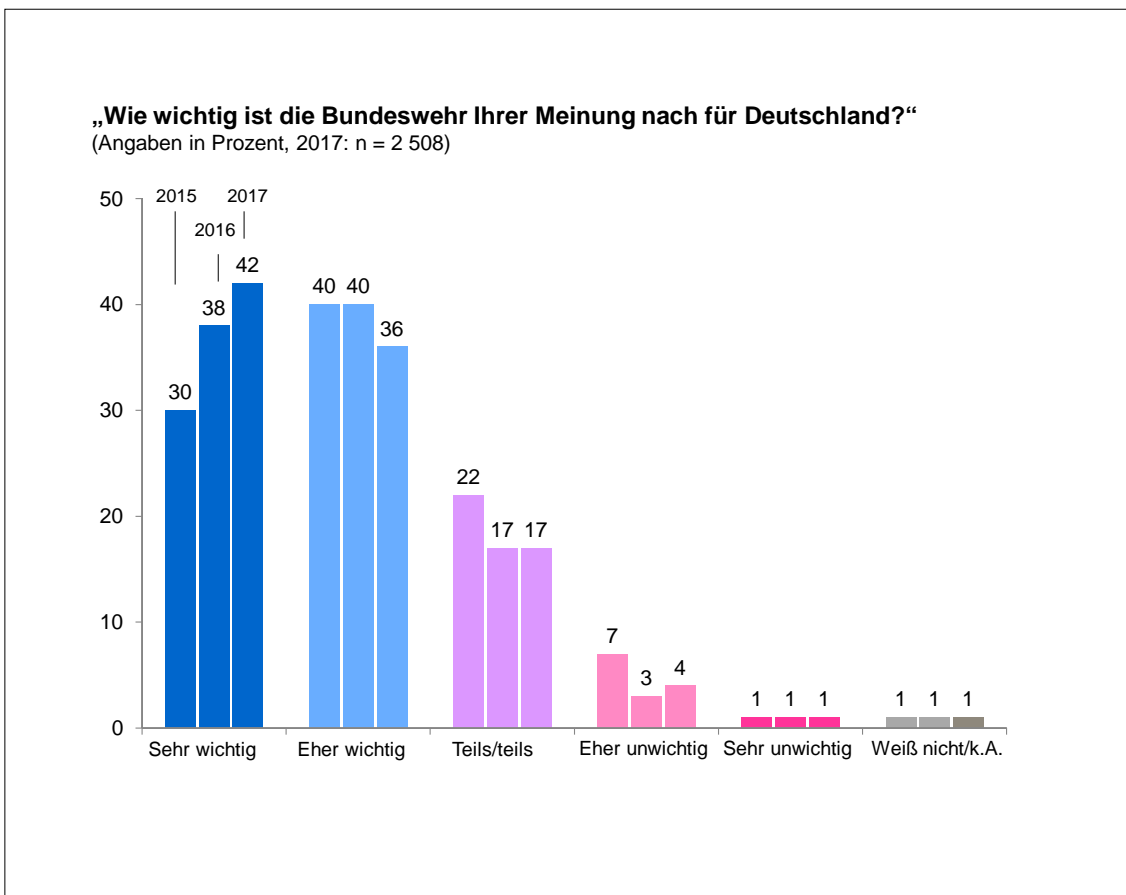


Anmerkung: * Nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben (unterschiedliche Bewertungsskala/Erhebungsmethode).

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2017.

Wie in den Vorjahren überwiegt der Bevölkerungsanteil mit positiver Einstellung zur Bundeswehr deutlich (vgl. Abbildung 6.2). Im Vergleich zu 2016 (und im Unterschied zum ARD-Deutschland-Trend vom Mai 2017) ist keine substantielle Veränderung der Haltung zur Bundeswehr festzustellen. Über den gesamten Betrachtungszeitraum seit dem Jahr 2000 waren stets mindestens drei Viertel der Befragten der Bundeswehr gegenüber positiv eingestellt und zwischen 13 und 23 Prozent negativ.

Abbildung 6.3: Einschätzung Wichtigkeit der Bundeswehr

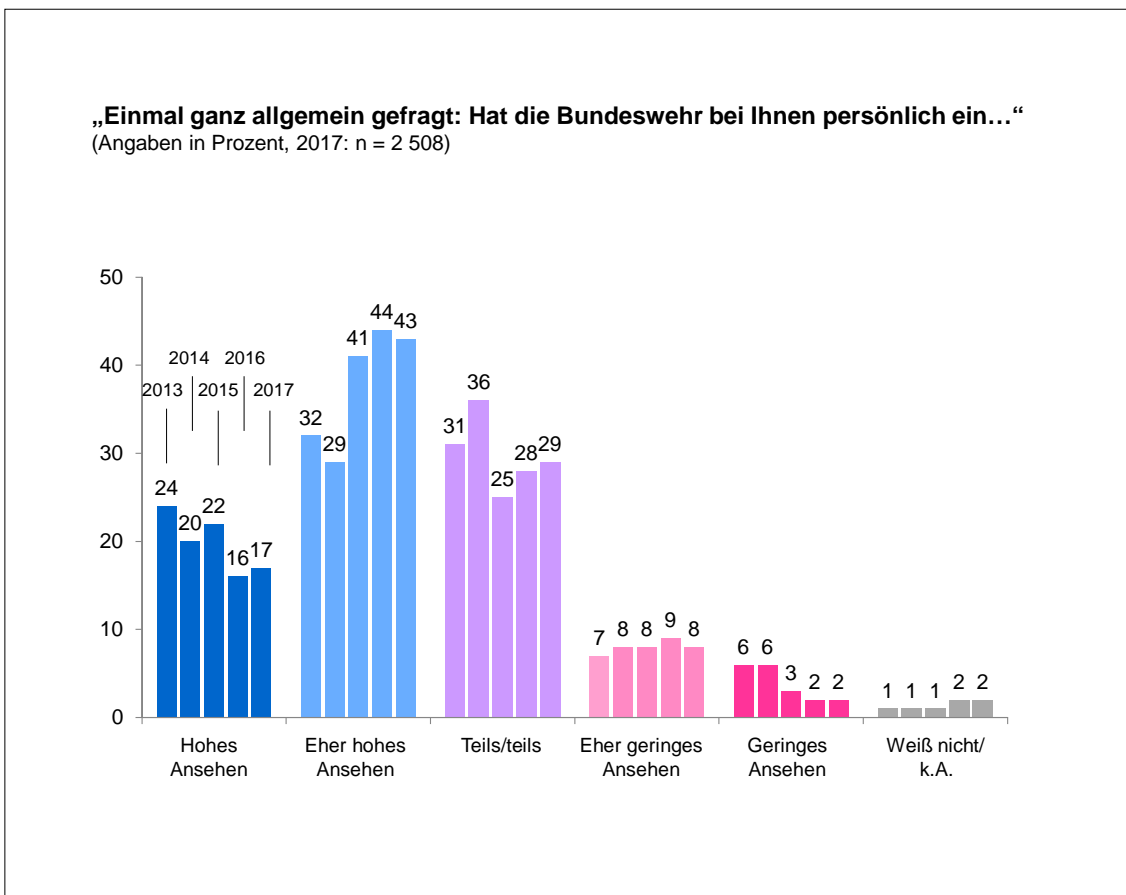


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Nach Einschätzung von fast 80 Prozent der Befragten ist die Bundeswehr für Deutschland wichtig (vgl. Abbildung 6.3). 17 Prozent sind geteilter Meinung. Als (eher oder sehr) unwichtig schätzen nur 5 Prozent die Bundeswehr ein.

Die Veränderungen zum Vorjahr sind marginal: Der Anteil derjenigen, welche die Bundeswehr als sehr wichtig ansehen, stieg nochmals um 4 Prozentpunkte auf 42 Prozent. Im Gegenzug sank der Anteil der Befragten, die die Bundeswehr als eher wichtig einschätzen, auf 36 Prozent.

Abbildung 6.4: Persönliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich

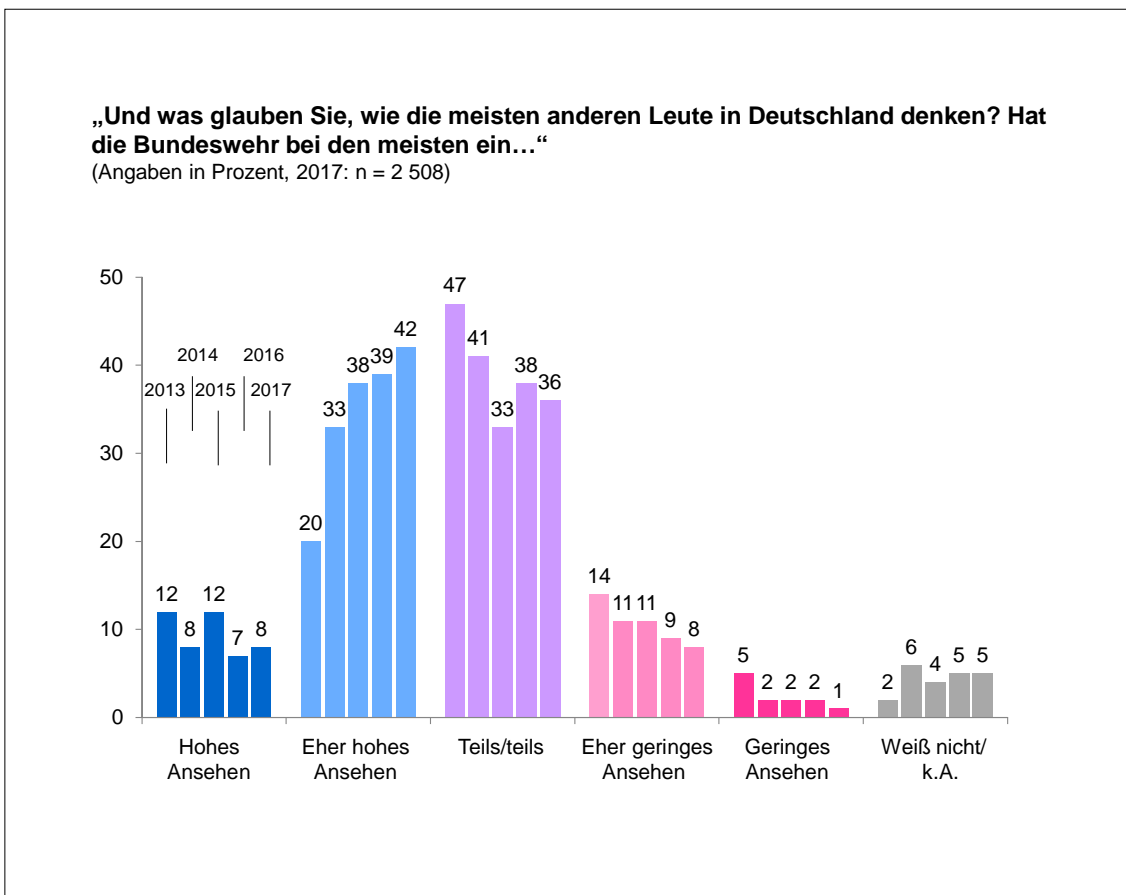


Anmerkungen: 2013 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben. Die Fragestellung lautete: „Welches Ansehen genießt die Bundeswehr bei Ihnen persönlich?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2017.

Die Bundeswehr genießt in der Bevölkerung ein hohes Ansehen (vgl. Abbildung 6.4). 60 Prozent der Befragten äußerten sich entsprechend. Bei 10 Prozent der Befragten hat die Bundeswehr ein (eher) geringes Prestige. 29 Prozent wählen die Mittelkategorie. Im Vergleich zu 2016 zeigen sich keine substantziellen Änderungen.

Abbildung 6.5: Gesellschaftliches Ansehen der Bundeswehr im Zeitvergleich



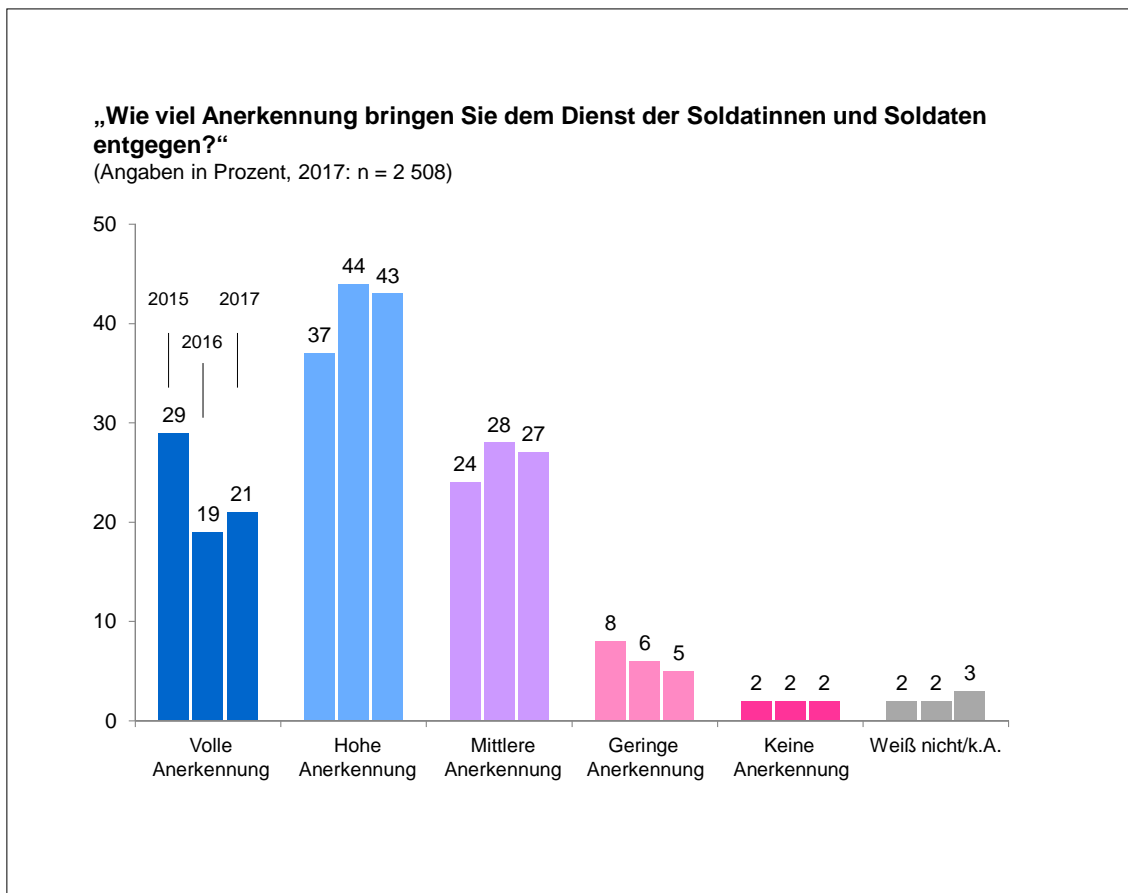
Anmerkungen: 2013 wurden nur eingeschränkt vergleichbare Daten erhoben. Die Fragestellung lautete: „Und was meinen Sie, wie hoch ist das Ansehen der Bundeswehr in unserer Gesellschaft?“

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2013–2017.

Im Hinblick auf die Einschätzung des gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr ergeben sich Differenzen zwischen den aus den persönlichen Bewertungen aggregierten Einstellungen der Befragten und ihrer Wahrnehmung des gesellschaftlichen Meinungsklimas (vgl. Abbildungen 6.4 und 6.5). Die Bundeswehr ist in der persönlichen Bewertung der Bürger angesehener als im wahrgenommenen Meinungsklima. So können nur 50 Prozent der Befragten ein für die Bundeswehr positives gesellschaftliches Renommee erkennen. Im Gegensatz dazu steht aber bei 60 Prozent der Befragten die Bundeswehr in einem persönlich hohen Ansehen (vgl. Abbildung 6.4).

Die Einschätzung des gesellschaftlichen Ansehens der Bundeswehr unterliegt in den letzten Jahren gewissen Schwankungen (vgl. Abbildung 6.5). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich jedoch keine wesentliche Änderung ergeben.

Abbildung 6.6: Persönliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten im Zeitvergleich

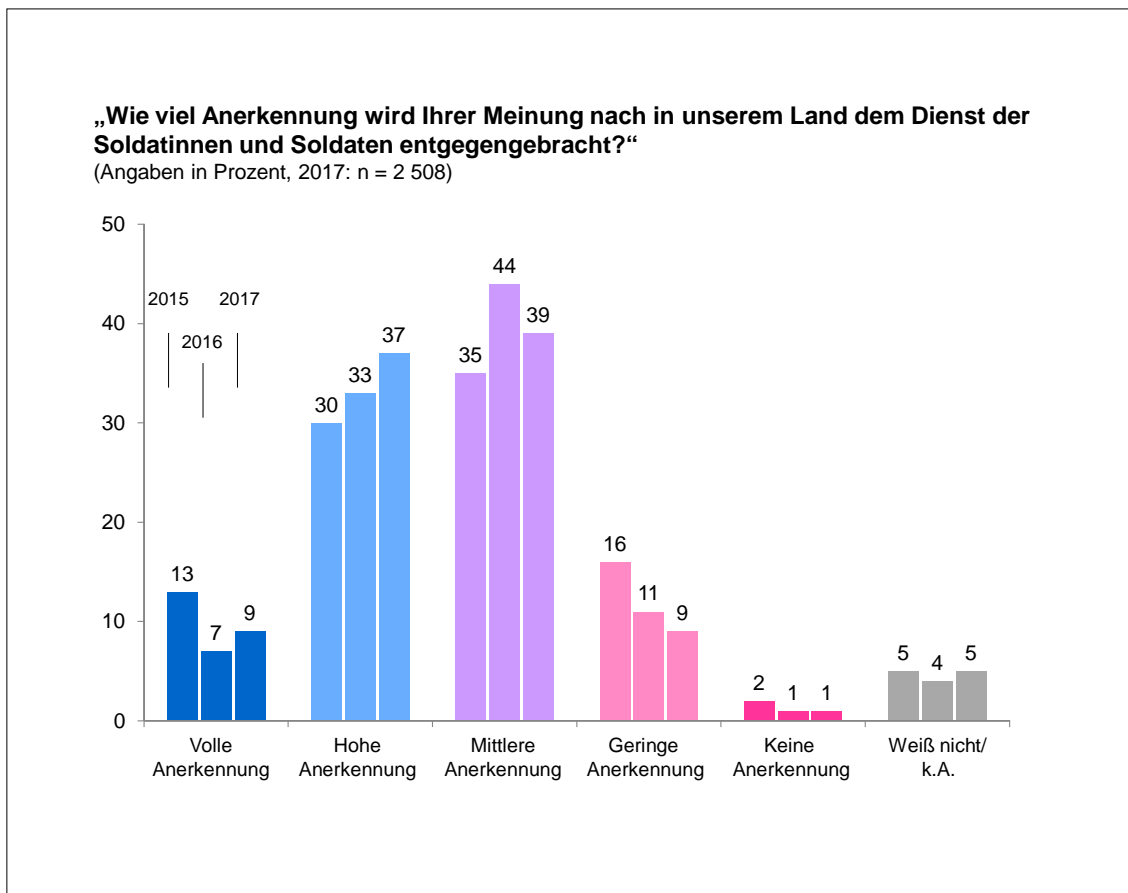


Anmerkungen: Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt. Die vollständigen Ausprägungen lauten: „Ein hohes Maß an Anerkennung“ (Hohe Anerkennung), „Ein mittleres Maß an Anerkennung“ (Mittlere Anerkennung), „Ein geringes Maß an Anerkennung“ (Geringe Anerkennung). Die beiden übrigen Antworten sind unverändert.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Ein ähnliches Bild wie für das Ansehen der Bundeswehr ergibt sich mit Blick auf die Anerkennung für den soldatischen Dienst (vgl. Abbildung 6.6): Bei fast zwei Dritteln der Bevölkerung erfährt dieser volle oder hohe Anerkennung (64 Prozent). Geringe oder keine Anerkennung bringen dem soldatischen Dienst nur 7 Prozent der Befragten entgegen. Dabei sind im Vergleich zum Vorjahr kaum Verschiebungen zwischen den Kategorien festzustellen.

Abbildung 6.7: Gesellschaftliche Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten im Zeitvergleich

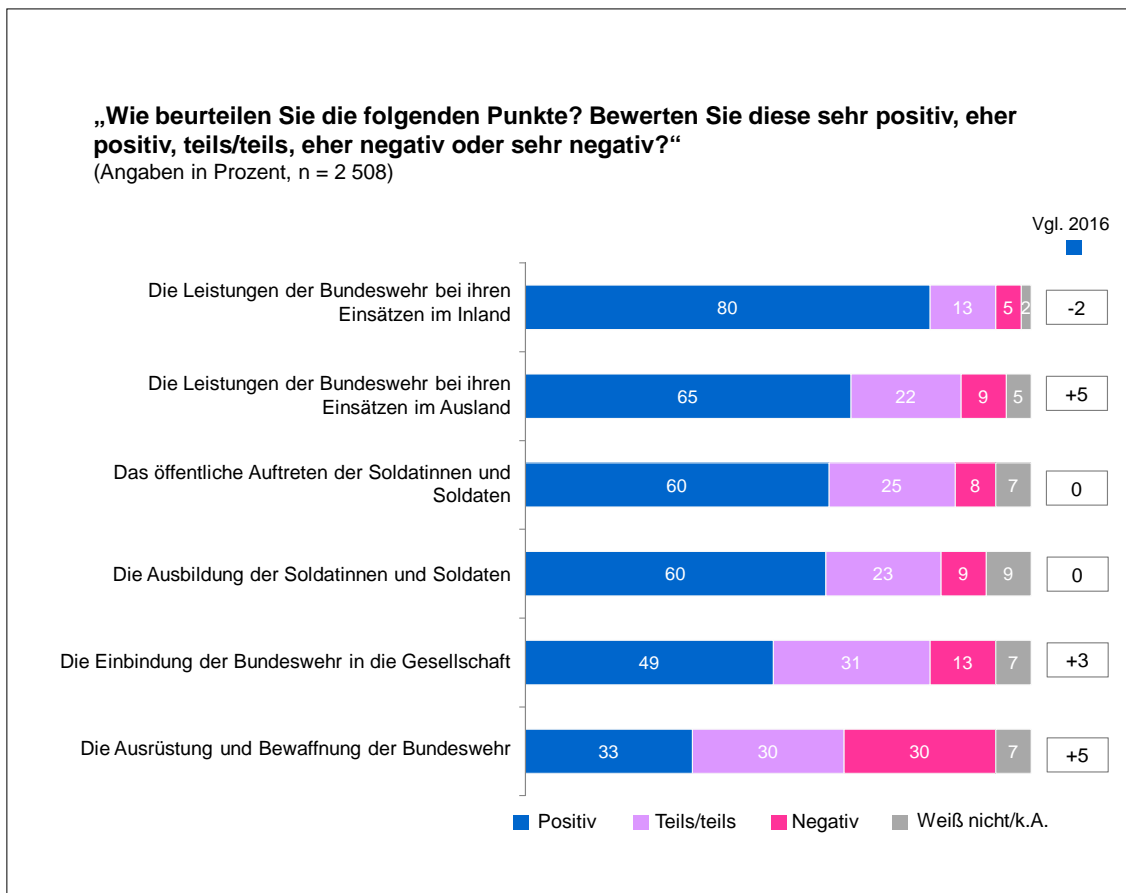


Anmerkung: Benennungen der Antwortausprägungen für grafische Darstellung gekürzt, vgl. Abbildung 6.6.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Wie bei den Fragen zum Ansehen der Bundeswehr insgesamt wurde für die Anerkennung gegenüber dem Dienst der Soldatinnen und Soldaten abgefragt, wie es neben der persönlichen um die gesellschaftliche Anerkennung bestellt ist (vgl. Abbildung 6.7). Hier sind die Unterschiede gravierend: Während fast zwei Drittel der Befragten ihre persönliche Anerkennung für den soldatischen Dienst bekunden (vgl. Abbildung 6.6), sehen nur 46 Prozent der Befragten einen entsprechenden Zuspruch bei allen Bürgerinnen und Bürgern. Wiederum zeigt sich eine Diskrepanz zwischen (aggregierten) persönlichen Einstellungen und wahrgenommenen gesellschaftlichen Haltungen.

Abbildung 6.8: Beurteilungen von verschiedenen Leistungen und Aspekten der Bundeswehr



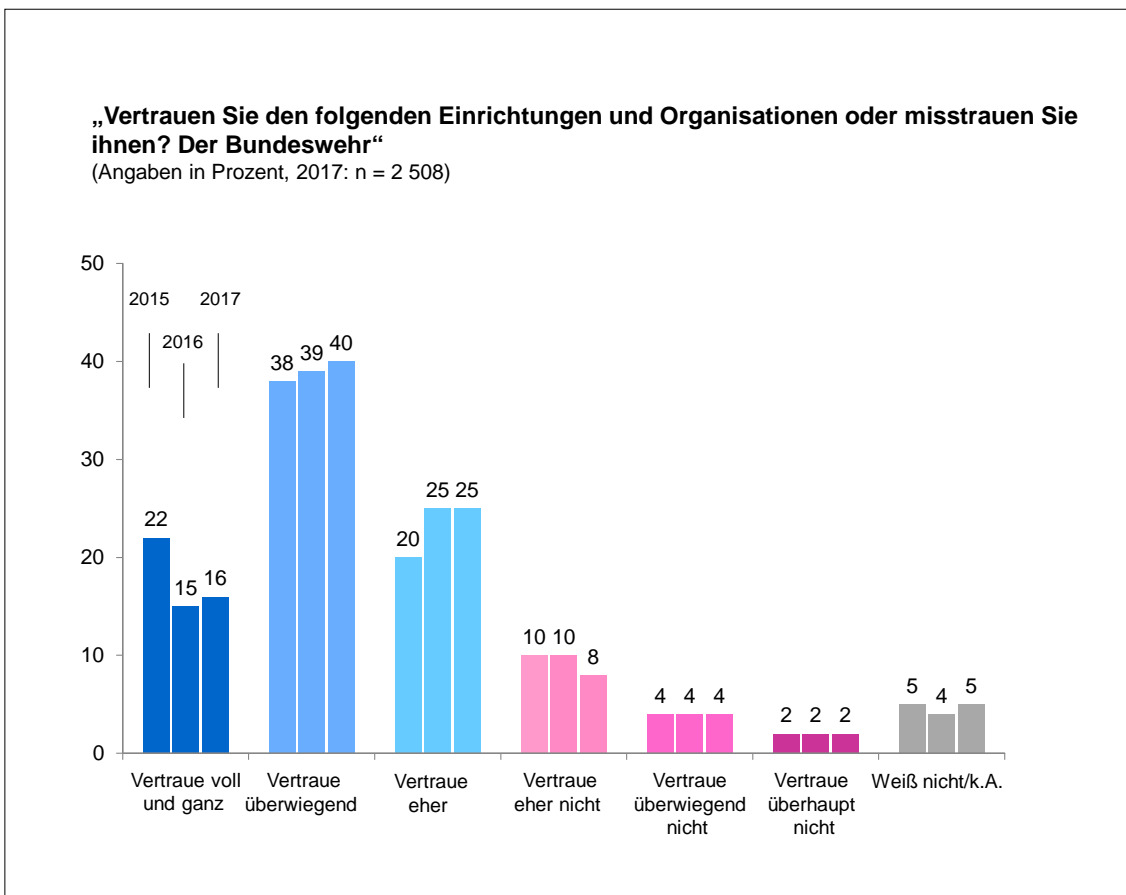
Anmerkungen: Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; negativ: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

Die Bürgerinnen und Bürger bringen verschiedenen Aspekten und Leistungen der Bundeswehr ihre Wertschätzung entgegen (vgl. Abbildung 6.8). Mit 80 Prozent am positivsten werden die Leistungen der Bundeswehr im Inland angesehen. Weit überwiegend positiv werden das öffentliche Auftreten der Soldatinnen und Soldaten, ihre Leistungen in den Auslandseinsätzen und ihre Ausbildung mit jeweils rund 60 Prozent bewertet. Etwas kritischer fällt das Urteil zur Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft mit etwas weniger als 50 Prozent Zustimmung aus – wobei offenbleibt, ob dies als Versäumnis der Streitkräfte oder als gesellschaftliches Manko verstanden wird. Deutlich negativer bewerten die Bürgerinnen und Bürger Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr. Nur ein Drittel der Befragten schätzt diese positiv ein, und 30 Prozent bewerten diese negativ. Damit ist die Debatte um den Ausrüstungsstand der Streitkräfte im Bewusstsein der Bevölkerung weiterhin präsent. Im Vergleich zum Vorjahr wird die

Ausrüstung und Bewaffnung allerdings positiver bewertet, ebenso wie die Leistungen im Ausland (jeweils +5 Prozentpunkte).

Abbildung 6.9: Vertrauen in die Bundeswehr im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertraut der Bundeswehr weiterhin (vgl. Abbildung 6.9). Über 80 Prozent äußern sich entsprechend. Misstrauen hegen hingegen nur 14 Prozent. Dies ist ein bemerkenswert hoher und stabiler Zuspruch an Vertrauen, dessen Wert noch deutlicher wird, wenn man ihn in Bezug zu anderen Institutionen setzt.

Abbildung 6.10: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 1



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

Die Bundeswehr ist eine der Organisationen, die das stärkste Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erfährt (vgl. Abbildung 6.10). Nur die Polizei und die öffentlichen Schulen genießen mehr, die gesetzliche Krankenversicherung und das Bundeskriminalamt ein vergleichbares Vertrauen. Dies bestätigt erneut das aus den vergangenen Jahren bekannte Muster.

Abbildung 6.11: Vertrauen in Institutionen in Deutschland, Teil 2

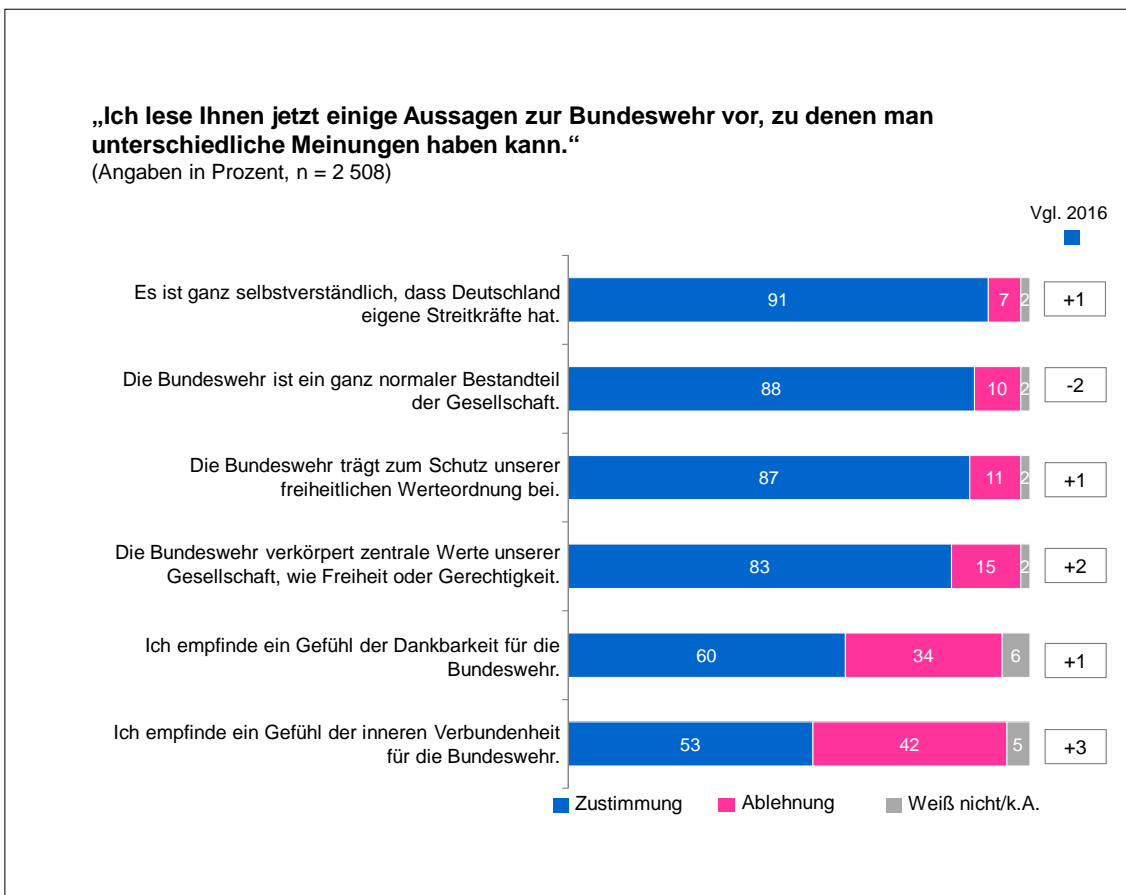


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

Der Bundeswehr schenkt die Bevölkerung ein größeres Vertrauen als vielen der etablierten Institutionen aus verschiedenen Sektoren (vgl. Abbildung 6.11). Einschränkend ist anzumerken, dass die Vertrauenszusprüche der dies- und letztjährigen Bevölkerungsbefragung des ZMSBw für die meisten Institutionen über dem Niveau liegen, das andere Erhebungen ausweisen. Mit dem vorhandenen Datenmaterial ist nicht abschließend zu klären, worauf dieser generelle hohe Vertrauenszuspruch zurückzuführen ist. Es ist aber plausibel anzunehmen, dass die verwendete 6-stufige Skala ohne Mittelpunkt (neutrale Antwort) zu systematisch höheren Vertrauenswerten führt.

Von dieser Einschränkung unbenommen ist jedoch die Abstufung des Vertrauenszuspruchs zu den berücksichtigten Organisationen: Seit Jahren nimmt die Bundeswehr – wie andere Untersuchungen bestätigen – einen Spitzenplatz im Vertrauensranking der öffentlichen Einrichtungen ein.

Abbildung 6.12: Aussagen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft



Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

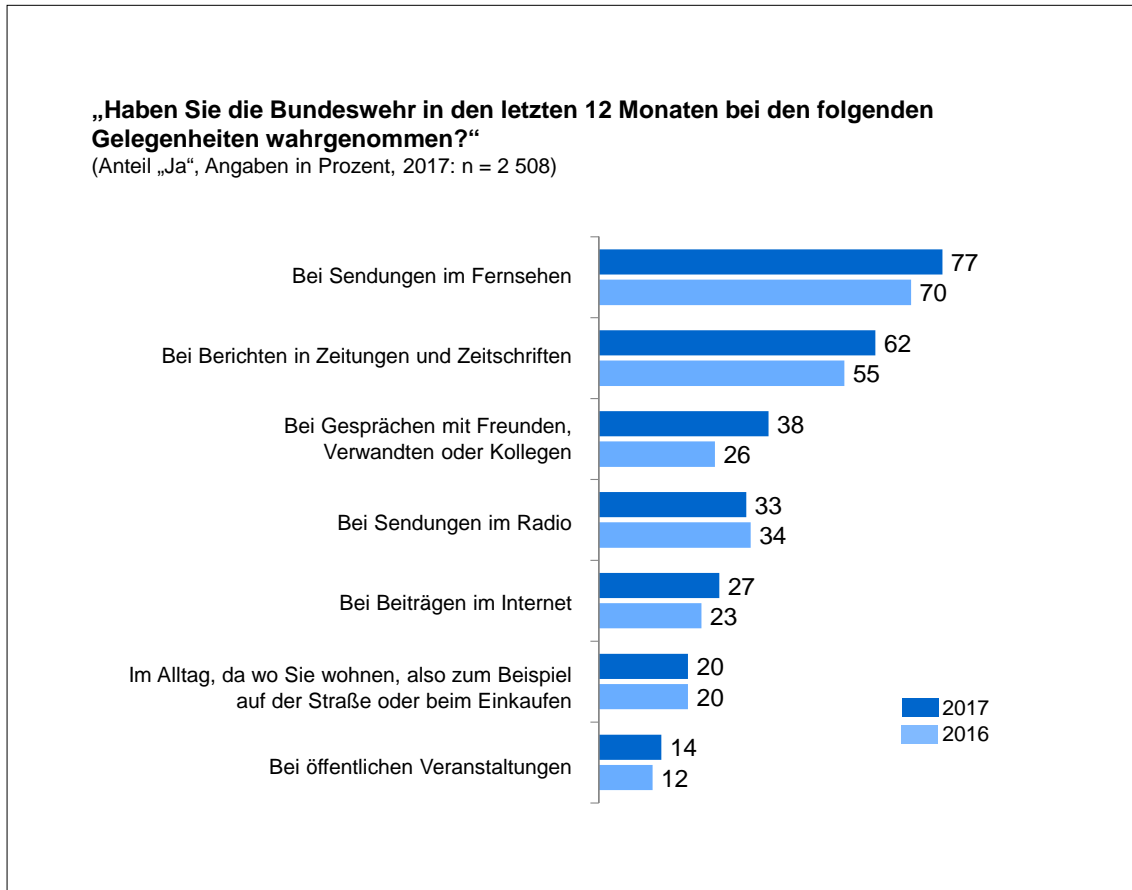
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

Für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger ist es selbstverständlich, dass die Bundesrepublik Streitkräfte hat und dass diese ein normaler Bestandteil der Gesellschaft sind. (vgl. Abbildung 6.12). Zurückzuführen ist dies auf den Eindruck, dass die Bundeswehr zum Schutz des Gemeinwesens beiträgt und dabei zentrale Werte des Staates repräsentiert. Hinsichtlich dieser funktionalen Aspekte zeigt sich keine Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr.

Die affektive Verbindung zu den Streitkräften ist im Jahresvergleich ebenfalls in etwa gleich geblieben. 60 Prozent der Befragten empfinden ein Gefühl der Dankbarkeit ihr gegenüber und über die Hälfte hat ein Gefühl der inneren Verbundenheit (53 Prozent).

7 Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit

Abbildung 7.1: Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

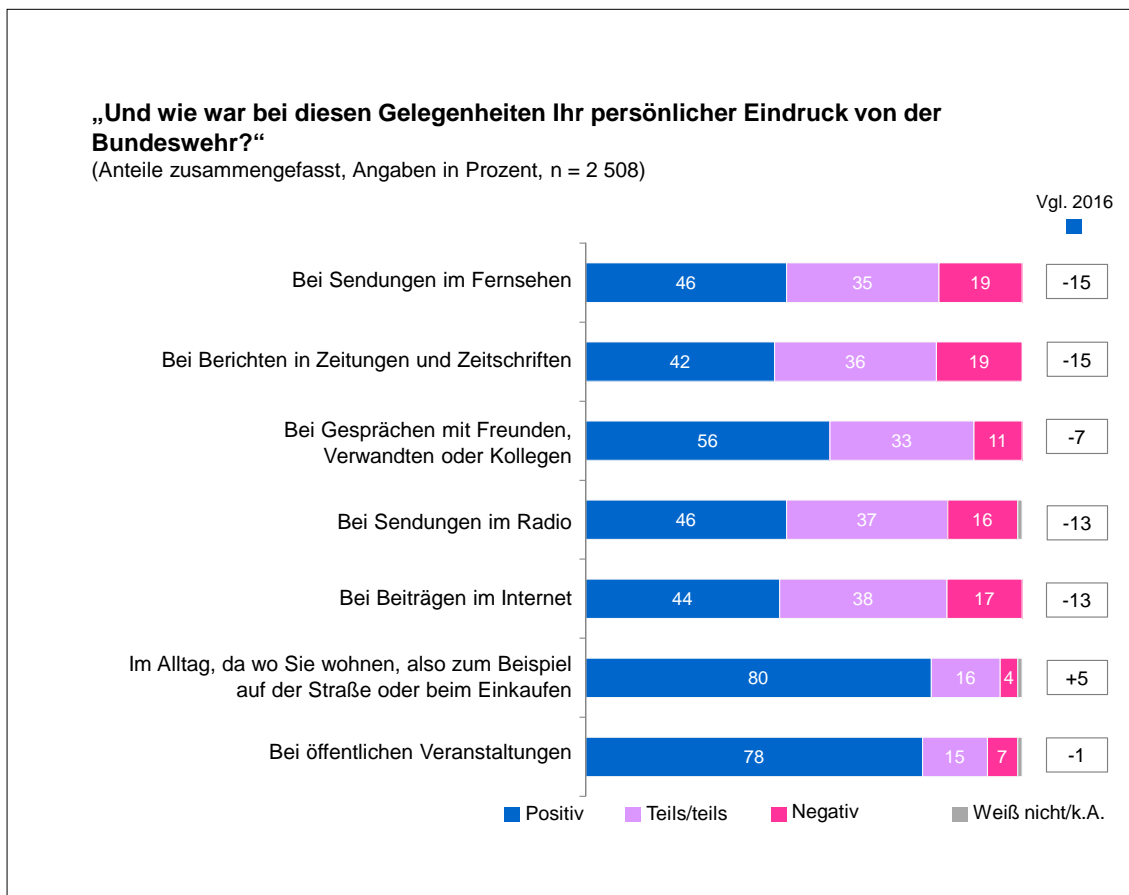
Wegen der Verkleinerung der Bundeswehr, der Schließung vieler Standorte und der Aussetzung der Wehrpflicht seit dem Jahr 2011 haben viele Bürgerinnen und Bürger nur noch über die Medien Kontakt mit den Streitkräften. Daher wurde auch in der Bevölkerungsbefragung 2017 abgefragt, inwiefern die Befragten die Bundeswehr in den Medien und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten während der letzten 12 Monate wahrgenommen haben (vgl. Abbildung 7.1). 77 Prozent der Befragten haben etwas über die Bundeswehr im Fernsehen gesehen. 62 Prozent haben in Zeitungen und Zeitschriften etwas über die Streitkräfte gelesen. 38 Prozent haben in persönlichen Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen über die Bundeswehr gesprochen. Etwa ein Drittel hat bei Sendungen im Radio etwas über die Soldatinnen und Soldaten erfahren

(33 Prozent). Die anderen Gelegenheiten werden von maximal einem Viertel der Befragten angeführt (Internet: 27 Prozent, im Alltag: 20 Prozent, bei öffentlichen Veranstaltungen: 14 Prozent).

Vergleicht man die Ergebnisse mit denen des Vorjahres, zeigt sich für alle abgefragten Kommunikationswege mit Ausnahme des Radios eine Zunahme der Häufigkeit der Wahrnehmung der Streitkräfte. Am stärksten ist der Zuwachs bei persönlichen Gesprächen (+12 Prozentpunkte), gefolgt von Massenmedien wie Zeitungen und Zeitschriften und dem Fernsehen (beide +7 Prozentpunkte). Für Beiträge im Internet und öffentliche Veranstaltungen sind die Zuwächse mit einer Veränderung zwischen 2 und 4 Prozentpunkten gering. In Bezug auf das Radio oder alltägliche Begegnungen sind die Kontakthäufigkeiten unverändert.

Es spricht einiges dafür, dass die verstärkte Berichterstattung über Vorfälle und vermeintliche Skandale in der Bundeswehr in den Wochen vor der Befragung eine wesentliche Ursache für die verstärkte Wahrnehmung der Streitkräfte bei den Bürgerinnen und Bürgern ist. Umfassendere empirisch fundierte Analysen dazu wird der ausführliche Forschungsbericht präsentieren.

Abbildung 7.2: Persönlicher Eindruck der Wahrnehmung der Bundeswehr bei verschiedenen Gelegenheiten



Anmerkungen: Positiv: Anteile „Sehr positiv“ und „Eher positiv“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Sehr negativ“ und „Eher negativ“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Positiv 2017-2016.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

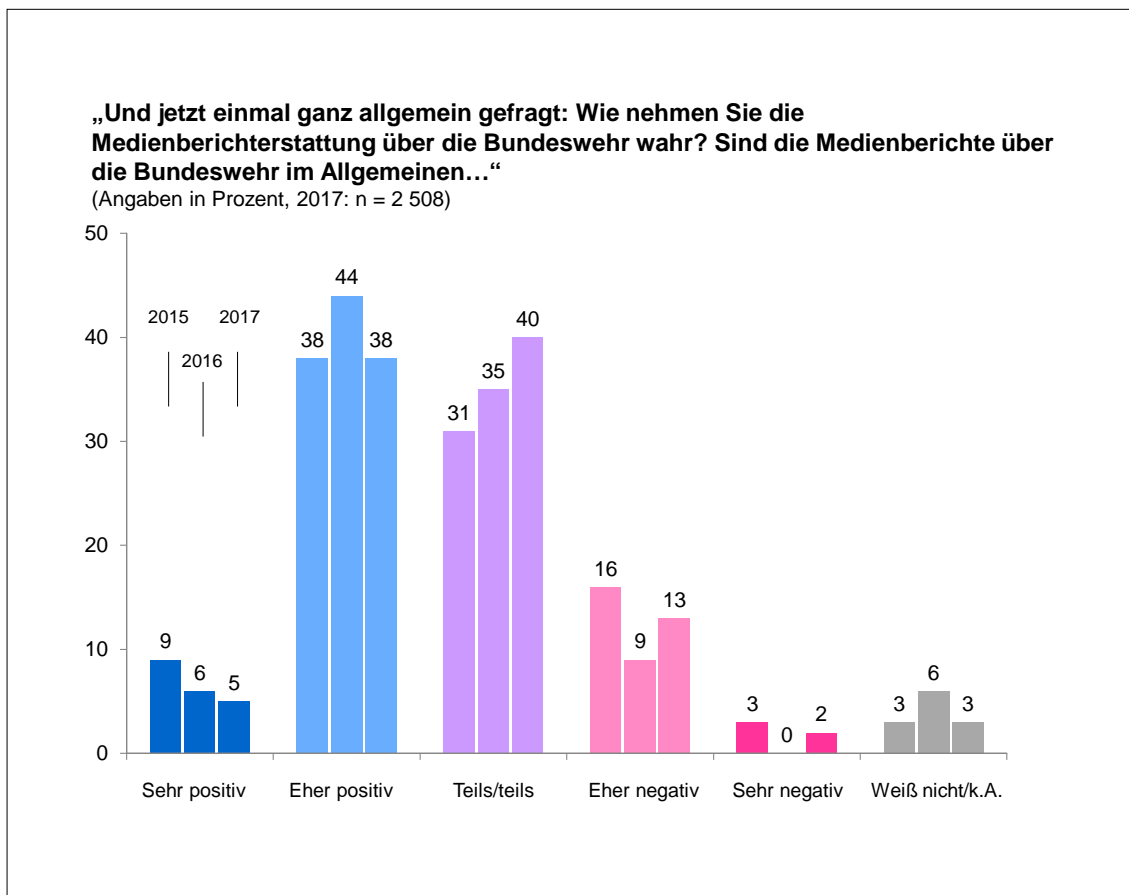
Weiterhin wurden die Befragten nach ihrem persönlichen Eindruck von der Bundeswehr bei der Wahrnehmung über die einzelnen Kommunikationskanäle gefragt (vgl. Abbildung 7.2). Antworten durften nur diejenigen Befragten, welche die Streitkräfte auf die jeweilige Art und Weise wahrgenommen haben. Es zeigt sich über alle sieben untersuchten Formen hinweg ein grundsätzlich positiver Tenor, der sich nur wenig zwischen den Massenmedien Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, Radio und Internet unterscheidet (zwischen 42 und 46 Prozent der Befragten mit positiven Eindrücken). Für das Internet sowie für Zeitungen und Zeitschriften ergibt sich der schlechteste Eindruck. Allerdings waren auch hier die Wahrnehmungen mit 42 bzw. 44 Prozent immer noch eher positiv. Deutlich positiver ist die Wahrnehmung bei persönlichen Gesprächen mit Freunden, Verwandten oder Kollegen. 56 Prozent haben hier einen positiven Eindruck der Streitkräfte erfahren. Im Alltag und bei öffentlichen Veranstaltungen hinterlässt die Bundeswehr den besten Eindruck (78 bzw. 80 Prozent). Damit ist die Wahrnehmung

über die Kanäle am besten, in denen die Bundeswehr persönliche Begegnungen zwischen Bürgern und Soldaten ermöglicht. Allerdings wird sie auf diesen Wegen am wenigsten wahrgenommen (vgl. Abbildung 7.1).

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich deutliche Verschlechterungen bei fünf der sieben Informationskanäle. Bei Berichten in Zeitungen und Zeitschriften sowie im Fernsehen hat die positive Wahrnehmung um 15 Prozentpunkte abgenommen, bei Beiträgen im Internet und im Radio um 13 Prozentpunkte. Im Rahmen persönlicher Gespräche hat sich der Anteil positiver Nennungen um 7 Prozentpunkte reduziert. Bei öffentlichen Veranstaltungen zeigt sich keine Veränderung (-1 Prozentpunkt), bei Begegnungen im Alltag hat sich die Wahrnehmung sogar um 5 Prozentpunkte verbessert.

Diese Veränderungen sind ein deutliches Indiz für die Richtigkeit der Annahme, dass die Berichterstattung über Vorfälle wie in Pfullendorf, Bad Reichenhall und den Fall Franco A. bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen ist und die Wahrnehmung der Bundeswehr über die Massenmedien wie bei persönlichen Gesprächen deutlich verschlechtert hat. Die weiteren Ergebnisse dieses Kurzberichts deuten allerdings darauf hin, dass sich dieser medial vermittelte Eindruck nicht in den Einstellungen der Befragten zu den Streitkräften oder der wahrgenommenen Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr niederschlägt (vgl. die Abschnitte 6 und 8). Der ausführliche Forschungsbericht wird diese Zusammenhänge eingehender untersuchen.

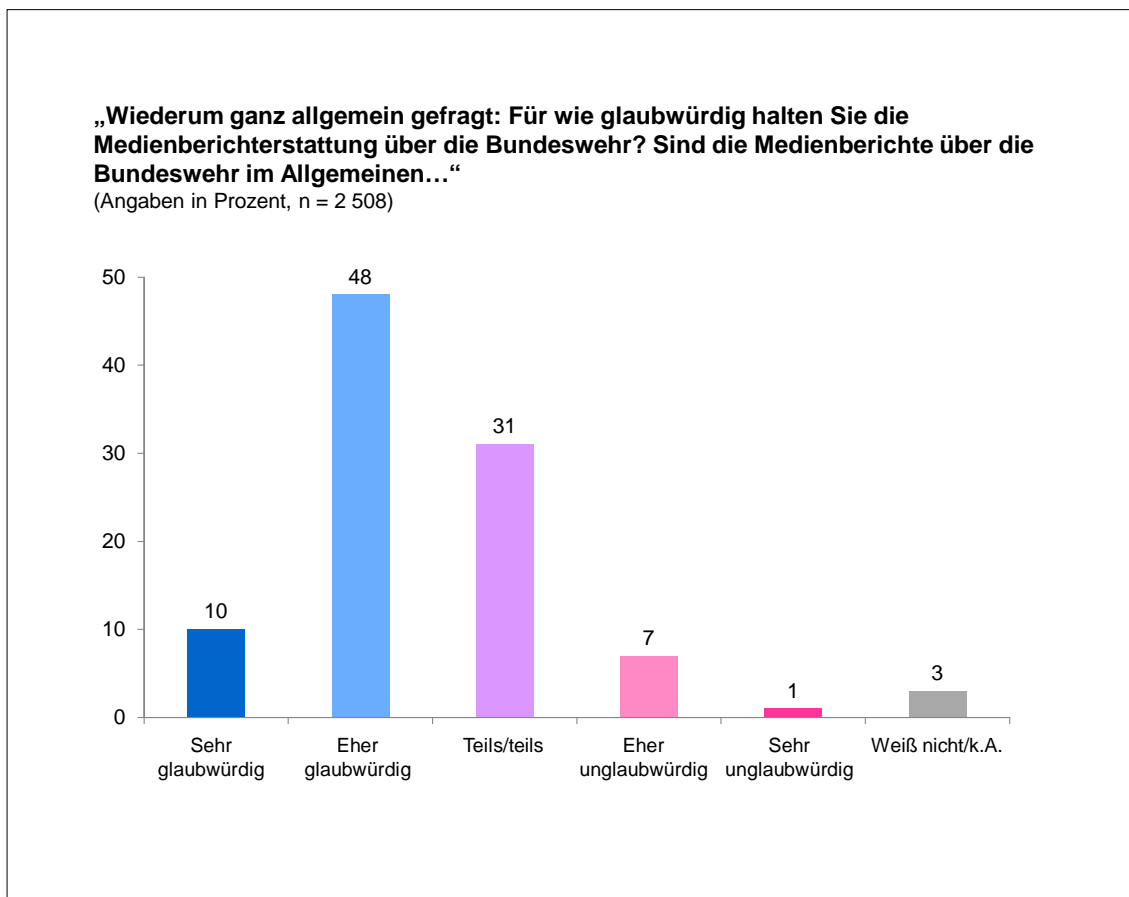
Abbildung 7.3: Allgemeiner Eindruck der Medienberichterstattung über die Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Der allgemeine Eindruck der Befragten von der Medienberichterstattung über die Bundeswehr hat sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr etwas verschlechtert (vgl. Abbildung 7.3). Nahmen 2016 noch 50 Prozent der Befragten die Bundeswehr im Allgemeinen positiv wahr, sind es 2017 nur 43 Prozent. Analog ist der Anteil derjenigen, die die Streitkräfte negativ wahrnehmen, um 6 Prozentpunkte gestiegen (von 9 auf 15 Prozent).

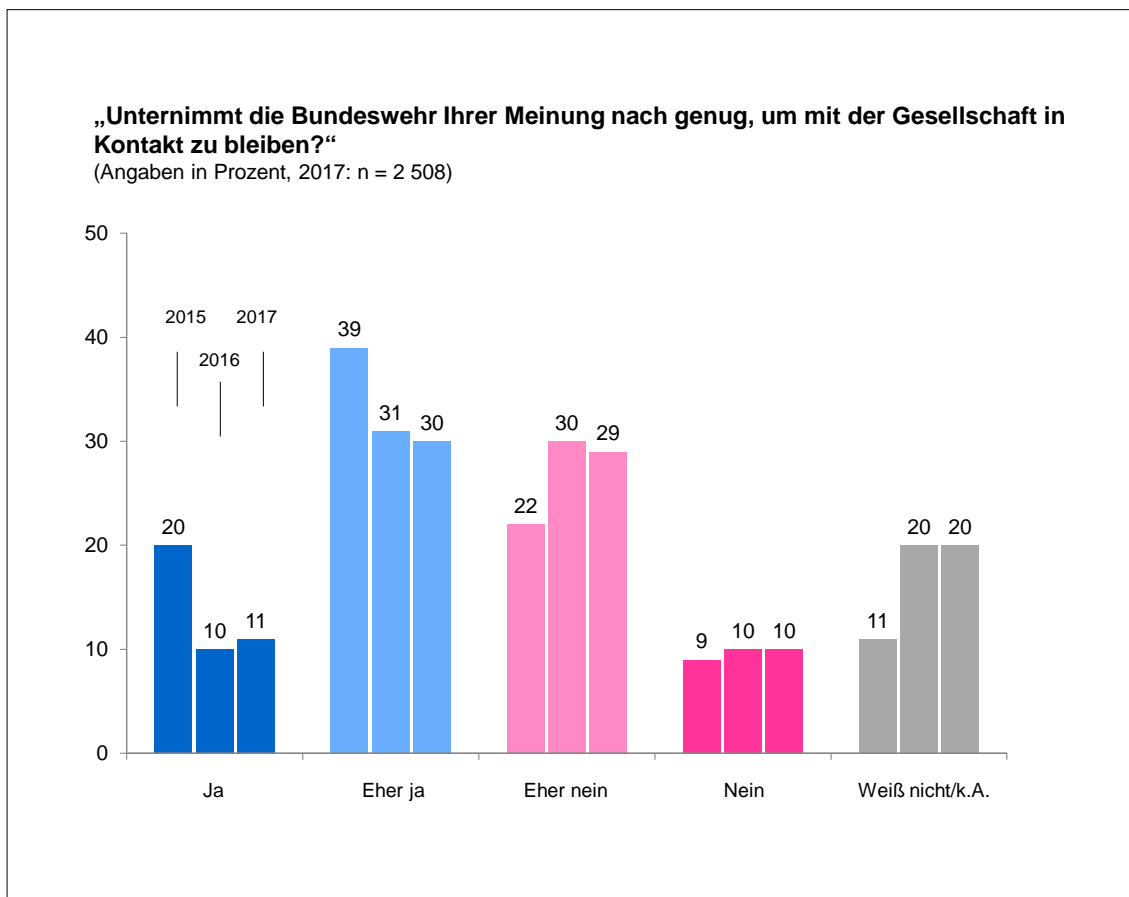
Abbildung 7.4: Glaubwürdigkeit der Medienberichterstattung über die Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

In Zeiten von „Fake News“ und gezielten Desinformationskampagnen ist die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung der Medien ein besonders wichtiges Thema. Daher wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Bevölkerungsbefragung 2017 erstmals gefragt, für wie glaubwürdig sie die Medienberichte über die Bundeswehr im Allgemeinen halten (vgl. Abbildung 7.4). Beinahe 6 von 10 Befragten halten die Berichterstattung für sehr oder eher glaubwürdig (zusammengefasst 58 Prozent). 31 Prozent sind in dieser Frage geteilter Meinung. Als eher oder sehr unglaubwürdig werden die Berichte über die Streitkräfte lediglich von 8 Prozent der Befragten eingeschätzt.

Abbildung 7.5: Bewertung Kontakt zwischen Bundeswehr und Gesellschaft

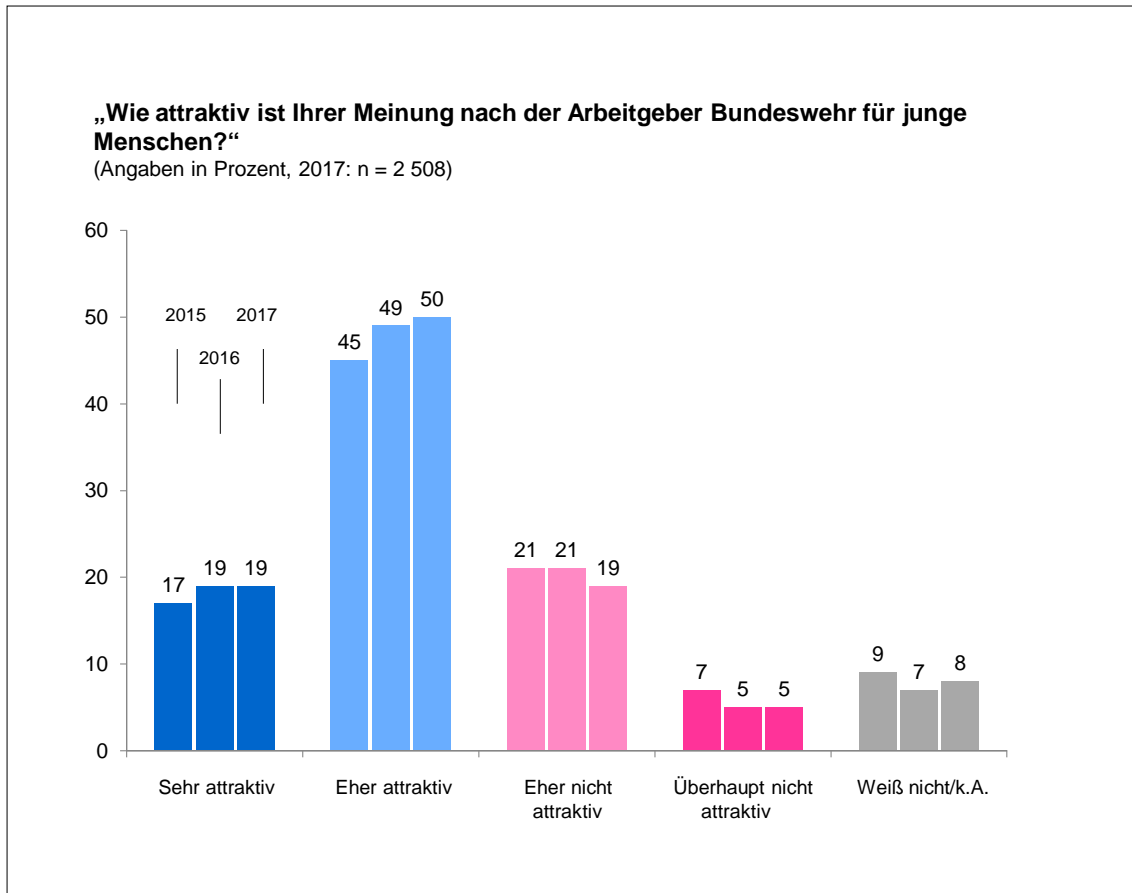


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Die Wahrnehmung, ob die Streitkräfte genug tun, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben, ist etwa auf dem Niveau des Vorjahres geblieben (vgl. Abbildung 7.5). Waren es 2015 noch 59 Prozent (Ja und Eher ja zusammengefasst), die angaben, dass die Bundeswehr für den Kontakt mit der Gesellschaft genug tut, waren es 2016 nur noch 41 Prozent. 2017 teilen ebenfalls 41 Prozent der Befragten diese Meinung. In den Augen von 39 Prozent der Bürgerinnen und Bürger tut die Bundeswehr nicht genug, um mit der Gesellschaft in Kontakt zu bleiben – 2016 waren es 40 Prozent. Weiterhin traut sich einer von fünf Befragten keine Einschätzung dieser Frage zu (20 Prozent machen keine Angabe).

8 Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr

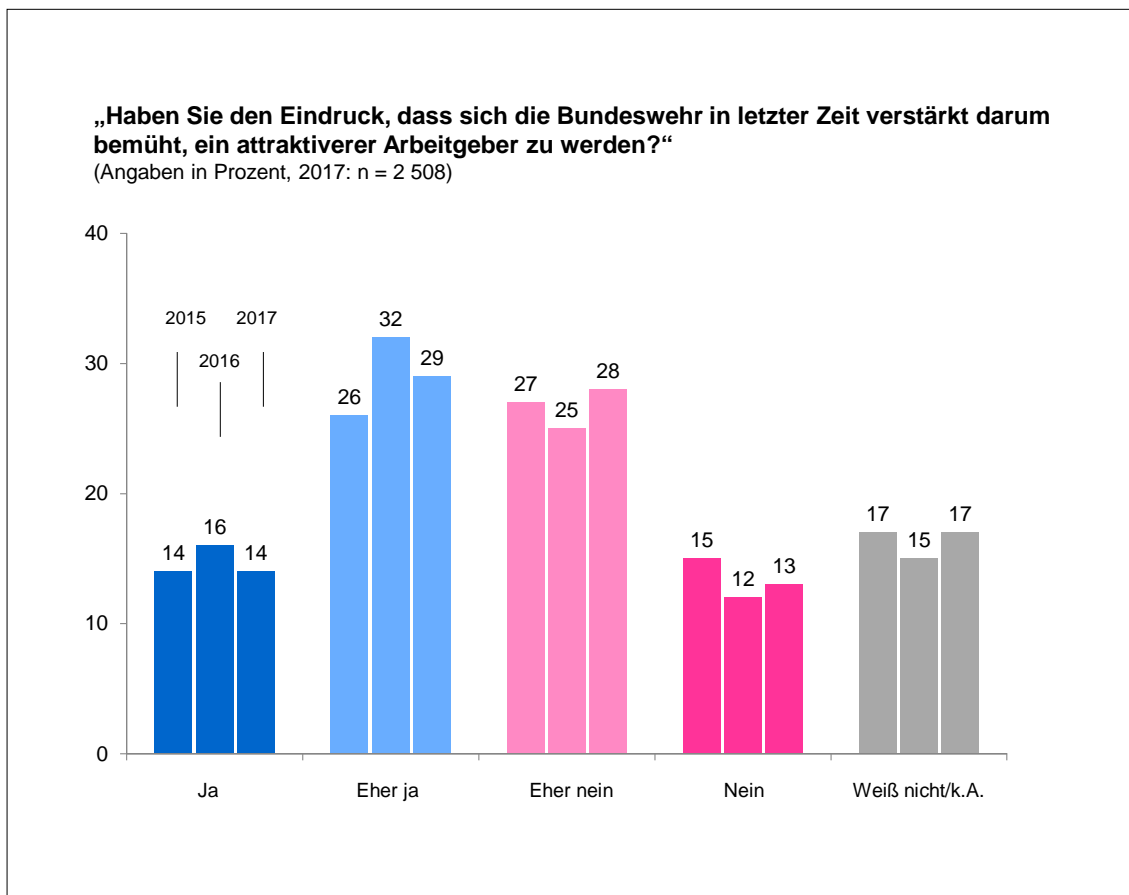
Abbildung 8.1: Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr für junge Menschen



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Auch 2017 enthielt die Bevölkerungsbefragung einige Fragen zur Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr. Die Streitkräfte werden im Vergleich zum Jahr 2016 ähnlich attraktiv bewertet, im Vergleich zum Jahr 2015 ergibt sich eine etwas bessere Wahrnehmung (vgl. Abbildung 8.1). 19 Prozent halten die Bundeswehr für einen sehr attraktiven Arbeitgeber für junge Menschen (2016: ebenfalls 19 Prozent), 50 Prozent für eher attraktiv (2016: 49 Prozent). Der Anteil derjenigen mit negativen Bewertungen der Attraktivität hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozentpunkte reduziert. Der Anteil derjenigen ohne substantielle Meinung ist nahezu unverändert. Wie bei den allgemeinen Einstellungen zur Bundeswehr (vgl. Abschnitt 6) scheinen sich vermehrte negative Medienberichte über die Bundeswehr (vgl. Abschnitt 7) nicht auf die Bewertung der Bundeswehr als potenzieller Arbeitgeber ausgewirkt zu haben.

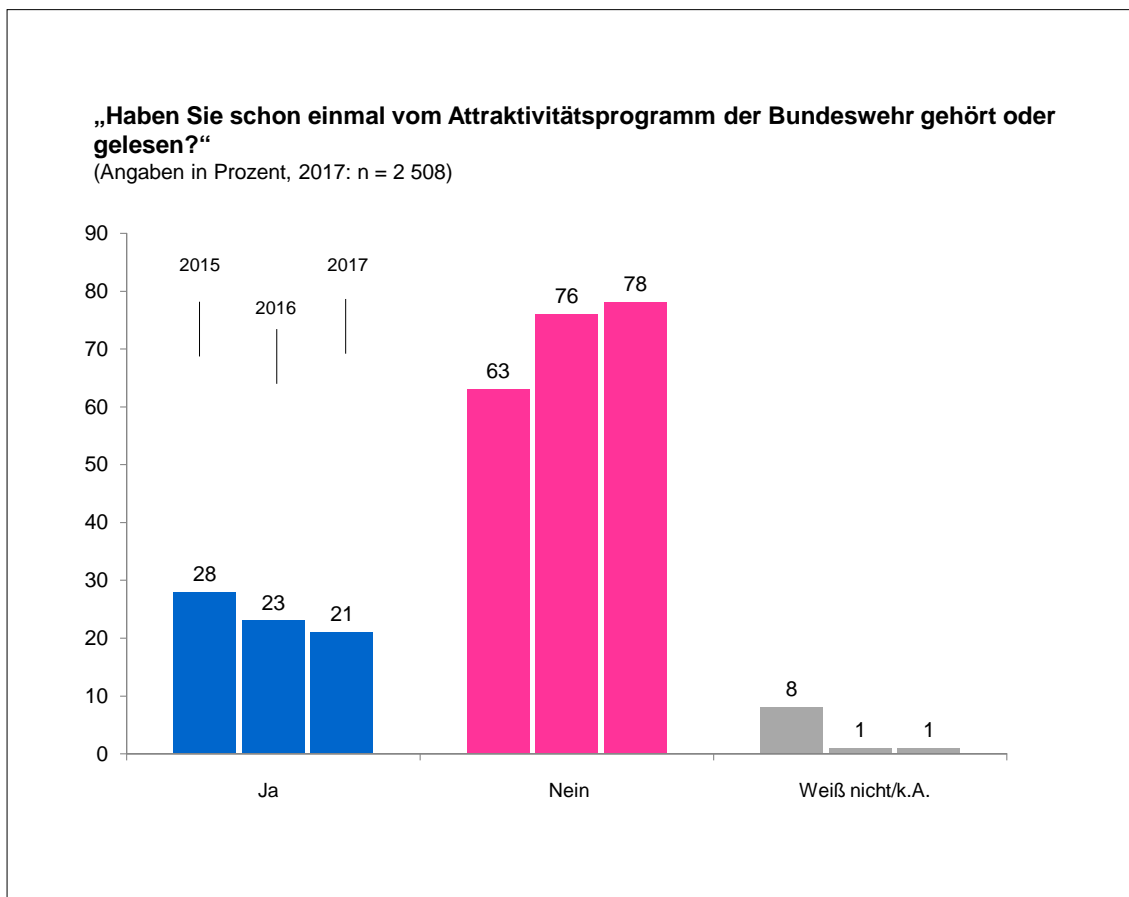
Abbildung 8.2: Wahrnehmung der Bemühungen der Bundeswehr, ein attraktiverer Arbeitgeber zu sein



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Weiterhin teilen wie in den Vorjahren zwischen 40 und 50 Prozent der Befragten den Eindruck, dass die Bundeswehr sich verstärkt darum bemüht, ein attraktiverer Arbeitgeber zu werden (vgl. Abbildung 8.2). Waren es im Vorjahr 48 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die diesen Eindruck haben (Ja: 16 Prozent, Eher ja: 32 Prozent), ist dieser Anteil 2017 auf 43 Prozent gesunken (Ja: 14 Prozent, Eher ja: 29 Prozent). Dementsprechend hat die Gruppe derjenigen, die diesen Eindruck nicht teilen, um 4 Prozentpunkte zugenommen (von 37 auf 41 Prozent; Eher nein: 28 Prozent, Nein: 13 Prozent). Auch der Anteil derjenigen ohne substantielle Einschätzung ist um 2 Prozentpunkte gestiegen.

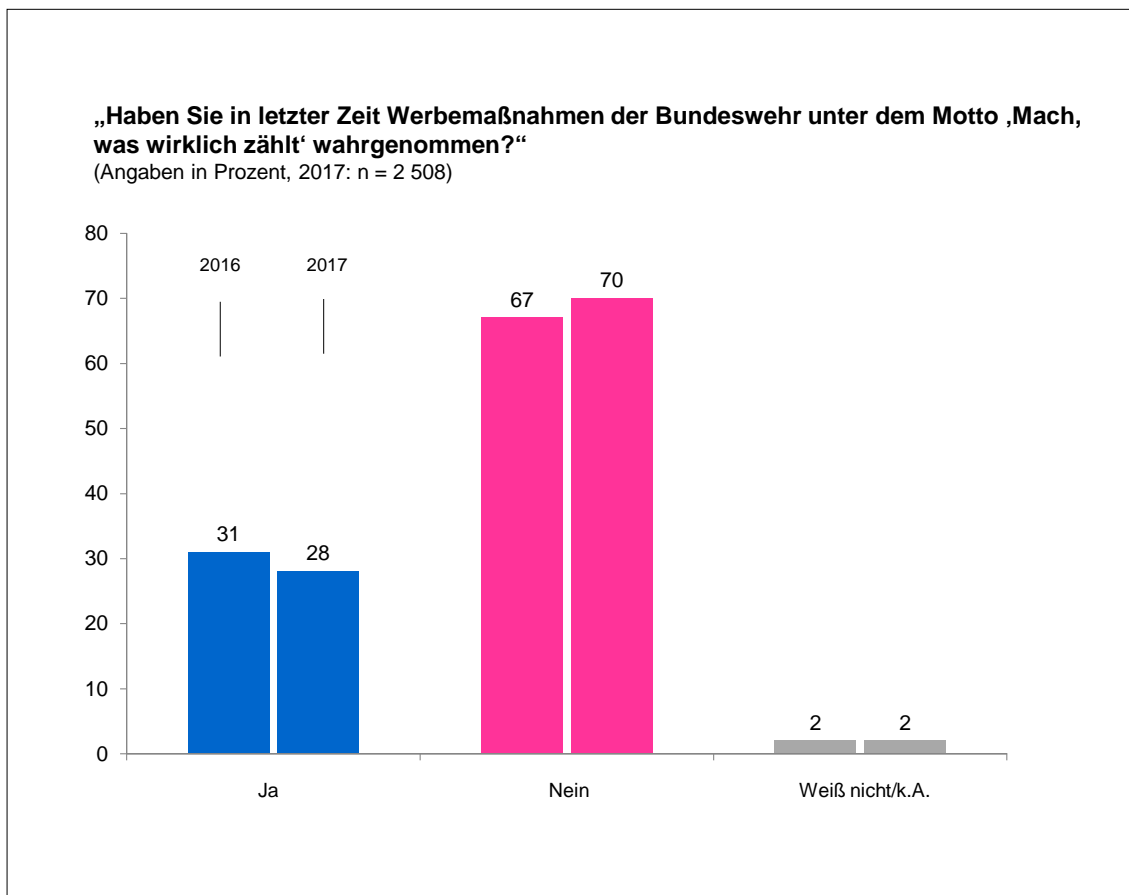
Abbildung 8.3: Bekanntheit des Attraktivitätsprogramms der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Vom Attraktivitätsprogramm haben nur 21 Prozent der Befragten gehört (vgl. Abbildung 8.3). Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine geringfügige Abnahme der Bekanntheit um 2 Prozentpunkte, im Vergleich zu 2015 reduziert sich die Kenntnis aber um 7 Prozentpunkte. Ebenfalls nahezu gleich bleibt der Anteil derjenigen, die vom Attraktivitätsprogramm weder etwas gehört noch gesehen haben (Zunahme von 76 auf 78 Prozent). Konstant im Vergleich zu 2016 ist auch der Anteil derjenigen ohne substantielle Meinung (1 Prozent).

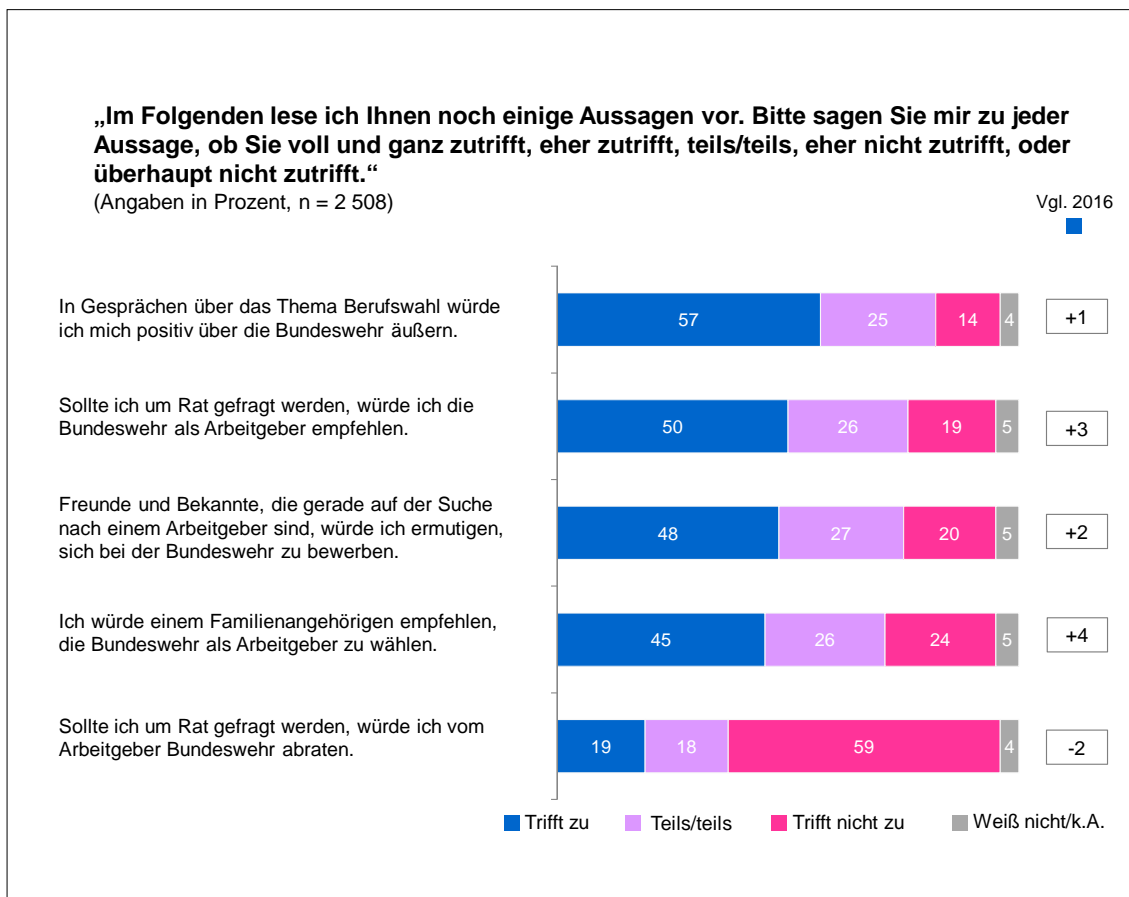
Abbildung 8.4: Bekanntheit der Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

2017 wurde wie schon im Vorjahr eine Frage zur Bekanntheit der Werbekampagne unter dem Motto „Mach, was wirklich zählt“ gestellt. Im Vergleich zur Attraktivitätsagenda ist diese Kampagne einem etwas größeren Teil der Bürgerinnen und Bürger bekannt (vgl. Abbildungen 8.3 und 8.4). Allerdings sind es auch in diesem Fall lediglich 28 Prozent, die angeben, dass sie entsprechende Werbemaßnahmen gehört oder gesehen haben. Mehr als zwei Drittel der Befragten kennen „Mach, was wirklich zählt“ nicht (70 Prozent). Mit der Kampagne gar nichts anfangen können 2 Prozent der Befragten. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich eine Abnahme der Kenntnis von „Mach, was wirklich zählt“ um 3 Prozentpunkte, dementsprechend ist die Unkenntnis um 3 Prozentpunkte gestiegen.

Abbildung 8.5: Empfehlungen für Arbeitgeber Bundeswehr



Anmerkungen: Trifft zu: „Trifft ganz zu“ und „Trifft eher zu“ zusammengefasst; Trifft nicht zu: „Trifft überhaupt nicht zu“ und „Trifft eher nicht zu“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Trifft zu 2017-2016.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

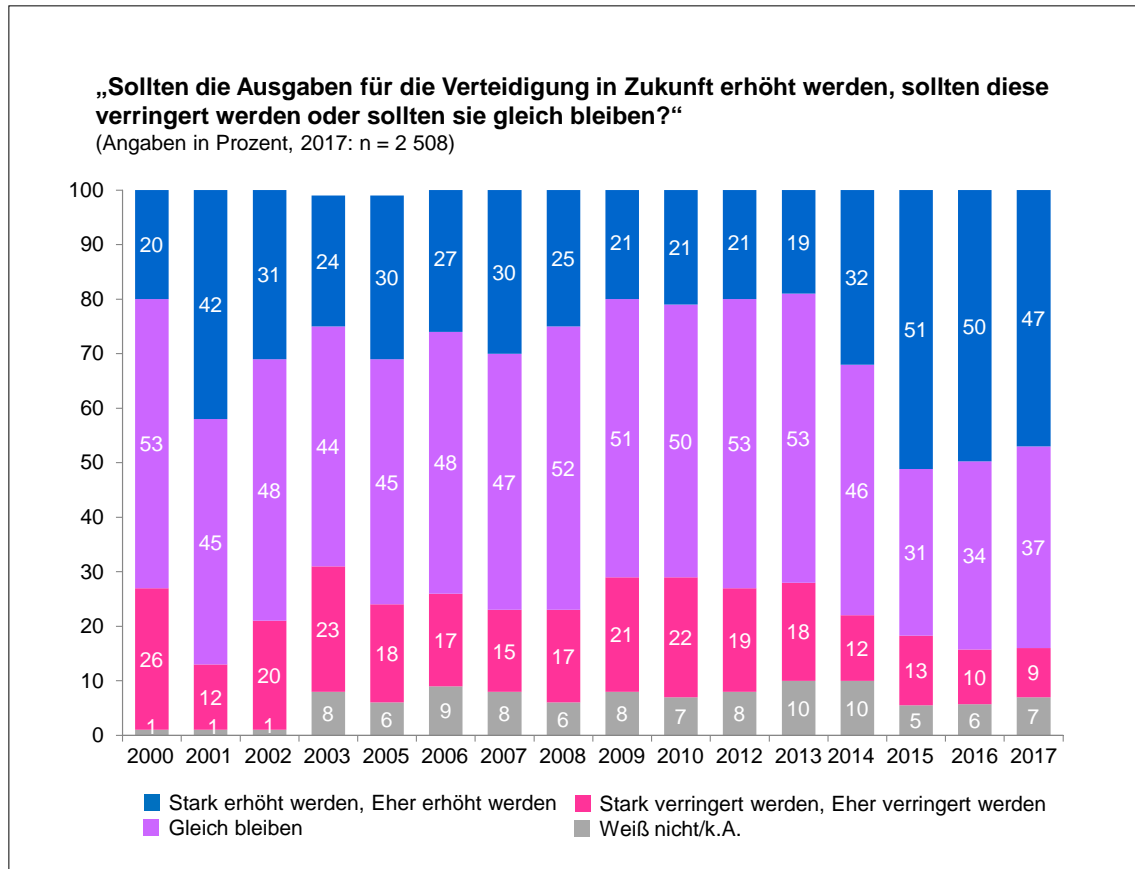
Wenn es darum geht, die Bundeswehr als Arbeitgeber zu empfehlen, sind die Befragten grundsätzlich positiv eingestellt. Die zustimmenden Antworten variieren zwischen 45 und 57 Prozent (vgl. Abbildung 8.5). Die größte Zustimmung zeigt sich mit 57 Prozent für die Aussage „In Gesprächen über das Thema Berufswahl würde ich mich positiv über die Bundeswehr äußern.“ Explizit vom Arbeitgeber Bundeswehr abraten würden nur 19 Prozent der Befragten.

Vergleicht man die Veränderungen zum Vorjahr, zeigt sich bei den positiven Aussagen (obere vier Aussagen in Abbildung 8.5) eine Zunahme von „Trifft zu“ zwischen 1 und 4 Prozentpunkten. Bei der einzigen negativen Aussage nimmt der Anteil derjenigen, die zustimmen, um 2 Prozentpunkte ab. Die durchweg positivere Bewertung bei diesen Empfehlungsfragen könnte ein Indiz für den Erfolg der Werbe- und Öffentlichkeitsmaßnahmen des Arbeitgebers Bundeswehr sein und zeigt auch an dieser Stelle, dass die

von den Befragten wahrgenommene negativere Berichterstattung der Streitkräfte (vgl. Abschnitt 7) sich nicht in Einstellungen und Haltungen zur Bundeswehr niederschlägt.

9 Einstellungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben sowie zum Personalumfang der Bundeswehr

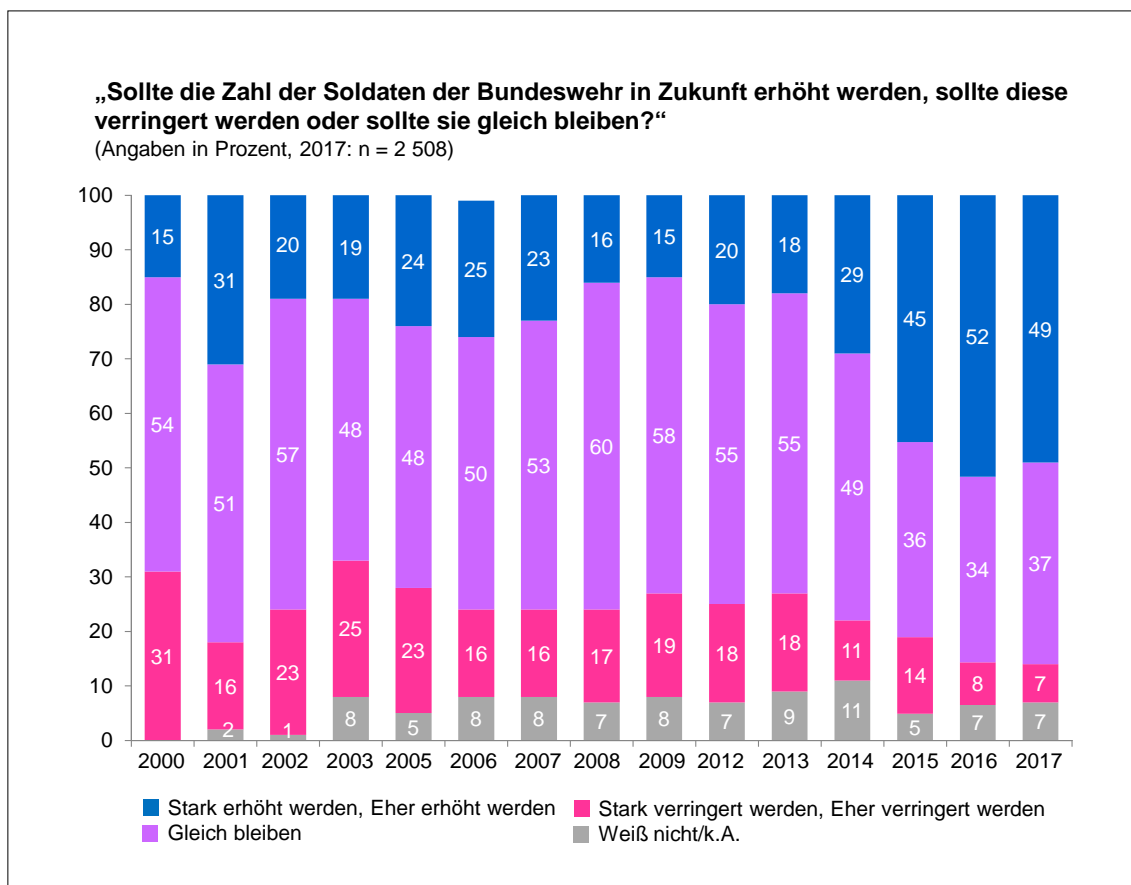
Abbildung 9.1: Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben im Zeitvergleich



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2017.

Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung sind die deutschen Verteidigungsausgaben 2017 deutlich gestiegen. Zudem wird in der Öffentlichkeit über das 2-Prozent-Ziel der NATO für den Verteidigungsetat debattiert. Von großem Interesse ist daher das Meinungsbild der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Frage, ob die Verteidigungsausgaben zukünftig erhöht werden, verringert werden oder gleich bleiben sollten. Im Jahr 2017 spricht sich etwa die Hälfte der Befragten (47 Prozent) für eine Erhöhung aus, etwas mehr als ein Drittel (37 Prozent) stimmt dafür, die Ausgaben gleich zu halten, und lediglich 9 Prozent plädieren für eine Verringerung des Verteidigungsbudgets. Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich somit nur geringfügige Veränderungen von 1 bis 3 Prozentpunkten in den verschiedenen Antwortkategorien (vgl. Abbildung 9.1).

Abbildung 9.2: Einstellungen zum Personalumfang der Bundeswehr im Zeitvergleich

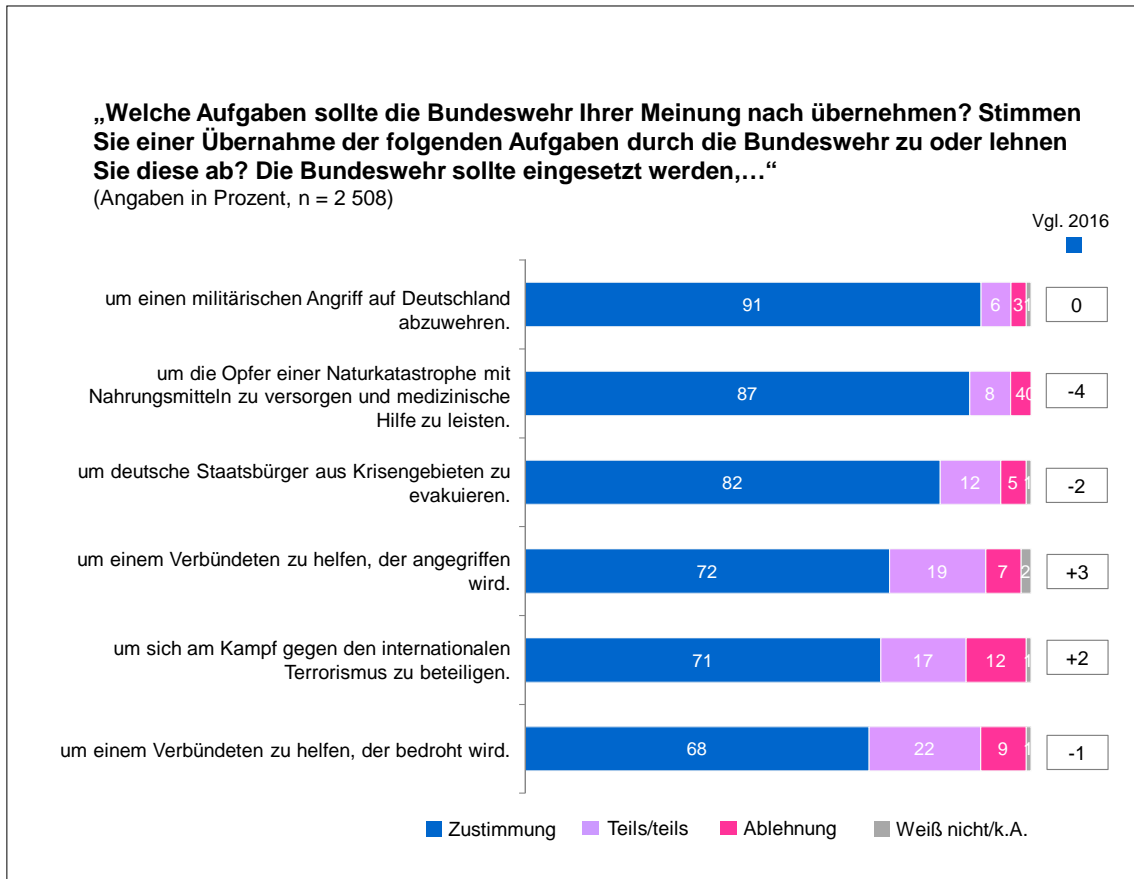


Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2000–2017.

Die Bürgerinnen und Bürger werden außerdem stets dazu befragt, ob die Zahl der Soldatinnen und Soldaten in Zukunft erhöht, verringert oder gleich bleiben sollte (vgl. Abbildung 9.2). Im Jahr 2017 spricht sich erneut eine relative Mehrheit der Deutschen (49 Prozent) dafür aus, dass die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Zukunft erhöht werden sollte. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt der Anteil der Befürworter eines größeren Personalkörpers der Bundeswehr damit um 3 Prozentpunkte. Etwas mehr als ein Drittel der Deutschen (37 Prozent) stimmt dafür, dass die Personalstärke gleich bleiben sollte (Zunahme um 3 Prozentpunkte). Lediglich 7 Prozent votieren dafür, den Personalumfang der Bundeswehr zu verringern (Abnahme um 1 Prozentpunkt). Trotz der beschlossenen Vergrößerung des Personalumfangs und der Abschaffung einer festen Personalobergrenze begrüßen die Bürgerinnen und Bürger also weiterhin eine Vergrößerung der Streitkräfte.

10 Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr

Abbildung 10.1: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr, Teil 1



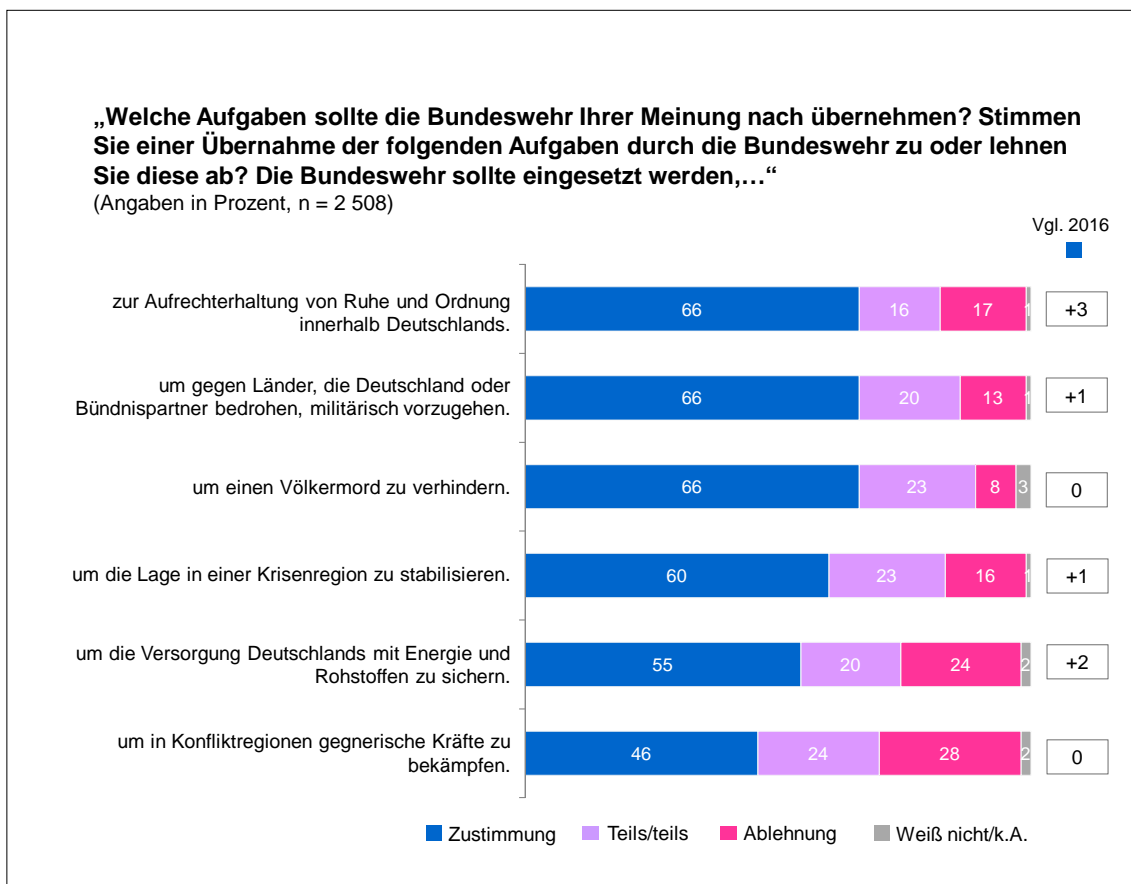
Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung 2017 wurde die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Bundeswehr erfragt (vgl. Abbildung 10.1). Neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern befürworten den Einsatz der Bundeswehr, um einen militärischen Angriff auf Deutschland abzuwehren (91 Prozent) und um die Opfer einer Naturkatastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen sowie medizinische Hilfe zu leisten (87 Prozent). 82 Prozent der Befragten unterstützen den Einsatz der Streitkräfte, um deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren. Jeweils sieben von zehn Bundesbürgern befürworten, die Bundeswehr einzusetzen, um einem Verbündeten zu helfen, der angegriffen wird (72 Prozent), um sich am Kampf

gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen (71 Prozent) sowie um einem Verbündeten zu helfen, der bedroht wird (68 Prozent).

Abbildung 10.2: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

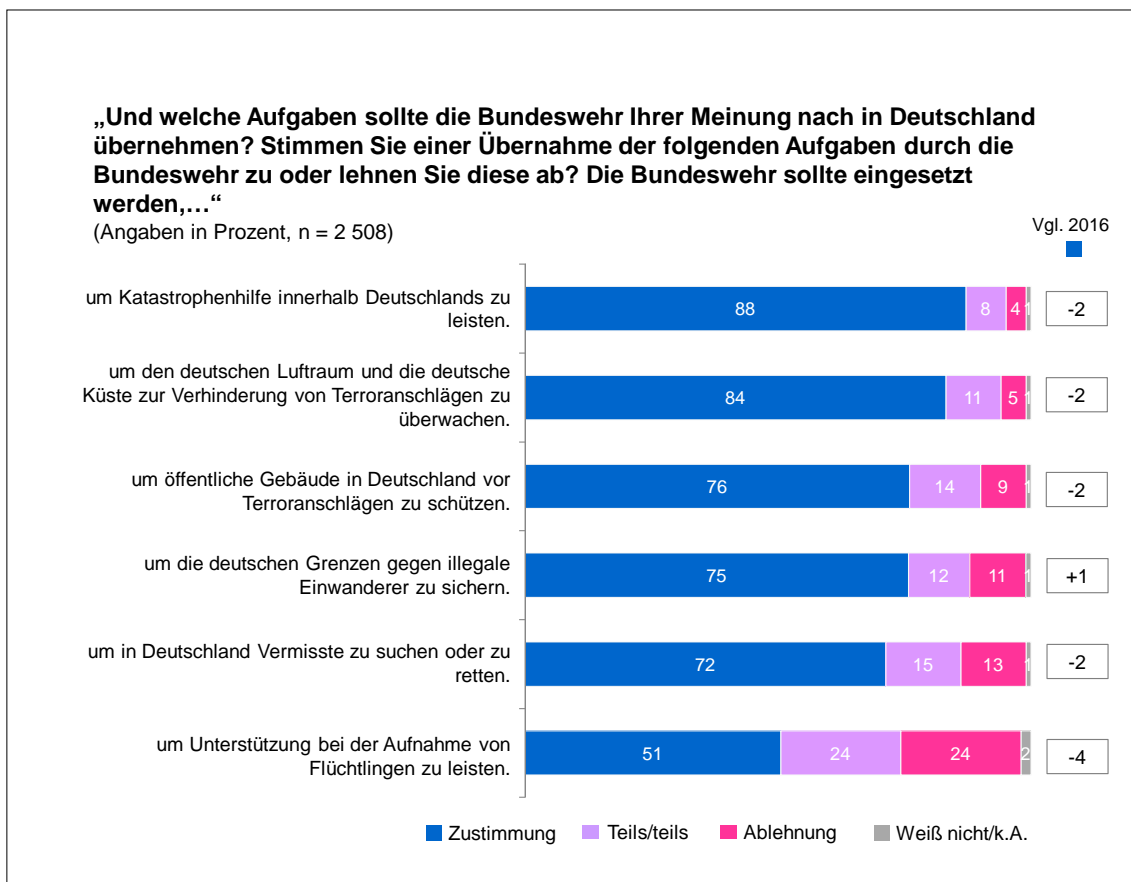
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

Immer noch über 60 Prozent der Befragten befürworten den Einsatz der Streitkräfte zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung innerhalb Deutschlands, um gegen Länder, die Deutschland oder seine Bündnispartner bedrohen, militärisch vorzugehen und um einen Völkermord zu verhindern (alle 66 Prozent; vgl. Abbildung 10.2). Durch eine absolute Mehrheit unterstützt wird zudem die Entsendung der Bundeswehr, um die Lage in einer Krisenregion zu stabilisieren (60 Prozent) und um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern (55 Prozent). Das einzige Szenario, das nicht von einer absoluten Mehrheit unterstützt wird, ist der Einsatz der Bundeswehr, um in Konfliktregionen gegnerische Kräfte zu bekämpfen (46 Prozent).

Von Relevanz erscheinen demnach insbesondere die originären Aufgabenbereiche der Bundeswehr: Landesverteidigung, Katastrophenhilfe sowie der Schutz und die Sicherheit deutscher Staatsbürger. Große Zustimmung findet auch die Bündnisverteidigung. Diese Ergebnisse stehen scheinbar im Widerspruch zu den Befunden hinsichtlich der

Unterstützung der NATO-Partner im Baltikum und der entsprechenden einsatzgleichen Verpflichtungen (vgl. Abschnitte 5 und 11). Die Diskrepanz der entsprechenden Einstellungen lässt sich ohne tiefergehende Analysen in diesem Kurzbericht nicht abschließend klären. Eine offensichtliche Schlussfolgerung ist aber, dass die Bürgerinnen und Bürger einer Vielzahl an Aufgaben der Streitkräfte grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Wenn es aber um konkrete Einsätze z.B. in Mali oder Afghanistan mit entsprechenden Aufgaben geht, ist die Unterstützung deutlich geringer (vgl. Abschnitt 11). Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich für alle Aufgabenbereiche lediglich geringfügige Veränderungen im Niveau der Zustimmung. Eine allgemeine Entwicklung ist nicht zu konstatieren, weil die Unterstützung bei einigen Fragen sinkt und bei anderen steigt.

Abbildung 10.3: Vorstellungen von den Aufgabenbereichen der Bundeswehr im Inland



Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

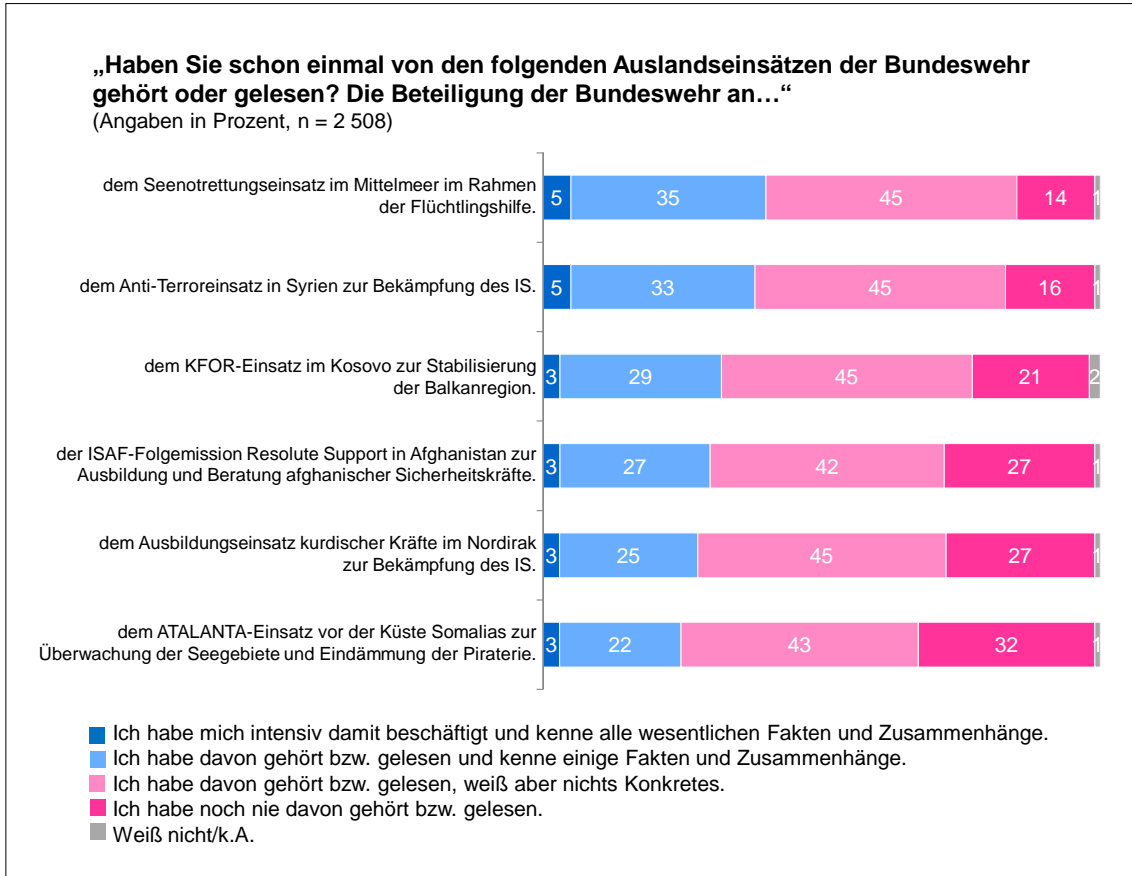
Wie schon 2016 enthielt die Bevölkerungsbefragung 2017 einen weiteren Satz von Fragen, der die Einstellung der Deutschen zu möglichen Einsatzszenarien der Bundeswehr im Inneren beleuchtet. Neun von zehn Befragten würden einem Einsatz der Bundeswehr im Inland zustimmen, um Katastrophenhilfe innerhalb Deutschlands zu leisten (88 Prozent). Etwas geringer ist die Unterstützung für einen Einsatz der Streitkräfte, um den deutschen Luftraum und die deutsche Küste zur Verhinderung von Terroranschlägen zu überwachen (84 Prozent). Drei Viertel der Befragten sprechen sich außerdem dafür aus, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, um öffentliche Gebäude vor Terroranschlägen zu schützen (76 Prozent) oder die deutschen Grenzen gegen illegale Einwanderer zu sichern (75 Prozent). Dass die Bundeswehr in Deutschland Vermisste sucht oder rettet, wird von 72 Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürwortet. Während die bisher benannten Einsatzmöglichkeiten hypothetischer Natur sind, hat die Bundeswehr seit dem

Herbst 2015 die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland tatsächlich unterstützt. Dies wird von 51 Prozent der Deutschen befürwortet, ist aber insgesamt der deutlich niedrigste Wert.

Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich für alle Einsatzszenarien lediglich Veränderungen in der Zustimmung von maximal 4 Prozentpunkten.

11 Einstellungen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Abbildung 11.1: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Teil 1

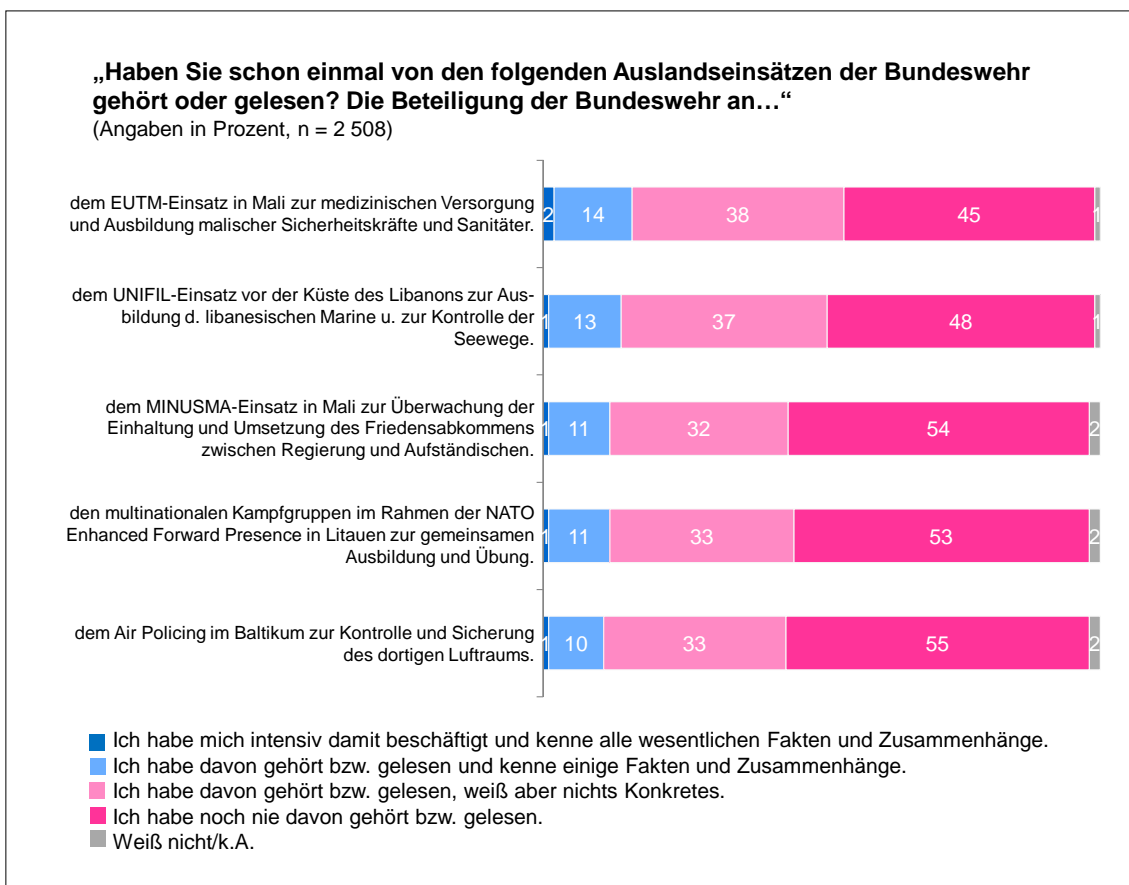


Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

Hinsichtlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr sollten die Befragten zunächst einschätzen, wie gut sie über die einzelnen Einsätze Bescheid wissen. Im Folgenden werden die Antwortmöglichkeiten „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ sowie „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“ zusammengefasst. Es wird davon ausgegangen, dass Personen, die eine der beiden Antworten angeben, über einen grundlegenden Kenntnisstand verfügen. Die Frage nach der Kenntnis der unterschiedlichen Auslandsmissionen innerhalb der Bevölkerung zeigt auf, dass der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer im Rahmen der Flüchtlingshilfe (40 Prozent) sowie der Anti-Terroreinsatz in Syrien zur Bekämpfung des IS (38 Prozent) die bekanntesten Auslandseinsätze der Bundeswehr sind (vgl. Abbildung 11.1). Jeweils drei von zehn Be-

fragten geben zudem an, dass sie Fakten und Zusammenhänge rund um den KFOR-Einsatz im Kosovo zur Stabilisierung der Balkanregion (32 Prozent), die ISAF-Folgemission Resolute Support in Afghanistan zur Ausbildung und Beratung afghanischer Sicherheitskräfte (30 Prozent), den Ausbildungseinsatz kurdischer Kräfte im Nordirak zur Bekämpfung des IS (28 Prozent) sowie den ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias zur Überwachung der Seegebiete und Eindämmung der Piraterie (25 Prozent) kennen.

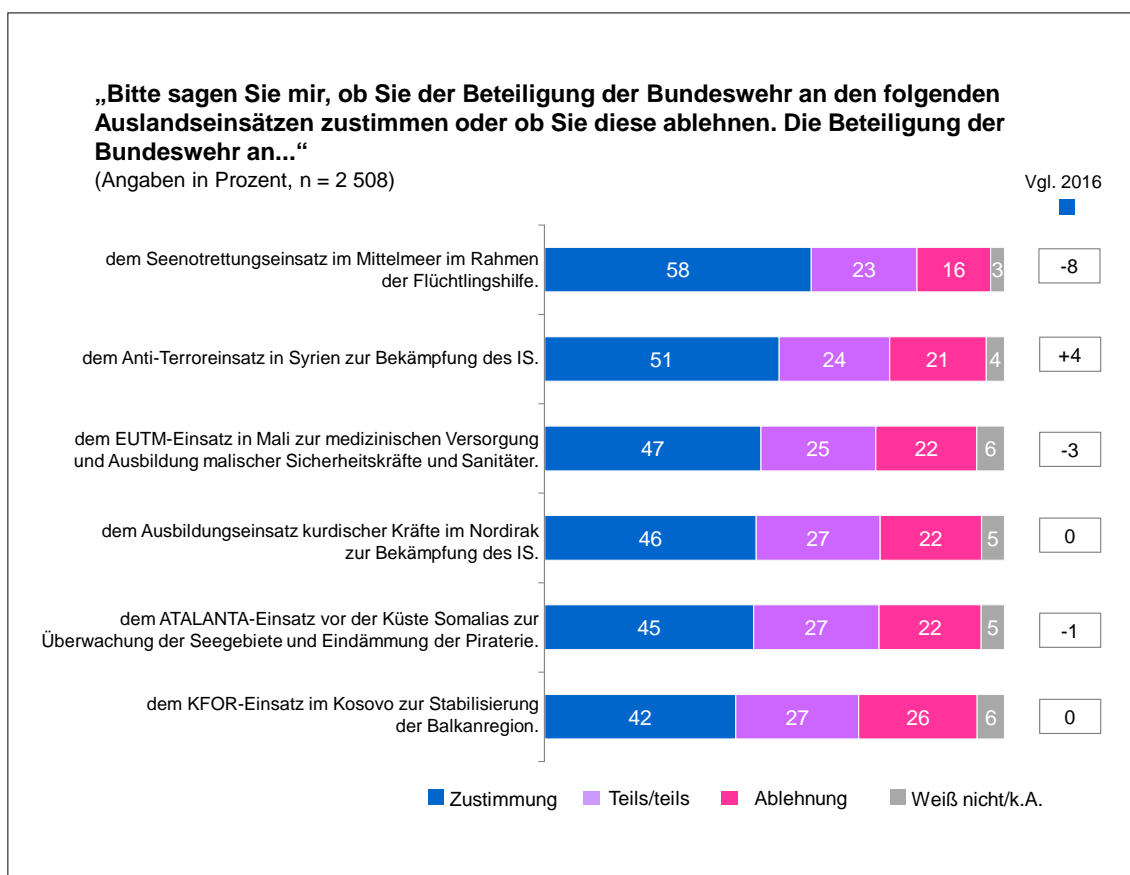
Abbildung 11.2: Bekanntheit der Auslandseinsätze der Bundeswehr, Teil 2



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2017.

Weniger bekannt sind die UNIFIL-Mission vor der Küste des Libanons zur Ausbildung der libanesischen Marine und zur Kontrolle der Seewege (14 Prozent) sowie die beiden Einsätze in Mali (EUTM-Einsatz zur medizinischen Versorgung und Ausbildung maliischer Sicherheitskräfte und Sanitäter: 16 Prozent; MINUSMA-Einsatz zur Überwachung der Einhaltung und Umsetzung des Friedensabkommens zwischen Regierung und Aufständischen: 12 Prozent; vgl. Abbildung 11.2). Am Ende der Bekanntheitskala rangieren die Verpflichtungen im Rahmen der Bündnisverteidigung: die Aktivitäten in Litauen sind 12 Prozent der Befragten vertraut, das Air Policing im Baltikum nur 11 Prozent. Insgesamt wird deutlich, dass das Wissen der Deutschen rund um die unterschiedlichen internationalen Engagements der Bundeswehr begrenzt ist.

Abbildung 11.3: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Teil 1

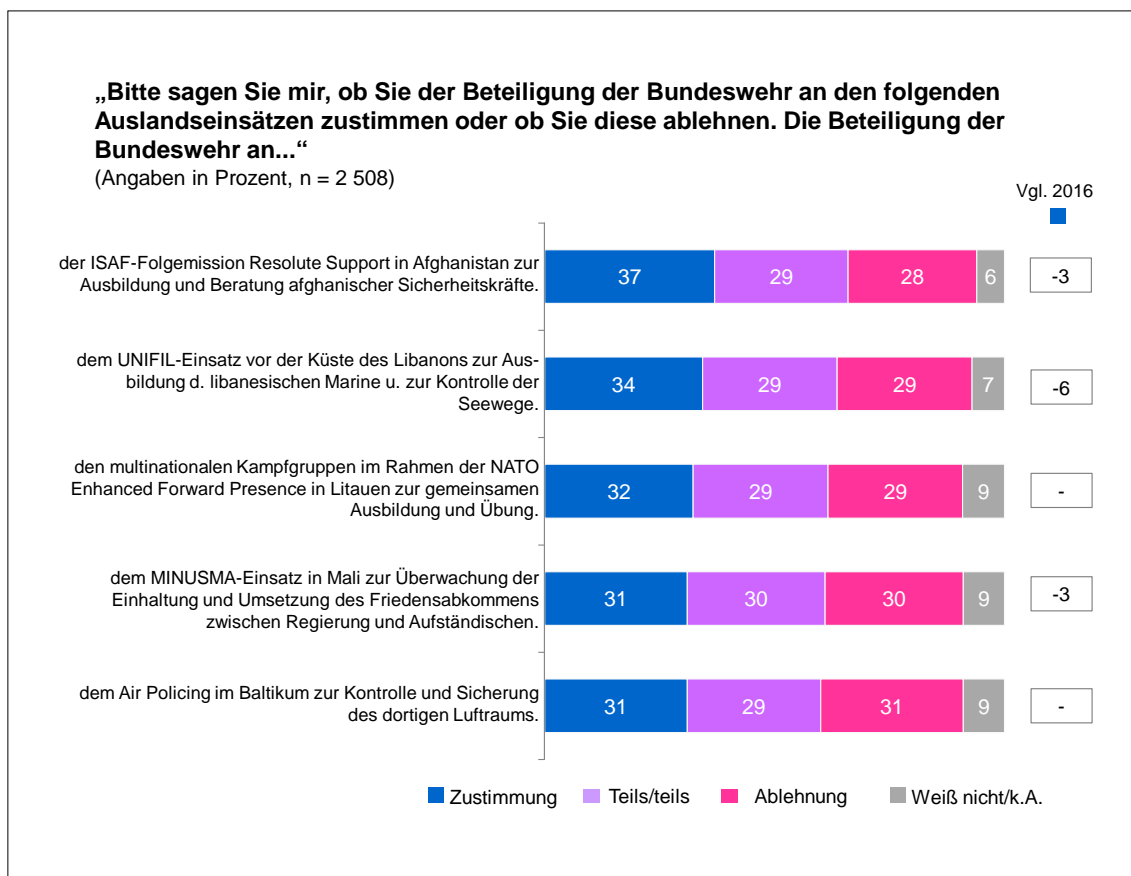


Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

Die vergleichende Betrachtung der Zustimmungswerte zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr verdeutlicht, dass die 2017 bekannteste Mission, der Seenotrettungseinsatz im Mittelmeer, auch der Einsatz ist, der von der deutschen Bevölkerung mit Abstand die größte Zustimmung erhält. Mehr als die Hälfte der Befragten (58 Prozent) befürworten diesen Bundeswehreinsatz (vgl. Abbildung 11.3). Im Jahresvergleich ist jedoch ein substantieller Rückgang von 8 Prozentpunkten zu verzeichnen. Mit – teils relativer – Mehrheit unterstützt werden außerdem noch das Engagement der Bundeswehr im Rahmen des Anti-Terroreinsatzes in Syrien (51 Prozent), der EUTM-Einsatz in Mali (47 Prozent), der Ausbildungseinsatz kurdischer Kräfte im Nordirak (46 Prozent), der ATALANTA-Einsatz vor der Küste Somalias (45 Prozent) sowie der KFOR-Einsatz (42 Prozent).

Abbildung 11.4: Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Teil 2



Anmerkungen: Zustimmung: Anteile „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst; Ablehnung: Anteile „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst. Vgl. 2016: Differenz Zustimmung 2017-2016.

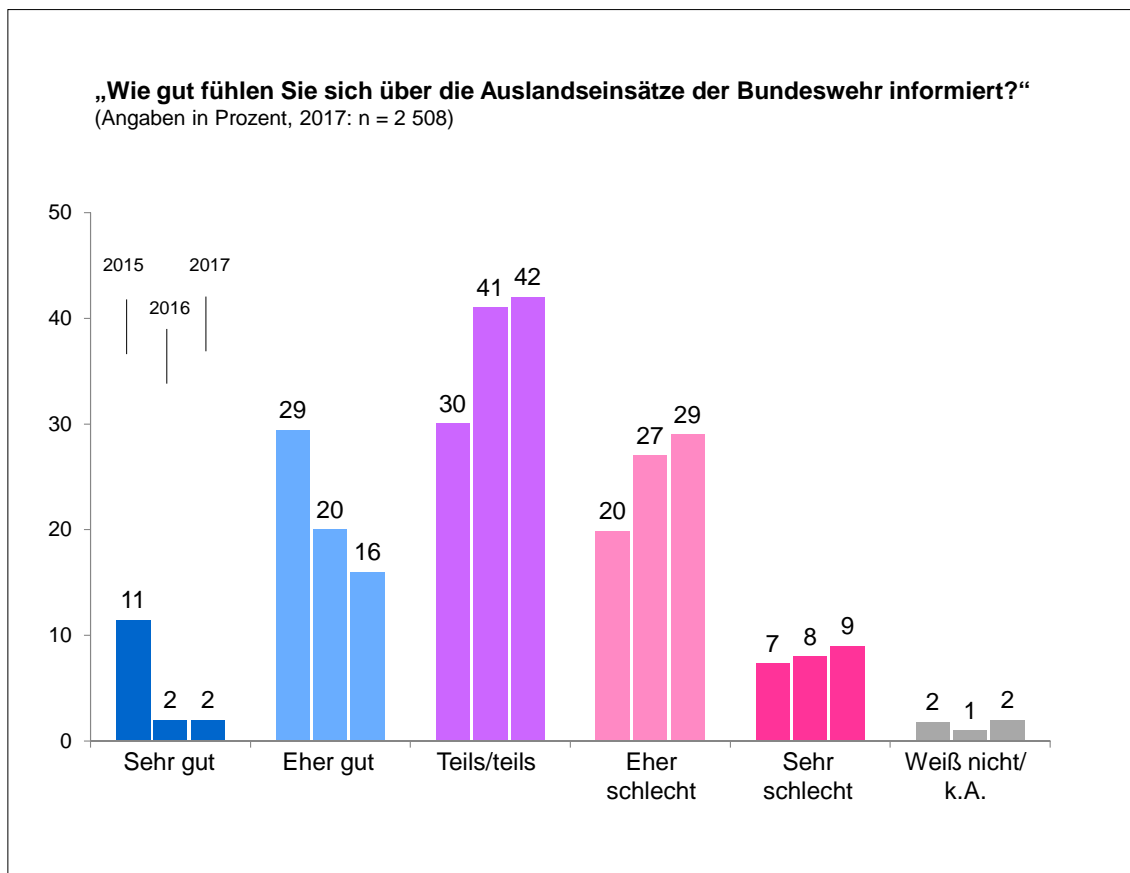
Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2016 und 2017.

Jeweils weniger als vier von zehn Bundesbürgern sprechen sich für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der ISAF-Folgemission Resolute Support (37 Prozent) sowie für den UNIFIL-Einsatz vor der Küste des Libanons (34 Prozent) aus (vgl. Abbildung 11.4). Schlusslichter, was die Zustimmung der Bevölkerung angeht, sind zum einen die MINUSMA-Mission in Mali – weniger als ein Drittel der Befragten (31 Prozent) befürwortet die Beteiligung der Bundeswehr an diesem Einsatz – und zum anderen die Aktivitäten im Rahmen der Bündnisverteidigung im Baltikum, die ebenfalls von weniger als jeweils einem Drittel (Enhanced Forward Presence in Litauen sowie Air Policing im Baltikum) gut geheißen werden. Für diese beiden Engagements liegen keine Vergleichsdaten zum Vorjahr vor.

Insgesamt zeigt sich, dass die Deutschen sich am ehesten für ein Bundeswehrengagement bei den Einsätzen aussprechen, die als Hilfeinsätze wahrgenommen werden oder die der Terrorismusbekämpfung dienen. Die Unterstützung für die Aufgaben der Bünd-

nisverteidigung ist gering und bedarf intensiver sicherheitspolitischer Kommunikation, um die Bürgerinnen und Bürger von deren Zielstellung zu überzeugen.

Abbildung 11.5: Selbsteinschätzung Informationsstand über die Auslandseinsätze der Bundeswehr



Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr 2015–2017.

Die Frage, wie gut sich die Bürgerinnen und Bürger über die Auslandseinsätze der Bundeswehr informiert fühlen, beantworten im Jahr 2017 nur 18 Prozent mit eher oder sehr gut, 42 Prozent mit teils/teils und 38 Prozent mit eher oder sehr schlecht (vgl. Abbildung 11.5). Im Vergleich zum Vorjahr fällt die Einschätzung des eigenen Informationsniveaus nochmals geringer aus. Weniger Bürgerinnen und Bürger geben an, dass sie den eigenen Wissensstand zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr als eher gut bezeichnen würden (-4 Prozentpunkte) und mehr Befragte das eigene Wissen als schlecht einschätzen (+3 Prozentpunkte).

Zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr:

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) ist aus dem ehemaligen Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) am Standort Potsdam und dem ehemaligen Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) mit Sitz in Strausberg hervorgegangen. Damit ist aus zwei renommierten Wissenschaftseinrichtungen mit langjähriger Tradition ein neues wissenschaftliches Zentrum in Potsdam entstanden. Das ZMSBw betreibt militärsoziologische, militärhistorische und sicherheitspolitische Forschung.

Zu den Autoren:

Dr. Markus Steinbrecher, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Dr. Heiko Biehl, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.

Chariklia Höfig, Forschungsbereich Militärsoziologie, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam.